



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Verbandsversammlung des Sparkassenverbands Bayern:

Sparkassen als solider Anker in der Krise

„Wir Sparkassen können Krise – von der Finanzkrise bis zur Corona-Pandemie sind wir ein solider Anker“, hob Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, anlässlich der Ordentlichen Verbandsversammlung 2020 des Sparkassenverbands Bayern, die im Zeichen von Covid19 in reduziertem Rahmen stattfand, hervor. Auch in unberechenbaren Zeiten könne man flexibel agieren und die Privat- wie Gewerbekunden verlässlich begleiten. „Unsere Berater haben die Unternehmen direkt angesprochen, intensive Beratungsgespräche geführt und tausende Anträge bearbeitet. Wir finden für jeden Kunden die individuell beste Lösung, um die wirtschaftlichen Corona-Folgen gut zu bewältigen.“

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2020 verzeichneten die 64 bayerischen Sparkassen ein Kreditneugeschäft mit Unternehmenskunden von 8,75 Milliarden Euro und damit eine Steigerung von 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Inzwischen wurden über die bayerischen Sparkassen bereits rund 6.200 Förderkredite aus den staatlichen Corona-Hilfen der Förderbanken in Höhe von insgesamt 1,42 Milliarden Euro abgeschlossen.

Liquidität sichern

Damit wird vielen mittelständischen Unternehmen eine Perspektive für die Zeit nach der Krise eröffnet. Gerade in den ersten Wochen waren zudem für viele Betroffene Tilgungsaussetzungen für bereits bestehende Kredite ein besonders wirksames Mittel, um die Liquidität aufrecht zu erhalten. Bis heute haben die Sparkassen in Bayern bei insgesamt 49.000 Kreditverträgen, davon mehr als die Hälfte von Gewerbe- und Firmenkunden, die Tilgung für mehrere Monate ausgesetzt.

Wie Präsident Netzer betonte, „hat Corona auch uns selbst wieder eindrücklich gezeigt, wer wir sind und was wir alles können. Ich bin stolz auf unsere Institute, die gerade in der Krise so flexibel, leistungsfähig, flott und unbürokratisch arbeiten. Wir haben zum Beispiel innerhalb von 14 Tagen einen völlig neuen Online-Prozess für den Umstieg zum Online-Banking auf die Beine gestellt. Die Kunden können

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

sich jetzt sofort im Internet freischalten lassen.“

Der Blick in die Zukunft stimmt Netzer zuversichtlich: „Auch wenn die Lage unsicher bleibt



V.l.: Albert Füracker, Bayerischer Staatsminister der Finanzen und für Heimat und Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern. Bild: SVB

– Stichwort unruhige Kapitalmärkte, mögliche kommende Insolvenzen und weitere Zweitrendeneffekte – und wir uns auf neue Belastungen, schnellen Wandel und hohe Volatilitäten einstellen müssen: Ich bin überzeugt, dass die Sparkassen gestärkt aus dieser Phase hervorgehen werden.“

Erfolgskonzept Hausbanken

Anerkennung für ihre Arbeit in der Corona-Krise zollte den bayerischen Sparkassen auch der Bayerische Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Al-

bert Füracker: „Unser Hausbankenprinzip ist ein Erfolgskonzept. Dabei waren die Sparkassen erneut Stabilitätsanker und werden dem Vertrauen gerecht, das in sie gesetzt wird.“

Füracker lobte den Beitrag der Sparkassen zur besonnenen Bewältigung der größten ökonomischen Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg: „Corona ist keine Krise wie jede andere. Mit Konsequenz und Disziplin sind wir dabei im Vergleich zu vielen anderen Industrieländern bislang gut durch die Krise gekommen. Die Banken spielen bei der kurzfristigen Versorgung der Wirtschaft mit Liquidität eine zentrale Rolle. Ohne Regionalbanken wie die bayerischen Sparkassen und der bewährten Zusammenarbeit wären eine so effektive Durchreichung der Förderkredite, die Kreditvergabe aus eigenen Bankmitteln und die vielen Tilgungsaussetzungen nicht möglich gewesen. Beratung vor Ort und langjährige Kundenbeziehungen zahlen sich hier aus. Unternehmen wurde zügig geholfen, und sie werden auch jetzt weiter eng durch die Situation begleitet.“

Neuwahlen an der Spitze

Im Rahmen der SVB-Verbandsversammlung wurden auch einstimmig zwei neue Verbandsvorsitzende gewählt: Erster Verbandsvorsitzender wird Dr. Thomas Jung, Oberbürgermeister der Stadt Fürth. Er folgt auf Prof. Dr. Ulrich Reuter, der zum Jahreswechsel sein Amt als hauptamtlicher Präsident des Sparkassenverbands Bayern in der Geschäftsstelle in München antreten wird. Als zweiter (Fortsetzung auf Seite 4)

BVerfG stärkt kommunale Selbstverwaltung

Wegen Verletzung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts sind Regelungen der Bedarfe für Bildung und Teilhabe mit dem Grundgesetz unvereinbar. Dies hat das Bundesverfassungsgericht entschieden. Hintergrund ist eine Verfassungsbeschwerde kreisfreier Städte aus Nordrhein-Westfalen, die 2013 beim BVerfG eingereicht wurde.

Gegenstand der Verfassungsbeschwerde waren die 2012 neu getroffenen Regelungen der Bedarfe für Bildung und Teilhabe. Die Beschwerdeführerinnen machten im Rahmen der Kommunalverfassungsbeschwerde geltend, dass die angegriffenen Vorschriften gegen das bundesrechtliche Aufgabenübertragungsverbot verstießen, weil die Regelungen die ihnen als örtlichen Trägern der Sozialhilfe bereits zugewiesenen Aufgaben wesentlich verändert, erweitert und um neue Aufgaben ergänzt hätten.

Keine Übertragung neuer Aufgaben durch den Bund

„Das Bundesverfassungsgericht stärkt mit seiner Entscheidung die kommunale Selbstverwaltung. Denn mit dem Beschluss macht es sehr deutlich, dass den Kommunen durch Bundesrecht keine neuen Aufgaben

übertragen werden dürfen. Und der Bund darf auch bestehende Aufgaben der Kommunen nicht ohne Weiteres erweitern“, bewertete Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, das Urteil.

Rechtssicherheit für die Kommunen

Dedy zufolge versucht der Bund immer wieder, den Städten Aufgaben neu zu übertragen oder sie zu erweitern. „Das ist deshalb problematisch, weil für den Mehraufwand der Kommunen in der Regel kein Kostenausgleich erfolgt und so der finanzielle Handlungsspielraum stetig kleiner zu werden droht. Immer wieder sind die Kommunen durch Regelungen des Bundesgesetzgebers mit erheblichen Kostenbelastungen aufgrund neuer oder erweiterter Aufgaben konfrontiert. Jetzt bestätigt das Bundesverfassungs-

gericht das Aufgabenübertragungsverbot in der Sache und schafft Rechtssicherheit für die Kommunen. Es stellt nochmals eindeutig klar, dass Aufgabenübertragungen durch die Länder zu erfolgen haben und die den Kommunen dadurch entstehenden Kosten von den Ländern auszugleichen sind.“

Durchgriffsverbot

Die Entscheidung des Gerichts bestätigte die konsequente Anwendung des im Grundgesetz verankerten Durchgriffsverbotes, das dem Bund seit der Föderalismusreform 2009 die direkte Übertragung von Aufgaben auf die Kommunen untersagt. Möglich sei nur eine Aufgabenübertragung durch die Länder. Das Gericht sichere damit die Anwendung der landesrechtlichen Konnexitätsregeln auch bei der Vollziehung von Bundesgesetzen durch die Kommunen und stärke damit die kommunale Selbstverwaltung.

Auch der DStGB begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Die Entscheidung (Fortsetzung auf Seite 4)

Deutscher Landkreistag und Deutscher Städtetag:

Gesundheitsämter sind personell gut aufgestellt

Die 294 Gesundheitsämter von Landkreisen und die 62 von kreisfreien Städten nehmen in der Corona-Pandemie eine Schlüsselrolle vor Ort ein. Vor diesem Hintergrund haben Deutscher Landkreistag und Deutscher Städtetag mit einer gemeinsamen Umfrage die Personalausstattung beim Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) in den Flächenländern ermittelt.

An der Umfrage nahmen 252 von 356 Gesundheitsämtern teil. Aufgrund dieser hohen Beteiligung lässt sich das Ergebnis auf alle Gesundheitsämter in den Flächenländern hochrechnen. Die Ergebnisse der Umfrage im Einzelnen:

- Bundesweit werden in den Flächenländern über 3.300 Vollzeit-Planstellen für Amtsärztinnen und Amtsärzte vorgehalten, das sind knapp 10 Planstellen pro Gesundheitsamt. Bei den medizinischen Fachangestellten, Hygienekontrolleuren und weiterem medizinischen wie nicht-medizinischen Personal werden darüber hinaus über 11.600 Vollzeit-Stellen bereitgestellt. Insgesamt gibt es damit in den Gesundheitsämtern 14.900 Stellen.

- Besetzt sind rund 2.900 der Stellen für Ärztinnen und Ärzte (Besetzungsquote 87 Prozent). Beim nichtärztlichen Personal sind rund 11.000 Stellen besetzt (Besetzungsquote 94,5 Prozent). Insgesamt sind damit in den Gesundheitsämtern in den Flächenländern bundesweit rund 13.900 Stellen besetzt. Aufgrund von Teilzeit-Beschäftigung ist die Gesamtzahl der Beschäftigten höher als die Zahl der besetzten Stellen. Unbesetzt ist ein Teil der Stellen zum Beispiel wegen Fluktuation oder Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Fachkräften.

- Zusätzlich zu den Planstellen waren zum Stichtag 15. Juni in den Gesundheitsämtern rund 5.900 Beschäftigte eingesetzt – vor allem zur Kontaktnachverfolgung, für Coronatests und zur Kontrolle von Quarantäne. In großem Umfang konnten Mitarbeiter aus anderen Bereichen der Verwaltung der Städte und Landkreise umgesetzt werden. Es wurde auch zusätzliches Personal eingestellt oder durch Amtshilfe eingesetzt.

- Die meisten Gesundheitsämter planen, zusätzliche Ärzte wie auch weitere medizinische Fachangestellte, Sachbearbeiter und anderes nicht-ärztliches Personal einzustellen.

„Die Landkreise und kreisfreien Städte als Träger der Gesundheitsämter sind personell gut aufgestellt. Es besteht keinerlei Grund zu Alarmismus!“, kommentierte der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager, die Ergebnisse. Im Durchschnitt sei nur etwas mehr als eine ärztliche Planstelle pro Gesundheitsamt aktuell nicht besetzt. Das oftmals transportierte negative Bild von Personalgewinnungsproblemen und Unterbesetzung bestätige sich damit gerade nicht.

Weiteres Personal nötig

„Wir sehen, dass die Gesundheitsämter derzeit in besonderem Maße beansprucht werden, aber nicht überfordert sind“, so Sager weiter. Gleichwohl planen die meisten Gesundheitsämter, weiteres Personal einzustellen. Dazu sei finanzielle Unterstützung willkommen. „Nichts ist so gut, dass es nicht – gerade auch mit Blick auf die aktuell krisenbedingten besonderen Belastungen – noch verbessert werden kann“, merkte Sager an. Über zusätzliche dauer- (Fortsetzung auf Seite 4)



Bei Straßen, die nach Antidemokraten benannt wurden, taucht die Frage nach deren Namensänderung ebenso auf, wie als Beitrag im Kampf gegen Gegenwartsrassismus. Erschweren derartige Tilgungen nicht auch die kritische Auseinandersetzung mit der dahinterstehenden Geschichte? Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Klausurtagung der CSU-Landesgruppe: Kickoff aus der Krise	2
DLT: Verbandsspitze für weitere zwei Jahre bestätigt.	2
Verschönerungsmythen haben Hochkonjunktur.	3
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Unsere Kommunen sind Vorreiter in der Krisenbewältigung . . .	3
Förderbescheide: Regionale Identität in Bayern stärken	3
Engagement Global	5
Kommunale Finanzthemen	6 - 10
Abfall • Kommunales Verkehrswesen	11 - 13
Kommunalfahrzeuge • Fuhrpark • Öffentliche Anlagen	14 - 17
Aus den bayerischen Kommunen.	17 - 20

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe:

Kickoff aus der Krise

Im Rahmen ihrer Klausurtagung in Kloster Seon verabschiedete die CSU-Landesgruppe des Deutschen Bundestags ein Papier, das unter dem Titel „Kickoff aus der Krise“ zahlreiche Impulse zur Stimulation der an Corona erkrankten Wirtschaft aufzeigt. Nach dem Lockdown, so heißt es, sei das Ziel klar definiert: Chancen schaffen, Jobs sichern und Innovationen fördern. Dafür werde eine umfassende Agenda gestartet.

So soll zunächst die maximale Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate verlängert werden. Dabei wird die vollständige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge bis zum 30. Juni 2021 befristet. Für die Zeit danach wurde in der Koalition ein starker Anreiz gegen Kündigung und für Qualifizierung durchgesetzt: Die volle Erstattung der Beiträge ab 1. Juli 2021 erfolgt nur bei gleichzeitiger Qualifizierung in der Kurzarbeit. Dies schaffe klare Perspektiven für Unternehmen und Sicherheit für Arbeitnehmer.

Verbesserung der Minijobs

Der Minijob soll weiterentwickelt und die Minijob-Grenze auf 600 Euro pro Monat angehoben werden. Darauf aufbauend sollen Minijobber zukünftig an der allgemeinen Lohnsteigerung teilhaben, indem die Verdienstgrenze der Minijobs mit den Löhnen steigt.

Zusätzlich zum bereits beschlossenen Konjunkturpaket sieht die CSU-Landesgruppe ein Transformationspaket vor, das die heimische Industrie beim Wandel unterstützt – mit Entlastungen bei Bürokratie und Abgaben, Investitionsanreizen für Innovationen und Fördermaßnahmen für Transformationsprozesse. „Dabei setzen wir auf eine verträgliche Disruption, die alle mitnimmt, statt harter Ideologie mit breiten Kollateralschäden.“

Innovative Mobilität

Mit Blick auf die Automobil- und Zulieferindustrie bedeutet das: „Wir sagen dem modernen Verbrennungsmotor nicht den Kampf an, sondern integrieren ihn als Übergangstechnologie in unsere Konzepte. Eine Klimaprämie für saubere Verbrenner darf dabei kein Tabu sein, sondern kann eine Brücke bauen auf dem Weg zu neuer Wettbewerbsfähigkeit und dem Erhalt von Arbeitsplätzen.“

Gleichzeitig will die CSU einen ambitionierten Innovationsprung bei der Elektromobilität – mit einer Investitions offensive zur weiteren Stärkung der Batteriezellenforschung und einem Schub für die Batteriezellenerzeugung in Höhe von 10 Milliarden Euro. „Damit bauen

wir unsere Spitzenposition bei der Forschung weiter aus und unterstützen den Weg in die Anwendung, denn: Unsere Automobilindustrie ist heute Weltspitze beim Verbrenner – und soll es auch im bevorstehenden Zeitalter alternativer Antriebe werden. Dazu gehört auch die Stärkung der Forschung an synthetischen Kraftstoffen sowie der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie.“

Made in Germany ist ein Qualitätssiegel und ein ethisches Versprechen. Diese Werte sollen in einem Lieferkettengesetz verankert werden, das rechtlich sicherstellt: Wer Made in Germany kauft, bekommt Produkte, die die Menschenrechte achten, bei denen soziale und ökologische Standards eingehalten werden. Unternehmen werden dabei weder im Wettbewerb benachteiligt noch bürokratisch überfordert. Insbesondere soll der Mittelstand im Blick behalten werden.

An der Spitze der Zukunftstechnologien

„Wenn wir an der Spitze der Weltwirtschaft bleiben wollen, müssen wir auch Spitze bleiben bei den Zukunftstechnologien. Deshalb haben wir im Koalitionsausschuss durchgesetzt, dass wir die steuerliche Forschungszulage zukünftig auf Basis einer Bemessungsgrundlage von bis zu 4 Millionen Euro berechnen“, heißt es weiter. „Diese Bemessungsgrundlage wollen wir auf 8 Millionen Euro pro Unternehmen noch einmal verdoppeln und damit einen deutlichen Anreiz setzen, um in der Krise weiter an Innovationen zu arbeiten und gemeinsam gestärkt aus ihr hervorzugehen.“

Ziel sei deshalb ein Unternehmensstärkungsgesetz mit einer Absenkung der Ertragssteuerbelastung für Unternehmen auf 25 Prozent für Gewinne, die im Unternehmen verbleiben. Dabei soll zudem Rechtsformneutralität erreicht werden, gerade zwischen Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften. Gleichzeitig sollen die Unternehmen bei der Digitalisierung ihrer Geschäftsmodelle und -abläufe unterstützt werden, indem die steuerliche Abschreibung für digitale Innovationsgüter deutlich verbessert wird.

Unabhängigkeit stärken

Zudem liegt das Augenmerk darauf, Deutschlands und Europas Unabhängigkeit zu stärken und die Wertschöpfungsketten souveränitätskritischer medizinischer Produkte in die EU zurückzuholen. Dafür soll mit den Pharma-Unternehmen dafür gesorgt werden, dass kritische Schutzkleidung, medizinische Geräte sowie alle wichtigen Medikamente in mindestens einer Variante in Europa produziert werden. Darüber hinaus will die CSU-Landesgruppe bei der Medikamentenbeschaffung regeln, dass im Zuge der Ausschreibung von Rabattverträgen nicht nur einem, sondern – wo dies möglich ist – mindestens zwei Anbietern der Zuschlag gegeben wird. Zuschlagskriterium muss sein, dass mindestens einer der Hersteller über eine europäische Lieferkette verfügt.

Auch schwebt der CSU vor, das Home-Office stärker zu fördern und Home-Office-Kosten – wie beispielsweise für Strom,

Telefon und Internet – durch eine Home-Office-Pauschale von bis zu 600 Euro pro Jahr steuerlich zu fördern. Dabei sollen die bestehenden steuerrechtlichen Regeln für das Arbeiten in den eigenen vier Wänden an neue Realitäten angepasst und die Einrichtung mit Arbeitsmitteln steuerlich verbessert werden – unabhängig vom Nachweis eines separaten Arbeitszimmers. Außerdem soll ein Home-Office-fähiger Internetanschluss Pflichtbestandteil des geplanten Rechts auf schnelles Internet sein.

Flexibilisierung der Arbeit

Um flexibles Arbeiten zu ermöglichen, ist geplant, dafür die gesetzliche Höchst Arbeitszeit pro Tag abzusuchen und stattdessen eine Höchst Arbeitszeit pro Woche zu ermöglichen – nach der klaren Maßgabe: Flexi-Woche statt 8-Stunden-Tag – und mehr Freiheiten für individuelle Vereinbarungen, die sich an den vielfältigen Lebensrealitäten der Arbeitnehmer orientieren.

Unterstützung Alleinerziehender

Auch sollen Alleinerziehende dauerhaft doppelt entlastet werden. Für alleinerziehende Mütter und Väter wurde für die Jahre 2020 und 2021 der Entlastungsbetrag bei der Einkommenssteuer von derzeit 1.908 Euro auf 4.000 Euro mehr als verdoppelt. Diese Regelung soll entfristet werden, denn Alleinerziehende tragen nicht nur in der aktuellen Krise eine doppelte Verantwortung, sondern durchgehend. Um Familien bei der Kinderbetreuung zu unterstützen, sollen Beiträge für Kinderbetreuungskosten voll von der Steuer absetzbar sein: statt wie heute nur bis zu zwei Drittel und mit maximal 4.000 Euro pro Kind und Jahr. Den zulässigen Höchstbetrag will die CSU dabei von 4.000 Euro auf 6.000 Euro anheben.

Standard digitales Lernen

Zum Standard gemacht werden soll das digitale Lernen. „Dafür wollen wir ein 1-Milliarden-Euro-Sofortprogramm für digitale Klassenzimmer auflegen, um mit einem schnellen und einfachen Verfahren digitale Leuchttürme zu schaffen. Darüber hinaus brauchen wir auch eine flächendeckende Ausstattung mit mobilen Endgeräten bei den Schülern selbst und wollen deshalb, dass jeder Schüler in Deutschland nicht nur Schulbücher, sondern auch ein digitales Endgerät bekommt. Um sicherzustellen, dass die zur Digitalisierung der Schulen bereitgestellten Mittel auch vor Ort ankommen und zielgerichtet eingesetzt werden können, wollen wir ein Beratungsbüro des Bundes zur Unterstützung der Länder einrichten und damit den Bildungsföderalismus flächendeckend stärken.“

Lehrkräfte sollen mit 500 Mio. Euro für digitale Hardware ausgestattet und die EU-Mittel des Aufbauplans genutzt werden, um eine bundesweite digitale Plattform mit Videokonferenz-, Lernmanagement- und geeigneten Serversystemen für das digitale Lernen aufzubauen. Dabei soll die Bildungssouveränität gestärkt und in Bildungsserver und -software „Made in Germany“ investiert werden. Ziel der Plattform des Bundes ist ein offenes Angebot an die Länder, das mit föderalen Infrastrukturen vernetzt werden kann und für alle Bildungsbereiche verfügbar ist.

Endgültig geschlossen werden sollen die weißen Flecken beim Mobilfunk. Dafür wurde die Einrichtung einer Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (MIG) zum Bau von Masten in weißen Flecken durchgesetzt. „Die Einrichtung der MIG wird heute bereits vorbereitet – und unsere klare Erwartungshaltung ist, dass sie noch in diesem Jahr ihre Arbeit aufnimmt. Wo die Errichtung stationärer Mobilfunkmasten nicht zeitnah möglich ist, wollen wir zügig mobile Masten aufstellen, um vor Ort ein funktionsfähiges Netz zu gewährleisten. Gleichzeitig soll die MIG den Roll-Out des Mobilfunkstandards 5G vorantreiben und gemeinsam mit den Mobilfunkunternehmen dafür sorgen, dass Deutschland als erstes Land der Welt ein flächendeckendes 5G-Netz erhält“, heißt es in dem Impulspapier.

„Wir haben in der Koalition 5 Milliarden Euro für Investitionen in Künstliche Intelligenz (KI)

durchgesetzt. Diese Mittel dürfen nicht in Kleinprojekten ohne klares Konzept versickern, sondern müssen mit einer großen Strategie echte Innovationsleuchttürme finanzieren“, führt die CSU-Landesgruppe weiter an.

Weltweit größter KI-Standort

Ziel sei der größte KI-Forschungsstandort der Welt mit einem internationalen Team der besten Forscher zu werden – in zehn konkreten Anwendungsbe reichen der KI von der Medizin über die Mobilität bis hin zu Eco-Tech und FinTech. Dafür soll ein KI-Campus aufgebaut werden. Zudem sollen mit einem hochattraktiven und kompetitiven Gehaltsangebot Spitzen-Talente angezogen und ein Milliardenbudget für die Entwicklung und Erprobung von KI-Anwendungen bis zur Marktreife bereitgestellt werden.

„Wir wollen in Deutschland produzieren, was das Weltklima

schützt und dafür ein öffentlich-privates Game-Changer-Programm auflegen. Wir wollen gemeinsam mit Unternehmen und Forschungseinrichtungen Technologien entwickeln, die Ökonomie und Ökologie verbinden und damit dem Klimaschutz dauerhaft global zum Durchbruch verhelfen können. Dazu gehören die effiziente Erzeugung von erneuerbaren Energien über Windkraft, Solarenergie oder nachwachsende Rohstoffe, eine Stahlproduktion ohne Kohle, eine klimafreundliche Zementproduktion, die Entwicklung von Großspeichern für erneuerbare Energien und Anwendungen, die CO2 vom Schadstoff zum Rohstoff machen“, lautet ein weiteres Vorhaben. Dabei will die CSU-Landesgruppe in jedem Bereich echte Leuchtturm-Projekte fördern, dafür gemeinsam mit Unternehmen und Forschern einen Entwicklungspfad definieren und die Projekte gemeinsam finanzieren. **DK**

Präsidium des Deutschen Landkreistages:

Verbandsspitze für weitere zwei Jahre bestätigt

Corona-Hilfen für Kommunen sind ein Meilenstein

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Landkreistages hat im Kreis Olpe die Verbandsspitze einstimmig für weitere zwei Jahre bestätigt. Präsident Landrat Reinhard Sager (Kreis Ostholstein) freute sich gemeinsam mit den Vizepräsidenten Landräten Joachim Walter (Landkreis Tübingen), Bernhard Reuter (Landkreis Göttingen) und Frank Vogel (Erzgebirgskreis) über das seitens der Landkreise entgegengebrachte Vertrauen. Außerdem wurde Landrat Wolfgang Blasig (Potsdam-Mittelmark) als weiterer Vizepräsident gewählt, der Landrat Dr. Ansgar Müller (Kreis Wesel) nachfolgt.

Sager ist seit 2014 Präsident des Deutschen Landkreistages und wurde damit nach seiner Wiederwahl in den Jahren 2016 und 2018 bereits zum dritten Mal im Amt bestätigt. Von 1982 bis 1988 war er Gemeindevorteiler in Grömitz, 1990 bis 1995 Kreistagsabgeordneter beim Kreis Ostholstein und von 1992 bis 2001 Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages, bevor er zum Landrat gewählt wurde. Seit 2008 ist er außerdem Vorsitzender des Landkreistages Schleswig-Holstein.

Blasig übernimmt das Amt in der Nachfolge von DLT-Vizepräsident Landrat Dr. Müller, der nicht mehr zur Wiederwahl als Landrat des Kreises Wesel antritt und aus diesem Amt ausscheidet. DLT-Präsident Sager gratulierte: „Ich freue mich über die Berufung des Kollegen Blasig, der schon viele Jahre Mitglied des DLT-Präsidiums ist und unter Beweis gestellt hat, dass er ein engagierter Mitstreiter in Brandenburg und auf bundespolitischer Bühne für die Belange der Landkreise ist. Er ist eine hervorragende Ergänzung für unser Team.“

Blasig ist seit 2009 Landrat des Landkreises Potsdam-Mittelmark. Zuvor war er 15 Jahre Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Kleinmachnow. Seit 2015 ist er Vorsitzender des Landkreistages Brandenburg. Reuter ist seit 2010, Walter seit 2014 und Vogel seit 2016 DLT-Vizepräsident.

Begrüßt hat das DLT-Präsidium während seiner jüngsten Sitzung die Unterstützungsleistungen des Bundes, mit denen Landkreisen und Gemeinden finanziell geholfen werden soll. Darüber wird im Deutschen Bundestag in dieser Woche beraten. Präsident Landrat Reinhard Sager sagte: „Die erhöhte Beteiligung des Bundes an den kommunalen SGB II-Wohnkosten (KdU) wird Landkreise und kreisfreie Städte strukturell und dauerhaft jährlich in Höhe von 3 bis 4 Mrd. € stärken. Das ist für die Kommunen ein Meilenstein, wofür wir dem Bund dankbar sind.“

Gleichfalls sei der einmalige Ausgleich der Gewerbesteuer

erausfälle durch Bund und Länder von rund 12 Mrd. Euro eine wichtige Maßnahme im laufenden Jahr, der so schnell wie möglich nun auch in den kommunalen Haushalten ankommen sollte. „Das wird einen wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung der kommunalen Investitionsfähigkeit leisten.“

In dieser Woche entscheidet der Deutsche Bundestag im Schnellverfahren über die Hilfen für Landkreise, Städte und Gemeinden, die infolge der Corona-Pandemie notwendig werden. Der Bundesrat beschließt am 18.9.2020. Am vergangenen Montag wiederum fand eine Anhörung im Haushaltsausschuss zum Gesetzespaket statt. „Für die Erhöhung des Bundesanteils an den KdU auf maximal 74 % ist eine Verfassungsänderung notwendig, damit die Landkreise und kreisfreien Städte diese kommunale Aufgabe auch künftig eigenverantwortlich wahrnehmen können und es nicht zu Bundesauftragsverwaltung kommt“, so Sager. „Diese selbstverwaltungskonforme Lösung ist der richtige Weg.“

Sager warb für eine breite Zustimmung zum Gesetzespaket: „Die Corona-Hilfen sind für die Landkreise, Städte und Gemeinden von großer Bedeutung. Das sollte in Anbetracht der beabsichtigten Grundgesetzänderungen nicht nur für die Länder im Bundesrat, sondern auch für die Opposition im Deutschen Bundestag entscheidend sein.“

Gegen Übernahme kommunaler Kassenkredite

Die Entlastung bei den KdU gehe damit weit über den Alt-schulden-Vorschlag des Bundesfinanzministers hinaus und helfe den Kommunen in ganz Deutschland. „Vorstößen aus einzelnen Bundesländern treten wir deshalb entgegen, die eine erneute Debatte um die Übernahme kommunaler Kassenkredite durch den Bund beginnen wollen. Dieses Thema muss für den Bund ein für alle Mal erledigt sein.“ Es sei vielmehr an den Ländern, endlich ihrer eigenen Verantwortung

gerecht zu werden und den Abbau kommunaler Kassenkredite in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland anzugehen. „Sie dürfen nicht durch eine erneute Debatte ihre eigenen Handlungspflichten verschleppen“, verdeutlichte er.

Die Verantwortung der Länder für die Finanzierung der Aufgabenerfüllung der Kommunen habe auch das Bundesverfassungsgericht unlängst in anderem Zusammenhang bekräftigt (vgl. Seite 1).

Länder stehen in der Pflicht

Nach der DLT-Präsidiumssitzung forderte Präsident Sager die Länder auf, für eine ordentliche finanzielle Mindestausstattung sowohl der Landkreise als auch der Gemeinden zu sorgen. „Die Länder stehen in der Pflicht, ihre Kommunen mit dem Nötigsten zur Bewältigung der eigenen Aufgaben auszustatten. Das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, die die Landkreise aber leider immer wieder deutlich einfordern müssen.“

Insbesondere könne es vor dem Hintergrund aktueller Gerichtsverfahren zur Kreisumlagerhebung in Rheinland-Pfalz nicht sein, „dass die Landkreise zu Ausfallbürgen gemacht werden, wenn das Land seine Gemeinden nur unzureichend finanziell ausstattet. Insofern ist die von der Rechtsprechung festgestellte Wahrung der Gemeindefinanzen bei der Festsetzung der Kreisumlage richtig. Daraus muss aber zwingend auch eine Sicherstellung der finanziellen Mindestausstattung der Landkreise und Gemeinden durch das Land folgen.“

Das Land Rheinland-Pfalz sei am Zuge: „Es muss umgehend die Finanzierung der kommunalen Ebene neu regeln. Ebenso sind alle anderen Länder aufgefordert, für die finanzielle Mindestausstattung ihrer Landkreise und Gemeinden zu sorgen. Es ist ein unwürdiges Unterfangen, wenn Kommunen bundesweit vor den Gerichten um das betreten müssen, was sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Insofern ist die rheinland-pfälzische Rechtsprechung ein gutes Beispiel für ganz Deutschland.“ In diesem Zusammenhang sei es hilfreich, dass das Bundesverwaltungsgericht gleichermaßen am für Gemeinden als auch Landkreise bestehenden Anspruch auf aufgabenadäquate Finanzierung festhalte. **□**

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Max Dietl
94375 Stallwang
am 15.9.

Bürgermeister Ludwig Greimel
84149 Velden
am 21.9.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ernst Nickel
96160 Geiselwind
am 18.9.

Bürgermeister Rüdiger Stenger
63872 Heimbuchenthal
am 23.9.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Zepper
84558 Tylaching
am 19.9.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Verfassungsschutzbericht/1. Halbjahr 2020:

Verschwörungsmythen haben Hochkonjunktur

Extremisten instrumentalisieren die Corona-Pandemie zur Verbreitung ihrer demokratiefeindlichen Ideologien. Wie Bayerns Innenminister Joachim Herrmann bei der Vorstellung der Verfassungsschutzinformationen für das erste Halbjahr 2020 mitteilte, „haben selbst die absurdesten Verschwörungsmythen momentan regelrecht Hochkonjunktur. Sie entbehren jeder Faktenbasis, sind aber geeignet, größere Bevölkerungskreise mit einer grundlegenden Unzufriedenheit mit dem Rechtsstaat zu infizieren.“

Extremisten knüpfen – wenn auch mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Erklärungsmustern – vor allem an die im Netz kursierenden Verschwörungsmythen über den Ursprung der Pandemie an. „Sie wollen auf allen Ebenen die Unzufriedenheit mit dem demokratischen System weiter schüren und so mehr Zustimmung für ihre extremistischen Ziele erreichen“, betonte Herrmann. Die Bandbreite reiche dabei von Schuldzuweisungen an bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Migranten oder Juden, bis hin zu einer angeblichen Geheimen „Weltregierung“. Dabei würden auch, wie beim aus den USA stammenden Verschwörungsmythos ‚QAnon‘, antisemitische Vorurteile geschürt.

Untergangsszenarien und Schuldzuweisungen

„Rechtsextremisten versuchen, sich die Corona-Krise zu Nutze zu machen. Sie positionieren sich zu diesem Thema und versuchen, ihren Standpunkt medienwirksam und milieuüberschreitend zu inszenieren, um so Sichtbarkeit in der Debatte insgesamt zu erzielen. Derzeit lässt sich erkennen, dass rechtsextremistische Akteure in zunehmendem Maße Verschwörungsmythen aufgreifen bzw. verbreiten“, erläuterte der Minister. Vor allem im Internet wollten Rechtsextremisten dadurch auch bei Personengruppen Gehör finden, die bislang durch offen rassistische und fremdenfeindliche Agitation nicht ansprechbar waren. Sie nähmen die Pandemie zum Anlass, um das Vertrauen in die Regierung zu untergraben und Untergangsszenarien zu entwerfen, um so Zustimmung zu extremistischen Positionen zu erzeugen.

Rechtsextremisten verbreiteten insbesondere Verschwörungsmythen, die Schuldzuweisungen an Asylbewerber, Migranten bzw. Juden enthalten. Unter Schlagwörtern wie „Corona-Diktatur“ oder „Quarantäne-Diktatur“ wird Regierungsverantwortlichen und staatlichen Stellen unterstellt, sie würden die Corona-Pandemie dazu ausnutzen, um die Bürger zu entrechteten und zu überwachen. Es werde dabei, so die Darstellung von Rechtsextremisten, bewusst gegen die Interessen des „deutschen Volkes“ gehandelt. So fände grundsätzlich eine Ungleichbehandlung der „Deutschen“ gegenüber Migranten statt. Die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) behauptete beispielsweise am 5. April in einer Twitter-Meldung, dass die im Rahmen der staatlichen Corona-Bekämpfungsmaßnahmen verhängten Freiheitsbeschränkungen auch über die Corona-Krise hinaus aufrechterhalten werden würden.

Demokratie- und rechtsstaatsfeindliche Ideologien

Ziel der Linksextremisten ist ebenfalls, ihre demokratie- und rechtsstaatsfeindliche Ideologie auf eine größere Bühne zu tragen und über ihr eigenes Kernklientel hinaus neue Anhänger zu finden. Die zur Eindämmung der Pandemie ein-

geleiteten Beschränkungsmaßnahmen werden von der Szene als ein Vorwand zum angeblichen Ausbau staatlicher Repression gewertet, die jeden Einzelnen seiner Freiheitsrechte berauben wolle. Die bestehenden Ängste vor einer Rezession und dem Verlust von Arbeitsplätzen werden darüber hinaus instrumentalisiert, um gegen eine angebliche Kumpanei zwischen Politik und Kapital zu hetzen. Als „Patent-Lösung“ aller Probleme propagiert die Szene auch angesichts der Pandemie die Zerstörung des bestehenden „unterdrückerischen, kapitalistischen Systems“.

Sinkende Hemmschwellen

„Linksextremisten begreifen die Situation als Chance, den Systemwechsel zu erzwingen, auch mit Gewalt“, unterstrich Herrmann. In diesen Zusammenhang seien auch die Brandanschläge auf Mobilfunkmasten einzuordnen. Diese Aktionen richteten sich gegen die neue 5G-Technologie als „Technik-Gefängnis-Welt“, mit der die Menschen mehr als je zuvor überwacht werden sollen. In der Szene sinke die Hemmschwelle, Gewalt gegen Personen anzuwenden oder zumindest als „Kollateralschaden“ bei Sachbeschädigungen in Kauf zu nehmen. Die Aggression richte sich dabei in jüngster Zeit auch gegen Medienvertreter.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wurden im ersten Halbjahr 2020 insgesamt 399 links-extremistisch motivierte Straftaten erfasst, darunter 22 Gewalttaten (Vorjahreszeitraum: 379 links-extremistisch motivierte Straftaten, davon 30 Gewalttaten). Somit ist trotz der pandemiebedingten Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen für 2020 im Vergleich zum Vorjahr nicht mit einem erneuten Rückgang der Gesamtzahl links-extremistischer Straftaten zu rechnen. Zudem nimmt die Schwere links-extremistischer Straftaten eher zu als ab. Nicht nur die Sachbeschädigungen mit zum Teil enormen Schadenssummen mehren sich, vielmehr sinkt auch die Hemmschwelle, Leib und Leben von Personen, auch Unbeteiligten, zu gefährden. Dies zeigt sich vor allem in der zunehmenden Verrohung der Sprache.

Islamistischer Terrorismus

Auch Islamisten reagieren auf die Corona-Pandemie. Für die Sicherheit westlicher Staaten ist laut Herrmann dabei weniger die vorgenommene propagandistische Umdeutung der Pandemie eine Gefahr, sondern vielmehr die Schlussfolgerung, die vor allem Jihadisten aus der aktuellen globalen Krise ziehen: „Die Corona-Pandemie hat aufgezeigt, wie verwundbar Staaten, Gesellschaften und die Weltwirtschaft angesichts einer solchen Notlage sind. Vor diesem Hintergrund könnte das Bedrohungszenario des Bioterrorismus neue Aktualität entfalten.“ Der islamistische Terrorismus stelle weiterhin eine Bedrohung für die Sicherheit dar. Leider zeigten die Anschläge im ersten Halbjahr 2020 in Frankreich und Großbrit-

tannien, dass Europa und damit auch Deutschland weiterhin im Zielspektrum jihadistischer Organisationen und radikalisierter Einzelpersonen stehen.

Im Übrigen sei feststellbar, dass die Grenzen zwischen dem sogenannten legalistischen Islamismus und dem Salafismus zunehmend verschwimmen und sich die einzelnen islamistischen Strömungen gegenseitig beeinflussen und letztlich transformieren können. Die übergeordnete Zielsetzung und das verbindende Kernelement der Errichtung eines scharia-basierten Staats blieben dabei weiterhin bestehen.

Maßnahmen der Sicherheitsbehörden

Bundesweit werden dem salafistischen Spektrum aktuell 12.150 Personen zugerechnet (Quelle: Bundesverfassungsschutzbericht 2019). In Bayern liegt das Potenzial derzeit bei 770 Personen. Davon lassen sich ca. 20 % dem gewaltorientierten Spektrum zurechnen. Durch zahlreiche Maßnahmen der Sicherheitsbehörden in den vergangenen Jahren und die erfolgreiche Eindämmung salafistischer Propaganda jenseits des Internets, wurde ein zunehmender Rückgang öffentlichkeitswirksamer Aktionen salafistischer Akteure festgestellt. In Bayern finden die ehemals weit verbreiteten (Street-)Da’wa-Aktionen nicht mehr statt. Auch Infotische in Fußgängerzonen sind aus den Stadtbildern nahezu verschwunden.

Reichsbürger und Selbstverwalter

Reichsbürger und Selbstverwalter wiesen ihrerseits bereits vor der Corona-Pandemie eine besondere Affinität zu Verschwörungsmythen auf. Aktuell sehen sie sich nun in ihrer Sichtweise bestätigt, zugleich finden die von ihnen verbreiteten Verschwörungsmythen eine größere Reichweite.

Zu den Ursachen, der Ausbreitung und den Folgewirkungen des Corona-Virus werden in diesem Phänomenbereich Fake-News verbreitet, die mit Verschwörungsmythenischen Elementen verweben werden. Behauptet wird beispielsweise, es handle sich bei Covid-19 um eine gezielt entwickelte Krankheit mit dem Ziel, die Weltbevölkerung zu dezimieren. Das Virus sowie ein Impfstoff dagegen wären bereits patentiert.

Corona wird in Frage gestellt

In einer anderen Lesart werden der Verbreitungsgrad sowie die Letalität des Virus in Frage gestellt. Den handelnden Politikern wird vorgeworfen, Bürger- und Freiheitsrechte ohne rechtliche Grundlage einschränken zu wollen. Ein kriegsähnlicher Zustand würde erzeugt werden, indem Angst und Schrecken manipulativ verbreitet würden, um Recht und Gesetz außer Kraft zu setzen.

Die Einschränkung der Bürgerrechte wird in diesem Zusammenhang als strategisches Element eines bestehenden Plans, initiiert von „geheimen Mächten“, zur Entrechtung der Menschen in Deutschland gedeutet. Die zu erwartende wirtschaftliche Rezession in Folge der Pandemie wird als im Plan vorgesehenes notwendiges Element gedeutet, damit die Mehrheit der Menschen in Deutschland eine Entmündigung billigend in Kauf nimmt. **DK**

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,



die bayerische Kommunalpolitik ist weit entfernt von einem politischen Sommerloch. Sie leistet derzeit – auf Grund der Corona-Pandemie – zahlreiche Überstunden. So halten steigende Fallzahlen, lokale Hotspots und Reiserückkehrer aus Risikogebieten die bayerischen Verantwortungs-träger und unsere ehrenamtlich Engagierten weiter in Atem. Noch immer ist das Corona-Virus allgegenwärtig und noch immer droht eine zweite Welle der globalen Pandemie.

Und doch gibt es gute Nachrichten für Bayern: Die Corona-Krise kann lokal wirkungsvoll bekämpft und eingedämmt werden. Das zeigen die aktuellen Erfahrungen vor Ort sowie die bisherigen Leistungen bei der Bekämpfung der Pandemie. Die Kommunen und insbeson-

Unsere Kommunen sind Vorreiter in der Krisenbewältigung

dere die Landkreise und kreisfreien Städte mit den zuständigen Gesundheitsbehörden waren und sind bei der stetigen Eindämmung des Virus besonders gefordert. Sie arbeiten in regelmäßiger Abstimmung und mit Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung unter komplexen Rahmenbedingungen eng zusammen.

Unsere bayerischen Kommunen beweisen einmal mehr, dass sie Vorreiter in der Krisenbewältigung sind und eine gewisse Vorbildfunktion für ganz Deutschland haben. Für ihre außerordentliche Leistung ge-

bührt den Verantwortlichen Dank, Anerkennung und hohe Wertschätzung. Ihr Dienst zum Schutz unserer Gesundheit ist gar nicht hoch genug einzuschätzen. Natürlich erfordert dies auch die strikte Einhaltung aller aktuellen Hygiene- und Abstandsregeln durch die gesamte Bevölkerung. Nur gemeinsam können wir die wohl größte Herausforderung für unsere Generation bekämpfen und besiegen.

Als KPV unterstützen wir den Weg der bayerischen

Staatsregierung mit allen Kräften und aktiv mit dem Erfahrungsschatz unserer kommunalen Spitzenpolitiker bei der lokalen Bekämpfung des Virus. So haben sich die regionalen Testzentren, lokale Quarantäne-Maßnahmen und tagesaktuelle Informationen der lokalen Katastrophenschutzbehörden über die Corona-Fallzahlen als erfolgreich erwiesen.

All diese Maßnahmen stehen jedoch stetig wechselnden Herausforderungen gegenüber durch das leicht übertragbare Corona-Virus und den leichtsinnigen Umgang einzelner Bürger mit der gefährlichen Pandemie. Hier müssen alle politischen Ebenen nicht nur eng zusammenarbeiten, sondern auch immer wieder nachsteuern, wenn es zu regionalen Corona-Hotspots kommt. Dies wird in den nächsten Wochen und Monaten für uns alle noch eine große Aufgabe bleiben, auch für die kommunalpolitische Vereinigung der CSU.

Der bayerische Kurs aus Besonnenheit, Vorsicht und Umsicht bei schrittweiser und maßvoller Lockerung hat sich bewährt und sollte ebenso auf kommunaler Ebene weiter verfolgt werden.

In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Förderbescheide für neue Projekte:

Regionale Identität in Bayern stärken

Mit der Projektförderung ‚Regionale Identität‘ will der Freistaat die Menschen noch mehr für ihre bayerische Heimat und deren Vorzüge begeistern. Wie Finanz- und Heimatminister Albert Füracker mitteilte, starten weitere Regionen mit neuen Projekten.

Mit Aschaffenburg, Neustadt a. d. Waldnaab und Rottal-Inn werden zunächst drei Landkreise mit einer ganz besonderen gewachsenen Identität mit insgesamt rund 850.000 Euro unterstützt. „Sie verdeutlichen, wie vielfältig Bayern ist und mit welcher unterschiedlichen Ansätzen die Regionen noch attraktiver für ihre Bürgerinnen und Bürger werden können“, erklärte Füracker.

„Mittendrin statt nur dabei“

Der Landkreis Aschaffenburg will in seinem Vorhaben „Mittendrin statt nur dabei“ die regionalen Besonderheiten in drei innovativen Projekten in den Mittelpunkt stellen und wird dabei mit 276.575 Euro vom Finanz- und Heimatministerium gefördert. Der Wettbewerb „Fleur de Ville“ soll die regional-typische Gestaltung von Gärten und Grünflächen anregen und die Besonderheiten in Natur- und Kulturlandschaft im alltäglichen Umfeld betonen.

Durch das umfangreiche Kulturprogramm „AB geht’s raus“ wird die regionale Kulturszene vernetzt und in besonderen Formaten ins rechte Licht gerückt werden. Mit dem Projekt „Denk mal – Rad mal/Ab zu den Geschichten“ wird schließlich ein neuer Radrundweg geschaffen. Dieser soll die kulturellen und gastronomischen Schätze, die landschaftlichen Reize sowie besondere „Geschichte und Geschichten“ des Landkreises in analoger und digitaler Form ganzheitlich erlebbar machen.

Der Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab setzt auf ein neues, modernes Vermarktungskonzept für regionale Produkte aus der gesamten Nordober-

pfalz, um die hohe Qualität von Produkten aus Direktvermarktung künftig noch gezielter ins Bewusstsein zu bringen. Ebenso wird das Regionalmagazin „Gern.Land!“ komplett überarbeitet und um außergewöhnliche Lebensgeschichten, Ereignisse, Orte und „Gesichter“ des Landkreises erweitert. Die hervorragende ländliche Lebensqualität zusammen mit einem starken Wir-Gefühl machen Heimat lebenswert – und werden vom Finanz- und Heimatministerium mit 411.450 Euro bezuschusst.

Neue Willkommenskultur

Der Landkreis Rottal-Inn will insbesondere die Neubürger der Region mit der Gestaltung einer neuen Willkommenskultur ansprechen. Hierzu sollen Begegnungsformate zwischen Einheimischen und Zugezogenen geschaffen und dadurch die ganze Vielfalt des Landkreises sichtbar gemacht werden. Da Willkommensarbeit und das Entwickeln einer gemeinsamen regionalen Identität vor allem in den einzelnen Gemeinden stattfindet, soll das Projekt im Dialog mit vielen kommunalen Akteuren entwickelt und umgesetzt werden. Hiervon verspricht sich der Landkreis eine Stärkung der sich durch Zuzug und demographische Veränderungen stetig weiterentwickelnden regionalen Identität. Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat fördert dieses Vorhaben mit rund 163.000 Euro.

„Bayerns ländlicher Raum ist eine lebens- und liebenswerte Heimat voller Kultur und Geschichte. Diese gilt es zu erhalten und zugänglich zu machen – auch im digitalen Zeitalter.

Mit seinem Heimatprojekt ‚Gottik im Landkreis Rottal-Inn‘ will der Landkreis die dort typischen gotischen Bauwerke sowohl den Einheimischen als auch Touristen noch vielfältiger näherbringen. Das Heimatministerium unterstützt diese großartige Idee mit insgesamt 172.880 Euro“, führte Füracker bei der Übergabe des Förderbescheids an Landrat Michael Fahmüller in München aus. Das Projekt stärke das Heimatbewusstsein der Menschen, werte die Region auf und zeige, wie Kulturvermittlung und -tourismus im digitalen Zeitalter funktionieren.

Auch digital das kulturelle Erbe der Heimat bewahren

Auf Basis eines Bildungs- und Tourismuskonzeptes und der vor Ort bereits bestehenden Gottik-Touren will der Landkreis Rottal-Inn alle relevanten heimischen Kirchen, Burgen und Schlösser digital erfassen und anschließend für Einheimische und Touristen über eine Online-Plattform zeitgemäß zugänglich machen. Neben Bildern und touristischen Angaben sollen dort auch historisches Material und kulturhistorisches Wissen zu finden sein. Über fünf digitale Medienstationen, die flexibel vor Ort aufgestellt werden können, soll das Kultur- und Tourismusangebot der Region noch zusätzlich ergänzt werden.

Heimat hat viele Gesichter, eines davon sind die Trachten aus den verschiedenen Regionen des Freistaats. „Wesentlicher Bestandteil unserer Heimatpolitik ist es, das kulturelle Erbe Bayerns zu bewahren und in bewusster Auseinandersetzung mit der Tradition immer wieder neu zu gestalten“, machte Füracker mit Blick auf den Umbau und die Erweiterung des Trachtenkultur museums in Holzhausen (Fortsetzung auf Seite 4)

Bundesweit einzigartiger Bodenentdeckungspfad:

„Mensch trifft Boden“

Gesunde, humusreiche Böden bilden wertvolle Lebensgrundlage

Regensburg. In Anwesenheit zahlreicher Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet feierte die Interessengemeinschaft gesunder Boden e.V. (IG Boden) die Eröffnung des ersten Naturprojekts seiner Art – des Bodenentdeckungspfads mit dem Titel „Mensch trifft Boden“. Mehr als vier Jahre dauerte die Realisierung der Idee, unsere wertvolle Lebensgrundlage Boden, unsere „Mutter Erde“, näher kennen zu lernen.

Die Sensibilität und die Kenntnisse der Menschen über gesunde Luft, sauberes Wasser und gesunden Boden nehmen immer mehr zu und führen zur Erkenntnis, dass nur mit einer gesunden Umwelt unsere Lebensgrundlagen nachhaltig gesichert werden können.

Den Boden nicht wie ‚den letzten Dreck‘ behandeln

„Bei der Auseinandersetzung mit der Umweltthematik wird der Boden im Vergleich zur Luft oder zum Wasser noch viel zu wenig beachtet. Unser Bodenentdeckungspfad soll deshalb über diese wichtige Lebensgrundlage informieren, aufklären und den Boden wirklich ‚begreifen‘ lernen“, betonte Franz Rösl, Vorsitzender des Vereins IG Boden.

„Wir dürfen den Boden nicht wie ‚den letzten Dreck‘ behandeln“, betonte in diesem Zusammenhang der Projektleiter des Bodenentdeckungspfades, Ludwig Meier. Vielmehr müsse die Erde geschont, gepflegt und er-

halten werden. „Der Bodenentdeckungspfad ist ein einzigartiger, wertvoller außerschulischer Lernort, da hier praxisnahe und lebensdienliche Erfahrungen mit der Natur gesammelt werden können. Er ermöglicht ein ‚Lernen mit allen Sinnen‘ und trägt dazu bei, die gerade beim Umweltschutz nicht selten gegebene Diskrepanz von Theorie und Praxis zu überwinden“, so Meier, der als ehemaliger Ministerialbeauftragter viele Jahre für die Realschulen in der Oberpfalz zuständig war.

Grundlegende Ressource

Auch die Regensburger Landrätin Tanja Schweiger unterstützt diesen einzigartigen Lehrpfad. „Wir alle brauchen wieder einen achtsameren Blick auf den Boden unter unseren Füßen, damit wir den Wert dieser grundlegenden Ressource schätzen und entsprechend schützen“, so die Landrätin. Ein sparsamer Flächenverbrauch sei ebenso wie die Stärkung regionaler Kreisläufe aktiver Umwelt- und



„Mensch trifft Boden“: Einweihung des Bodenentdeckungspfades der Interessengemeinschaft gesunder Boden e.V. in Regensburg. Mit dabei v.l.: Landrätin Tanja Schweiger (Landkreis Regensburg), 3. Bürgermeister Ludwig Artinger (Stadt Regensburg), Vereinsvorsitzender Franz Rösl, Projektleiter Ludwig Meier und 3. Bürgermeister Franz Geiselhöringer (Pentling).

Heimatschutz. „Am Bodenentdeckungspfad gefällt mir besonders, dass er zum Mitmachen anregt, Begeisterung weckt und das Thema mit viel Freude für Kinder wie Erwachsene ‚begreifbar‘ macht.“

Bildungsprojekt

Regensburgs Bürgermeister Ludwig Artinger unterstrich: „Der Boden ist eine unserer wichtigsten Lebensgrundlagen. Leider wird dies heute von vielen Menschen nicht mehr bewusst wahrgenommen. Dieser Bodenentdeckungspfad ist ein intelligent entwickeltes, zukunftsweisendes Projekt und eine hervorragende Möglichkeit zur Umweltbildung. Die besondere und einzigartige Rolle eines gesunden Bodens für alles, was das gute Leben der Menschen ermöglicht – Nahrung, Wassergeneration sowie ein ausgeglichenes Klima – kann hier konkret greifbar werden. Ich bin mir sicher, dass dieser neue Bodenentdeckungspfad ‚Mensch trifft Boden‘ das Bewusstsein der Menschen für die Wichtigkeit eines gesunden Bodens als unverzichtbare Lebensgrundlage wieder wesentlich stärken wird. Insbesondere unsere Kinder und Jugendliche können hier begreifen, was ein gesunder

Kreislauf der Natur für die eigene Zukunft bedeutet.“

Der fertiggestellte und völlig neu konzipierte Lehrpfad ist als ganzheitliches Bildungsprojekt geplant, realisiert und auch finanziert. Das Investitionsvolumen ist gut sechsstellig und wurde von namhaften Partnerunternehmen finanziell unterstützt. „Der Bodenentdeckungspfad lädt interessierte Besucher auf eine Entdeckungsreise ein, sich mit dem Boden zu beschäftigen und macht gleichzeitig deutlich, dass der Boden, der uns trägt und ernährt, die Grundlage allen Lebens ist“, so Franz Rösl.

Den Boden mit allen Sinnen erleben

Die Besucher des Lehrpfades finden ausreichend und von Fachleuten aus der Praxis und der Wissenschaft zusammengestellte Informationen und Anregungen über den Wert fruchtbarer und lebendiger Böden. Rund zwanzig Informationstafeln sowie Aktiv- und Audiostationen geben Auskunft über die Böden und die Gesundheit von Pflanzen, Tieren und Menschen. Beim entdeckenden Lernen sollen Erfahrungen mit allen Sinnen gemacht werden, also sehen, riechen, begreifen, hören

Land- und Dorfentwicklung:

Staatspreise verliehen

Kaniber zeichnet elf vorbildliche Projekte in ganz Bayern aus

Im Wettbewerb Land- und Dorfentwicklung hat Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber drei Staatspreise sowie acht Sonderpreise verliehen. „Alle Beispiele zeigen, dass Bürger, Kommunen und Verwaltungen bei der Entwicklung des ländlichen Raums gemeinsam und mit Ideenreichtum herausragende Erfolge erzielen“, heißt es im Gratulationsschreiben der Ministerin an die Siegergemeinden.

Der mit 8.000 Euro dotierte Staatspreis in Kategorie 1 „Umfassende Leistungen zur Stärkung des ländlichen Raums“ geht an die Dorferneuerung Bad Alexandersbad (Lkr. Wunsiedel). In der Kategorie 2 „Herausragende Leistungen in ausgewählten Themenfeldern zur Stärkung des ländlichen Raums“ erhält die Flurneuordnung Thierhaupten (Lkr. Augsburg) den mit 5.000 Euro dotierten Staatspreis für das Themenfeld „Biologische Vielfalt durch Ländliche Entwicklung“. Die Dorferneuerung und Flurneuordnung Schleching in der Gemeinde Schleching (Lkr. Traunstein) erhält den ebenfalls mit 5.000 Euro dotierten Staatspreis für das Themenfeld „Innenentwicklung zu Flächensparen und Klimaschutz“.

Die Sonderpreise in der Kategorie 1 in Höhe von jeweils 6.000 Euro gehen an die Flur- und Dorfentwicklungen Niederwinkling (Lkr. Straubing-Bogen), Gailsbach (Lkr. Regensburg) sowie Lenkersheim (Lkr. Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim). Die mit je 3.000 Euro dotierten Sonderpreise in der Kategorie 2 (Biologische Vielfalt) erhalten die Flurneuordnungen Haidlfing im Markt Wallersdorf (Lkr. Dingolfing-Landau) und Brucker Moos (Lkr. Ebersberg) sowie die Dorferneuerungen Hohenkernath und Oberhof (Lkr. Amberg-Weilheim). Die Sonderpreise der Kategorie 2 (Innenentwicklung zum Flächensparen und Klimaschutz) gehen mit jeweils 3.000 Euro an die Dorferneuerungen in Retzstadt im Landkreis Main-Spessart sowie die Dorferneuerung Dittenheim (Lkr. Main-Spessart).

Die Dorferneuerung Bad Alexandersbad erhielt den Staatspreis für die vorbildliche Reaktivierung und Modernisierung des Kurzentrums von Bad Alexandersbad im historischen Umfeld.

Die Flurneuordnung Thierhaupten erhält den Staatspreis für die Anlage eines einzigartigen Biotopverbunds mit unterschiedlichen Lebensraumtypen entlang des Lechs sowie für die Neuanlage artenreicher Flachlandmähwiesen und Magerrasenflächen. Weiter wurden Flächen für einen umfassenden „hundertjährigen“ Hochwasserschutz bereitgestellt.

In der Dorferneuerung Schleching wurde erkannt, dass als wesentliche Stellschraube für die gemeindliche Entwicklung der Fokus auf die Innenentwicklung gelegt werden muss, und so wurde unter anderem der Dorfplatz als zentrale Maßnahme zur „guten Stube“ von Schleching.

Der alle zwei Jahre durchgeführte Wettbewerb ist besonders auf die Kriterien der Nachhaltigkeit ausgerichtet. Diesmal wurden neben den umfassenden Leistungen, die in besonderem Maße dem integrierten Ansatz entsprechen und zur Zukunftssicherung vitaler ländlicher Räume beitragen, großer Wert auf die Themen „Biologische Vielfalt“ und „Innenentwicklung zum Flächensparen und Klimaschutz“ gelegt. Zudem müssen alle Projekte dem Grundsatz einer aktiven Bürgerbeteiligung gerecht werden.

Ausführliche Informationen zum Wettbewerb und Staatspreis: www.landentwicklung.bayern.de

und schmecken. Interessante Aktivstationen wie zum Beispiel das Wurzelfenster, der Barfußpfad oder regionale Bodenarten zum Anfassen, vermitteln besondere Eindrücke und Erkenntnisse über die Erlebniswelt Erde.

Internationales Netzwerk von Wissenschaft und Praxis

Die Interessengemeinschaft gesunder Boden e.V. mit Sitz in Regensburg bildet ein internationales Netzwerk zum Wissenstransfer unterschiedlicher Fakultäten mit dem Ziel, wieder gesunde, humusreiche Böden mit hoher Wasseraufnahme und Wasserspeicherfähigkeit aufzubauen. Der Verein versteht sich als Plattform, um altes und neues Wissen zu sammeln und es bodeninteressierten Verbrauchern, Verbänden, Institutionen, Landwirten, Tierärzten, Ärzten und Wissenschaftlern zur Verfügung zu stellen. Die Interessengemeinschaft gesunder Boden e.V. wurde 2018 mit dem Umweltpreis der Stadt Regensburg ausgezeichnet.

Weitere Informationen: www.bodenentdeckungspfad.de

Regionale Identität ...

(Fortsetzung von Seite 3)

sen mithilfe moderner Museumspädagogik deutlich. Hierdurch könne auch Kindern und Jugendlichen die Entwicklung der Trachten in Bayern nahegebracht werden. Das Projekt des Bayerischen Trachtenverbands e.V. unterstützt der Freistaat mit insgesamt 500.000 Euro.

Das Trachtenkulturzentrum Holzhausen hat in langjähriger Sammlungstätigkeit viele verschiedene bayerische Trachten zusammengetragen. Die traditionelle Kleidung stammt sowohl aus Privatbesitz als auch von Vereinen. Insgesamt wurden bereits rund 11.000 Objekte in einer eigenen Datenbank erfasst. Nach Abschluss des Umbaus, der auch die barrierefreie Erschließung, die Erweiterung der Ausstellungsfläche und die Neukonzeption der Ausstellung umfasst, wird das Trachtenkulturmuseum die Geschichte des Trachtenwesens anhand ausgewählter regionaler Trachten aus den sieben Regierungsbezirken dokumentieren.

Erst durch das Engagement der Menschen vor Ort wird eine Heimatregion mit Leben gefüllt. „Das Projekt ‚Heimat leben und erleben im Landkreis Neumarkt i.d.OPf.‘ ist ein hervorragendes Beispiel, das mit rund 250.000 Euro unterstützt wird“, stellte der Minister bei der Übergabe des Förderbescheids an Landrat Willibald Gailler fest.

Der Landschaftspflegeverband Neumarkt i.d.OPf. e.V. will mit seinem Projekt in den nächsten drei Jahren die Attraktivität der Region aufzeigen und noch weiter steigern. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem „Regionalpark Quellenreich“. Um das Heimatbewusstsein in der Bevölkerung zu stärken, sind unter anderem Regionalparkgärten als neue Angebote für die Naherholung und ein regionales Magazin geplant. Außerdem soll das beliebte Projekt zur Erfassung und Kommunikation historischer Hausnamen im Landkreis weiter ausgeweitet werden.

Gesundheitsämter sind ...

(Fortsetzung von Seite 1)

hafter Bedarfe könne nur individuell vor Ort und nicht schematisch entschieden werden.

Die im weltweiten Vergleich gute Bewältigung der Corona-Pandemie in Deutschland sei auch der konsequenten Unterbrechung von Infektionsketten und Kontaktnachverfolgung durch die Gesundheitsämter zu verdanken. Diese hätten dabei in besonderem Maße auch von ihrer Einbindung in die Verwaltungen der Landkreise und Städte profitiert.

„Die Gesundheitsämter sind stark gefordert, aber sie sind nicht überfordert. Sie haben die Herausforderungen der Pandemie bisher gut bewältigt“, hob der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, hervor: „Die Ämter sind

deutlich besser ausgestattet als in der öffentlichen Debatte zum Teil vermittelt wird.“

Dedy begrüßt die Hilfen des Bundes für die Gesundheitsämter in Höhe von 4 Milliarden Euro über 5 Jahre und sieht dafür wegen Corona auch deutlichen Bedarf. „Den Personalbestand der Ämter für normale Zeiten konnten wir kurzfristig durch zusätzliche Kräfte aus anderen Bereichen der Verwaltung ausweiten. Aber wir brauchen jetzt für die gesamte Dauer der Pandemie mehr Beschäftigte, um Corona weiterhin so wirksam wie möglich zu bekämpfen. Die finanziellen Zusagen des Bundes sind deshalb ein gutes Signal. Darüber hinaus brauchen wir in Deutschland mehr Ärztinnen und Ärzte. Dazu müssen die Länder rasch mehr Kapazitäten für die Mediziner Ausbildung schaffen. Und die Ausbildung muss stärker die Besonderheiten des öffentlichen Gesundheitsdienstes berücksichtigen.“

Konsequente Unterbrechung von Infektionsketten und Kontaktnachverfolgung

Die im weltweiten Vergleich gute Bewältigung der Corona-Pandemie in Deutschland ist nach Auffassung des Deutschen Städtetages auch der konsequenten Unterbrechung von Infektionsketten und Kontaktnachverfolgung durch die Gesundheitsämter zu verdanken.

Der Deutsche Städtetag begrüßt die Absicht der Bundesregierung, mit einem Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst 4 Milliarden Euro zur Stärkung des Personals in den kommunalen Gesundheitsämtern bereitzustellen.

„Benötigt werden jetzt zügige Entscheidungen über einen effizienten Weg, wie die Bundesmittel unmittelbar und unbürokratisch bei den kommunalen Gesundheitsämtern ankommen. Dafür sollten kommunale Vertreter in die derzeit stattfindenden Bund-Länder-Gespräche einbezogen werden“, forderte Helmut Dedy abschließend.

VerfG stärkt kommunale ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 15. September 2020 (1 BvR 11/19) stärkt das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen nach Art. 28 II GG vor der einseitigen Übertragung von Aufgaben, ohne dass die Mehraufwendungen erstattet werden. Art. 28 Abs. 2 GG schütze die Kommunen nicht nur vor einer (unverhältnismäßigen) Entziehung von Aufgaben, sondern auch vor einer entsprechenden Aufgabenzuweisung. Dies sei jedenfalls dann der Fall, wenn den Kommunen Tätigkeiten gegenüber dem Bürger auferlegt und sie zu deren Erfüllung verpflichtet werden.

Daneben erfasst die Vorschrift laut DStGB bundesgesetzlich angeordnete Vorgaben für die kommunale Verwaltungstätigkeit wie Informations-, Berichts- und Kontrollpflichten, die nicht nur die kommunale Organisations- und Personalhoheit, sondern wegen der damit typischerweise verbundenen Kosten auch die Finanzhoheit betreffen. Zu den in Frage stehenden sozialhilferechtlichen Bildungs- und Teilhabeleistungen nach zählten etwa Kosten für Klassenfahrten, der Zuschuss zum Schulbedarf, zur Lernförderung oder auch die Mittagsverpflegung. Zuletzt waren die Mittel durch das „Starke-Familien-Gesetz“ noch einmal aufgestockt worden.

Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager, sprach wiederum von einer „wichtigen verfassungsrechtlichen Entscheidung, die die Landkreise und Städte in ihrem Selbstverwaltungs-

recht stärkt, da der Bund nicht zugleich die für die Aufgabe erforderliche Finanzierung gewährleisten darf“. Kinder und Jugendliche hätten keinen Nachteil. Das Bildungspaket werde weiter erbracht.

Mit der Föderalismusreform 2006 wurde es dem Bund untersagt, Aufgaben auf die Landkreise und Städte zu übertragen (Artikel 84 Abs. 1 Satz 7 GG). Ziel war es, die Kommunen vor finanziellen Lasten zu schützen. Lange war jedoch unklar, wie dies im Detail zu verstehen ist. Hier habe das Bundesverfassungsgericht nun Klarheit geschaffen.

Aufgabendurchgriffsverbot

Der Deutsche Landkreistag habe sich für das Aufgabendurchgriffsverbot des Bundes stark gemacht, weil der Bund in der Vergangenheit immer wieder Aufgaben auf die Kommunen übertragen hat, ohne sie dafür finanziell ausstatten zu können. Dies sei auch beim Bildungspaket in der Sozialhilfe der Fall gewesen, so der DLT-Präsident.

„Wichtig ist uns, dass sich die Entscheidung nicht gegen die Kinder und Jugendlichen richtet. Die Regelungen bleiben bis zum 31.12.2021 in Kraft. Bis dahin muss der Bundesgesetzgeber eine Neuregelung schaffen. Sodann müssen die Länder die Aufgabe auf die Kommunen übertragen und finanzieren“, betonte Sager abschließend.

Sparkassen als ...

(Fortsetzung von Seite 1)

ter Verbandsvorsitzender wurde Matthias Dießl, Landrat des Landkreises Fürth, gewählt. Er übernimmt das Amt von Josef Pellkofer. Dritter Verbandsvorsitzender bleibt der im vergangenen Jahr neu gewählte Dr. Uwe Brandl, Erster Bürgermeister Abensberg und Präsident des Bayerischen Gemeindetags.

Der hauptamtliche Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Dr. Ulrich Netzer, wünschte den neuen Vorsitzenden eine erfolgreiche Amtszeit: „Der Start findet jetzt unter den besonderen Corona-Bedingungen statt. Die Menschen und die Wirtschaft in Bayern brauchen Unterstützung und Begleitung, um die wirtschaftlichen Folgen möglichst gut bewältigen zu können. Umso wichtiger ist es, dass die Sparkassen und ihre kommunalen Träger Hand in Hand arbeiten, um diese Auswirkungen in den bayerischen Regionen abzufedern. Es geht jetzt darum, die regionale Wirtschaftsstruktur so wirkungsvoll wie möglich zu unterstützen, damit wir alle mit möglichst wenig Wohlstandsverlusten wieder durchstarten können.“

DK

DK

Neue Qualität der Zusammenarbeit

Entwicklungsministerium legt mit „BMZ 2030“ Reformkonzept vor

Die Welt ist im Umbruch. Deshalb ist aus Sicht von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller die Entwicklungspolitik mehr denn je gefragt, neue Antworten auf die Zukunftsfragen zu geben: „Mit ‚BMZ 2030‘ legen wir jetzt nach zwölf Jahren ein umfassendes Reformkonzept der deutschen Entwicklungspolitik vor, um die Maßnahmen und Mittel noch wirksamer und effizienter einzusetzen.“

Kern des Reformkonzeptes ‚BMZ 2030‘ ist eine neue Qualität der Zusammenarbeit. „Wir fordern von unseren Partnerländern noch stärker als bisher messbare Fortschritte bei guter Regierungsführung, der Einhaltung der Menschenrechte und im Kampf gegen die Korruption. Eigeninitiative ist der Schlüssel für Entwicklung. Unsere Partnerländer können und müssen selbst mehr leisten. Dazu entwickeln wir gemeinsam Reformprogramme und Schwerpunktsätze und verringern dafür viele Einzelprojekte. Länder, die besonders reformorientiert sind, unterstützen wir verstärkt mit unseren Reformpartnerschaften“, erläutert Bundesminister Müller.

IHK-Netzwerkbüro Afrika gestartet

Das neue IHK-Netzwerkbüro Afrika (INA) berät ab sofort kleine und mittlere Unternehmen, die auf dem afrikanischen Markt Fuß fassen wollen. Das BMWi fördert das Beratungsangebot mit 2,2 Millionen Euro.

Künftig unterstützt INA als Erstberatung zur Außenwirtschaftsförderung deutsche KMU bei der Erschließung afrikanischer Märkte. INA nutzt das etablierte Netz des DIHK, der Industrie- und Handelskammern (IHKs) und der Auslandshandelskammern (AHKs) und stellt gezielt Kontakte zu Afrika-Experten aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung her. Auf dieser Basis berät das Projektteam KMU zu ihren Marktchancen in Afrika, unterstützt sie beim Markteintritt und informiert zu Fördermöglichkeiten sowie Ansprechpartnern im Bereich der Außenwirtschaftsförderung. □

Neue Antworten auf Zukunftsthemen

Mit „BMZ 2030“ werden die Themen konzentriert und dabei neue Antworten auf Zukunftsthemen wie Klimaschutz, Gesundheits- und Familienpolitik, nachhaltige Lieferketten, Nutzung der Digitalisierung und des Technologietransfers sowie Stärkung von Privatinvestitionen gegeben. Wichtigstes Ziel bleibt aber nach wie vor die Überwindung von Hunger und Armut.

Mit dem Reformkonzept werden gleichzeitig die Kräfte hin zu nachhaltiger Entwicklung gebündelt. Das heißt: neue Partnerschaften zum Schutz der globalen Güter, eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und den Kirchen, die einen unverzichtbaren Beitrag leisten, um das Überleben der Ärmsten gerade in Krisen- und Flüchtlingsgebieten zu sichern, sowie eine engere Abstimmung mit anderen Gebern, der EU und den multilateralen Institutionen. Vor allem aber wird von den Partnern mehr gefordert. Wegen Korruption fließen jedes Jahr allein aus Afrika 50 Milliarden Dollar illegal ab. Dagegen wird das Entwicklungsministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung noch stärker angehen.

Reformkonzept

Das Reformkonzept beruht Gerd Müller zufolge auf vier Säulen:

- Unsere Partnerländer können und müssen selbst mehr leisten. Eigeninitiative ist der Schlüssel für Entwicklung. Deswegen fordern wir von unseren Partnerländern noch stärker als bisher messbare Fortschritte bei guter Regierungsführung, Einhaltung der Menschenrechte und der

Korruptionsbekämpfung.

- Wir setzen mit der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit stärker auf Reformpartnerschaften: Wer reformiert, dem bieten wir eine vertiefte Partnerschaft und zusätzliche finanzielle Unterstützung an. Diese Reformpartnerschaften werden wir weiter ausbauen.

- Die dritte Säule sind private Investitionen, denn Beschäftigung schafft vor allem die Wirtschaft. Wir werden gezielt Privatinvestitionen, insbesondere von Mittelständlern, in Entwicklungsländern fördern. Dazu bauen wir unter anderem unseren Entwicklungsinvestitionsfonds aus.

- Fairer Handel muss ermöglicht werden. Damit lösen wir die größten Entwicklungssprünge aus. Deswegen setzen wir uns dafür ein, soziale und ökologische Nachhaltigkeitsstandards in globalen Lieferketten und in allen EU-Freihandelsabkommen zu verankern und durchzusetzen.

17 Ziele der Agenda 2030

Wichtigstes Ziel bleibt die Überwindung von Hunger und Armut und die Umsetzung der Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung. Dazu wird die Zusammenarbeit mit den Partnerländern verstärkt. Gleichzeitig werden Themen konzentriert und dabei neue Schwerpunkte zur Umsetzung der Agenda 2030 gesetzt. Dazu werden fünf „Kernthemen“ und zehn „Initiativthemen“ festgelegt.

Zu den Kernthemen zählen Friedenssicherung, Ernährungssicherung, Ausbildung und nachhaltiges Wachstum, Klima und Energie sowie Umwelt und natürliche Ressourcen. Zudem wird das BMZ seine Maßnahmen im Gesundheitsbereich erweitern. Zu den Initiativthemen gehören unter anderem Bevölkerungsentwicklung und Familienplanung, nachhaltige Lieferketten sowie Digitalisierung. Den wichtigen Bereich der Gesundheit von Mensch und Tier baut das Ministerium mit einer

eigenen Einheit Global Health/One Health aus.

Um die neuen Themen so wirksam wie möglich umsetzen zu können, werden umfassendere Reformprogramme und Schwerpunktsätze entwickelt und dafür viele Einzelprojekte verringert. Zudem wird intern ein neues integriertes Planungsverfahren gestartet. So wird mit dem Reformkonzept „BMZ 2030“ insgesamt mehr Kohärenz und Effizienz in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geschaffen.

In den vergangenen zwölf Jahren hat sich die Welt stark geändert. Da die bisherigen Länder-einteilungen dies nicht mehr abbilden, werden mit „BMZ 2030“ jetzt neue Partnerschaftskategorien eingeführt. Damit kann Deutschland strategischer mit Partnern zum Schutz globaler Güter zusammenarbeiten oder in Krisensituationen wirksam, schnell und flexibel unterstützen.

Partnerschaftskategorien

Die neuen Partnerschaftskategorien sind in bilaterale Partnerschaften, globale Partnerschaften sowie Nexus- und Friedenspartnerschaften unterteilt. Mit den bilateralen Partnerländern verfolgt das BMZ langfristige gemeinsame Entwicklungsziele. Dazu werden alle entwicklungspolitischen Instrumente eingesetzt. Bei den bilateralen Partnern gibt es zwei besondere Formen, nämlich Reformpartnerschaften (besonders reformorientierte Länder wie Äthiopien, Côte d'Ivoire, Gha-

na, Marokko, Senegal, Tunesien werden noch stärker unterstützt, unter anderem mit dem neuen Instrument der Reformfinanzierung) und Transformationspartnerschaften. Damit werden gezielt die politischen und ökonomischen Transformationsprozesse in der EU-Nachbarschaft (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kosovo, Moldau, Serbien, Ukraine) gefördert.

Mit den globalen Partnerschaften (Brasilien, Indien, Indonesien, Mexiko, Peru, Südafrika, Vietnam, China) arbeitet das BMZ strategisch an der Lösung globaler Zukunftsfragen und dem Schutz globaler Güter wie dem Umwelt- und dem Klimaschutz. Dabei liegt der Fokus grundsätzlich auf Krediten und der Hebelung zusätzlicher Marktmitel.

Im Rahmen von Nexus- und Friedenspartnerschaften wird Menschen in Krisen- und Flüchtlingsregionen (Irak, Jemen, DR Kongo, Libyen, Somalia, Südsudan, Syrien, Tschad, Zentralafrikanische Republik) verstärkt geholfen. Dazu werden vor allem flexible Instrumente wie die Sonderinitiative „Flucht“ eingesetzt und verstärkt internationale Hilfsorganisationen unterstützt. Die neuen Partnerschaftskategorien sind durchlässig. So können beispielsweise Nexus- und Friedenspartner zu bilateralen Partnern werden.

Um die Zukunftsthemen so wirksam wie möglich umzusetzen, wird die direkte staatliche Zusammenarbeit mit den bilateralen Partnern umgesteuert. Einige Länder haben sich erfreulicherweise so entwickelt, dass sie die direkte Unterstützung nicht mehr benötigen. Andere zeigen keine Fortschritte bei der

Umsetzung von Reformen. Deswegen verringert das BMZ die Zahl der Partnerländer, mit denen direkt staatlich zusammen gearbeitet wird, von 85 auf jetzt 60. Wichtig ist: Mit keinem Land wird die Zusammenarbeit beendet, sondern lediglich die Form der Zusammenarbeit verändert. „In Ländern, in denen wir nicht mehr direkt staatlich zusammenarbeiten, stärken wir die Arbeit der Kirchen und der Zivilgesellschaft sowie der EU und multilateraler Institutionen und fördern Investitionen der Privatwirtschaft. Und Menschen, die von Hunger und Not bedroht sind, werden wir in allen Ländern weiterhin unterstützen“, heißt es in dem Reformpapier.

Neuartige Gefahren

Wie Bundesminister Müller abschließend betont, zeige auch die Corona-Krise, „dass unser Leben, unsere Wirtschaft und Arbeitsplätze im Zeitalter des weltweiten Warenaustauschs und Reiseverkehrs massiv mit neuartigen und unberechenbaren Gefahren konfrontiert sind. Die Auswirkungen stellen nicht nur uns vor dramatische Herausforderungen: Am schlimmsten sind die ärmsten Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern betroffen.“

Man könne jetzt nicht einfach zur Normalität der Globalisierung zurückkehren, sondern müsse auch aus der Corona-Krise heraus mit Blick auf die Megatrends unserer Zeit umdenken und neue Wege gehen – „bei unserer Art zu wirtschaften, beim Engagement gegen Klimawandel und Verlust von Wäldern und Biodiversität sowie beim weltweiten Bevölkerungswachstum“. DK

Kleinbauern im globalen Süden

Während des Internationalen Tags des Fairen Handels (World Fair Trade Day) am 9. Mai machte die Fair-Handels-Bewegung auf ihre Vision einer gerechteren Welt sowie eines Handels zum Wohle von Menschen und Umwelt aufmerksam. Seit einigen Monaten zählt auch der Landkreis Neu-Ulm zu dieser Organisation.

In den Herkunftsländern fair gehandelter Waren – das sind circa 70 Staaten auf der Erde – trifft das neuartige Coronavirus auf fragile Gesundheitssysteme sowie zugleich auf eine exportabhängige Wirtschaft und eine fehlende soziale Absicherung. Fairtrade ruft deshalb dazu auf, auch in Zeiten der Krise faire Produkte zu konsumieren und so Kleinbäuerinnen, Kleinbauern und Arbeitende im globalen Süden zu unterstützen.

Fair-trade-Standards

Bei Fairtrade erhält die Produzentenorganisation beispielsweise eine Kaffee-Kooperative den Preis für ihr Produkt dann, wenn sie ihre Ware an den nächsten Akteur in der Lieferkette verkauft. Dabei handelt es sich in den meisten Fällen um einen Exporteur. Die Organisation bekommt mindestens den in den Fair-trade-Standards festgelegten Mindestpreis. Er soll die Kosten einer nachhaltigen Produktion decken und dient als Sicherheitsnetz gegen die schwankenden Weltmarktpreise.

Fairtrade ist auch über den An- und Verkauf von Fairtrade-Produkten hinaus aktiv und unterstützt Bauern und Arbeitskräfte: beispielsweise bei der

Bekämpfung von ausbeuterischer Kinder- und Zwangsarbeit, der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels, dem Zugang zu tragbaren Finanzierungsoptionen und der Wahrnehmung ihrer Rechte.

„Interessierte aus Einzelhandel oder Gastronomie können sich gerne bei uns im Landratsamt melden“, fordert Landrat Thorsten Freudenberger auf. „Dann können die Voraussetzungen als Fairtrade-Partner des Fairtrade-Kreises Neu-Ulm geprüft werden“. Einen guten Überblick über Fairtrade-zertifizierte Produkte, die Handels- oder Gastronomiebetriebe in ihr Sortiment aufnehmen können, bietet zum Beispiel der Produkt-Finder unter: www.fairtrade-deutschland.de/einkaufen.

Das tut der Fairtrade-Kreis Neu-Ulm bislang:

- Fairtrade-Städte sind: Illertissen, Neu-Ulm, Senden und Weißenhorn. Weitere Kommunen machen sich bereits auf den Weg, wie zum Beispiel Nersingen.
- Eine Steuerungsgruppe, koordiniert die fairen Aktionen.
- Der Fairtrade-Kreis Neu-Ulm hat 43 Fairtrade-Partner aus dem Einzelhandel und 15 aus der Gastronomie. Dazu gehö-

ren außerdem sechs Fairtrade-Schulen, fünf kirchliche Einrichtungen und vier Vereine als Fairtrade-Partner.

- Fairtrade-Aktivitäten laufen unter dem Motto: „lokal fair-netzt – global gerecht“.
- Im Landratsamt Neu-Ulm wird unter anderem Kaffee aus fairem Handel ausgeschrieben, auch bei allen Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse.
- Wenn möglich, werden in der Beschaffung auch Fairtrade-Produkte einbezogen, etwa als Give-aways, so zum Beispiel Fairtrade-Gemüsebeutel beim Stadtradeln.
- Es gab bereits eine Kaffeeblindverkostung während der Weihnachtsfeier des Landratsamtes. Unterstützt wurde das Landratsamt bei der Aktion von Studierenden der Hochschule Neu-Ulm. Vier verschiedene Kaffeemarken konnten in einer Blindverkostung getestet und bewertet werden. Erfreulicherweise hat ein Fairtrade-Kaffee am besten abgeschnitten.
- Im Foyer des Landratsamtes wurde die von der Stadt Lengenau konzipierte Fairtrade-Ausstellung „Wie fair sind wir?“ gezeigt.
- Nächster Schritt soll ein digitaler Fair-Führer auf der Homepage des Landkreises sein.

Ansprechpartner für den Fairtrade-Kreis Neu-Ulm ist Klimaschutzmanager Florian Drollinger als Sprecher der Fairtrade-Steuerungsgruppe. □

KOMPETENZEN VERBINDEN FÜR DIE EINE WELT

Akteure von Migration und Entwicklung vernetzen

Kommunale Entwicklungspolitik profitiert von den Erfahrungen und Perspektiven von Migrantinnen und Migranten, die ihr Wissen und ihre Netzwerke in das gemeinsame Engagement einbringen. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt vernetzt und berät kommunale Akteure im Handlungsfeld Migration und Entwicklung.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · www.kommunal-global-engagiert.de

mit ihrer
ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

Im Auftrag des
SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Im Auftrag des
Bundesministerium für
Wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Studie zur Europäischen Bankeinlagensicherung:

DSGV widerspricht DIW-Ökonomen

Laut einer aktuellen Studie von Ökonomen der Abteilungen Konjunkturpolitik und Makroökonomie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) fehlt der europäischen Bankenunion bisher die dritte Säule, sprich ein gemeinsamer Sicherungsfonds für die Einlagen von Sparern bei Banken. Im Zuge der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie in Deutschland bringe dies möglicherweise große Nachteile mit sich. Grundsätzlich anderer Meinung ist der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV), Helmut Schleweis: Eine Zentralisierung von Einlagensicherungen in der EU könnte aus seiner Sicht „das Vertrauen in die langjährig bewährten deutschen Sicherungssysteme untergraben und damit kontraproduktiv wirken“.

„Sollte es durch eine Insolvenzwelle bei Unternehmen zu Kreditausfällen in größerem Ausmaß kommen, wäre die nationale Einlagensicherung möglicherweise bald überfordert“, heißt es in der DIW-Studie. Selbst wenn dann der Fiskus einspringt und alle Einlagen sichern würde, wäre eine europäische Einlagensicherung (EDIS) im untersuchten Szenario im Vergleich die bessere Variante: Mit ihr würde der private Konsum um 20 Prozent weniger und die Kreditvergabe um rund zehn Prozent weniger stark sinken als im Fall einer staatlichen Rettung, die zudem die Staatsverschuldung in die Höhe treibt.

In ihrer Studie haben die Autoren diesem EDIS-Kompromissvorschlag zwei weitere Szenarien gegenübergestellt: In einem ohne EDIS würde der jeweilige Staat einspringen und die Bankinlagen retten, wenn die entsprechenden nationalen Einlagensicherungsfonds erschöpft sind. In einem weiteren Szenario gibt es gar keine Absicherung über die nationalen Fonds hinaus – weder vom Staat noch durch ein europäisches System.

Für diese drei Szenarien wurden die Auswirkungen von Kredit- und Einlagenausfällen in Höhe von – in Anlehnung an jüngste Schätzungen – insgesamt sechs Prozent über ein Jahr, die infolge einer Insolvenzwelle bei Unternehmen entstehen, berechnet. Unter die Lupe wurden dabei diverse makroökonomische Kennzahlen, etwa das Bruttoinlandsprodukt, den Konsum der privaten Haushalte, die Kreditvergabe und die Staatsverschuldung, genommen.

Markanter Effekt bei der Staatsschuldenquote

Das Ergebnis: Im Szenario mit europäischer Einlagensicherung sinkt der private Konsum zwar ebenfalls, aber um 20 Prozent weniger stark als im Fall, in dem der Staat einspringt. Im Vergleich zum Zeitpunkt vor den Kredit- und Einlagenausfällen entspricht die Konsumreduktion infolge des höheren Ausfallrisikos demnach 0,4 statt 0,5 Prozent. Der Rückgang der Kreditvergabe an Unternehmen kann mit EDIS um immerhin zehn Prozent gedämpft werden und entspricht etwa 1,2 Prozent.

Ein markanter Effekt, so die Untersuchung, zeige sich bei der Staatsschuldenquote: Im Falle einer Rettung durch den Fiskus steigt diese im Vorkrisenvergleich um bis zu zwei Prozent, während sie bei einer Absicherung durch die europäische Einlagensicherung kurzfristig sogar sinkt. Stets die schlechteste aller Möglichkeiten sei, die Sparer im Stich zu lassen – in diesem Szenario, wenn weder der Staat noch EDIS einspringen, seien die Kosten am höchsten.

Szenarien müssen hinterfragt werden

„Die Publikation unterscheidet nicht zwischen Stundungen, tatsächlichen Kreditausfällen und erforderlichen Abschreibungen“, machte DSGV-Präsident Schleweis deutlich. Zudem würden die zahlreichen Maßnahmen der Bundesregierung und anderer staatlicher Stellen zur Unterstützung der Realwirtschaft nicht hinreichend berücksichtigt. Diese trügen dazu bei, dass Kreditnehmer ihre Kredite nach der Phase der Stundung wieder bedienen können.

Grundsätzlich seien die Annahmen der Studie zu hinterfragen: „In allen Szenarien werden die höheren Risiken für die Bürger, die mit einer zentralen Einlagensicherung einhergehen, nicht berücksichtigt. Unverständlich ist, warum die DIW-Studie auf eine Studie von Gropp (IWH – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle) Bezug nimmt, welche mögliche Insolvenzen nicht wissenschaftlich abgeleitet hatte, und dies unkritisch nachvollzieht. Insgesamt ist in dem anlau-

fenden Erholungsprozess derzeit die Entwicklung möglicher Insolvenzen nicht seriös darstellbar. Alle Wirtschaftsforschungen erwarten in 2021 ein vergleichsweise kräftiges Wachstum im gesamten Euroraum. Insofern sollten seriöse Institute jetzt nicht voreilig Panik verbreiten“, unterstrich Schleweis.

Die Corona-Pandemie und ihre Folgen machen aus seiner Sicht nicht an nationalen Grenzen halt. Alle Volkswirtschaften in Europa und darüber hinaus spürten die Folgen der Pandemie. Sogenannten symmetrischen Schocks mit einer Vergemeinschaftung von Sicherungssystemen zu begegnen, sei nicht zielführend. Vielmehr sei die Solidarität zwischen EU-Mitgliedstaaten, wie sie über einen gestärkten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), den EU-Haushalt und den EU-Wiederaufbaufonds organisiert werden, der richtige Weg, um betroffenen EU-Mitgliedstaaten zu helfen.

Handhabung von Bankinsolvenzen auf europäischer Ebene

Mit dem europäischen Abwicklungsmechanismus – der Abwicklungsbehörde und dem inzwischen substanzial gefüllten Abwicklungsfonds – gebe es bereits heute ein Instrumentarium, um Bankinsolvenzen auf europäischer Ebene zu handhaben. Die Einlagensicherung sei über eine entsprechende EU-Richtlinie bereits seit Jahren europaweit harmonisiert. Schleweis: „Die Bundesregierung hat sehr früh deutlich gemacht, dass ein substanzialer Risikoabbau eine der Voraussetzungen für Gespräche über weitere Risikoteilung in Europa ist. Angesichts der Pandemie und ihrer volkswirtschaftlichen Auswirkungen rückt dies in weite Ferne.“ Zudem dürfe bei allen Überlegungen die Eigenständigkeit und Funktionsfähigkeit der bestehenden Institutssicherungssysteme in Deutschland nicht zur Disposition stehen.

Das DIW selbst hatte im Mai 2020 in seiner Studie über makroökonomische Effekte vor den Belastungen der Kreditwirtschaft bei einem zentralen EDIS (European Deposit Insurance System) gewarnt. **DK**

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger:

Neue Beteiligungsmodelle und Überbrückungshilfen

Mit den neuen Beteiligungsangeboten des Freistaats können Start-ups und Mittelständler nunmehr ihr Eigenkapital stärken. Die Corona-Krise erschwert ihnen laut Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger den Zugang zu Beteiligungskapital, denn private Geldgeber seien verunsichert und zurückhaltend. „Gerade jetzt kann es für ein Unternehmen existenziell sein, die eigene Kapitalausstattung zu erhöhen. Hier setzen wir mit den neu aufgelegten Beteiligungsangeboten an.“

Das Angebot orientiert sich an der jeweiligen Unternehmenssituation und wird in zwei Teilprogrammen ausgereicht: Der Eigenkapitalschild Mittelstand Bayern richtet sich an traditionelle mittelständische Unternehmen mit einem Gruppenumsatz von maximal 75 Millionen Euro. Der Startup Shield Bayern ist für technologieorientierte und innovative Start-ups mit skalierbaren Geschäftsmodellen gedacht.

Tiefgreifende Transformation

Aiwanger zufolge befindet sich Bayerns Wirtschaft mitten in einer tiefgreifenden Transformation. Jetzt sei Unternehmer gefragt. An Ideen mangle es den bayerischen Start-ups und Mittelständlern nicht. „Wir geben mit den neuen Beteiligungsprogrammen den Unternehmen nun zusätzlichen finanziellen Spielraum, um neue Geschäftsmodelle, Produkte oder Dienstleistungen zu entwickeln.“

Zentrale Anlaufstelle ist immer die Bayerische Beteiligungsgesellschaft (BayBG). Hier können die Unternehmen seit Anfang August einen Antrag stellen. Zu den Voraussetzungen gehört, dass sich der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit in Bayern befindet oder mindestens 50 Prozent der Beschäftigten im Freistaat arbeiten. Je nach Bedarf ist ein Volumen zwischen 100.000 und 800.000 Euro möglich. Diese Mittel können für Investitionen und für laufende Kosten wie Miete, Gehälter und Warenlager verwendet werden. Ausgereicht werden die Mittel über die BayBG und Bayerns Kapital.

Anpassungen vom Bund fordert Bayerns Wirtschaftsminister **DK**

ter dagegen bei der Überbrückungshilfe Corona. Die Verlängerung der Überbrückungshilfe von September bis Jahresende ist aus seiner Sicht zwar ein wichtiges Signal an die betroffene Wirtschaft. Es sei aber nötig, die bisherigen strengen Regelungen im Sinne der Unternehmen zu lockern, damit mehr Betriebe in den Genuss von staatlicher Hilfe kommen als derzeit.

Bund muss nachbessern

Bundesweit liegen aktuell (Stand: 27. August) erst rund 45.000 Anträge vor, davon knapp 8.000 aus Bayern, die durchschnittliche Entschädigung pro Antrag liegt bei insgesamt 20.500 Euro für die Monate Juni, Juli, August. Die Zugangsvoraussetzung mit einem Umsatzeinbruch von 60 % oder mehr in den Monaten April und Mai im Vergleich zum Vorjahr ist nach Aiwangers Auffassung zu streng und unflexibel, hier müsse der Bund nachbessern. „Auch die Erstattungen für die Fixkosten von 40, 50 oder 80 % je nach monatlichem Umsatzeinbruch sollten nach oben hin angepasst werden, da einige Branchen wie Messebauer, Schausteller oder Reisebüro sonst in die Insolvenz marschieren. Das wollen wir vermeiden.“

Bayern ist das Bundesland, in dem die Überbrückungshilfe des Bundes am schnellsten bearbeitet wird. 18 Prozent der bundesweit gestellten Anträge, aber 33 Prozent der bundesweit bewilligten Anträge kommen aus dem Freistaat. Die Bewilligung erfolgt über die IHK für München und Oberbayern, Antragstellung ausschließlich über Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer und Rechtsanwälte. **DK**

Start des BayernFonds

Aiwanger: „Ein wichtiger Baustein, um Bayerns Wirtschaft zu stabilisieren“

Die EU-Kommission hat grünes Licht für unseren BayernFonds gegeben. „Das ist ein wichtiger Schritt um die bayerische Wirtschaft in der Krise zu unterstützen“, betonten Finanz- und Heimatminister Albert Füracker und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger im Rahmen einer Pressekonferenz in München.

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Der BayernFonds wird ein wichtiger Baustein, um die bayerische Wirtschaft zu stabilisieren. Wir lassen es nicht zu, dass eigentlich erfolgreich wirtschaftende Mittelständler von Corona in die Knie gezwungen werden. Mit dem BayernFonds eröffnen wir den Unternehmen deshalb den Weg zu frischem Kapital. Dieser zusätzliche finanzielle Spielraum ist dringend notwendig und verschafft den Betrieben Luft in der Krise. Unser Ziel ist es, Arbeitsplätze abzusichern und das unternehmerische Know-How in Bayern zu halten. Dadurch reduzieren wir die Auswirkungen der Coronakrise auf die Wirtschaft. Der BayernFonds ist dafür das richtige Instrument zum richtigen Zeitpunkt.“

Finanzminister Füracker: „Die positive Entscheidung der EU-Kommission ist eine sehr gute Nachricht für unsere Unternehmen in Bayern. Eine große Hürde ist genommen und wir stehen bereit, besonders von der Krise betroffene Betriebe mit dem neuen, schlagkräftigen Instrument des BayernFonds zu un-

terstützen. Der Fonds ermöglicht direkte Unternehmensbeteiligungen und stellt Garantien für bayerische Betriebe. Er umfasst insgesamt 46 Milliarden Euro. Ein Stabilisierungsprogramm in dieser Größenordnung ist einmalig und nur der Wirtschaftsstärke des Freistaates und vor allem auch der soliden Haushaltspolitik der letzten Jahre zu verdanken. Der Fonds ist ein weiterer zentraler Meilenstein unseres Corona-Rettungspakets für die bayerische Wirtschaft.“

Genehmigung der EU-Kommission

Mit der Genehmigung der EU-Kommission ist ein entscheidender Zwischenschritt geschafft. Nach der abschließenden Zustimmung durch die Kontrollkommission des Bayerischen Landtags, kann der BayernFonds als weiteres Mittel zur Bekämpfung der Pandemie-Folgen eingesetzt werden.

Aiwanger und Füracker dankten den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Wirtschafts- und Finanzministerium, die den BayernFonds in Rekordzeit aus-

gearbeitet und auf den Weg gebracht haben. Als erstes Bundesland hat Bayern bereits Ende März den Fonds als Schutzschirm für die bayerische Wirtschaft aufgelegt und hat nun auch die Brüsseler Genehmigung für ein derartiges Hilfsprogramm vor allen anderen Bundesländern erhalten. Der Fonds kann sich direkt an Firmen beteiligen (insgesamt bis zu 20 Mrd. Euro) und Garantien übernehmen (insgesamt bis zu 26 Mrd. Euro). Das besondere Augenmerk des BayernFonds gilt mittelständischen Unternehmen, die für den Wirtschaftsstandort Bayern von Bedeutung sind.

Der BayernFonds soll die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie auf jene Unternehmen der Realwirtschaft abmildern, deren Bestandsgefährdung erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft, die technologische oder wirtschaftliche Souveränität, Versorgungssicherheit, kritische Infrastrukturen oder den Arbeitsmarkt in Bayern hätte. Die Einsatzfähigkeit des BayernFonds kommt dabei zum richtigen Zeitpunkt: Die massiven Folgen der Corona-Pandemie bekommt die bayerische Wirtschaft nach wie vor deutlich zu spüren. Daher ist es umso wichtiger, dass der BayernFonds die bayerischen Unternehmen unterstützen kann. **□**



VERSICHERUNG
KAMMER
BAYERN

Ein Stück Sicherheit.

Beschützen ist unsere Leidenschaft.

Seit König Max 1811 die Versicherung zum Schutz der Menschen gegründet hat.

Bayerische Volksbanken und Raiffeisenbanken kommen bislang gut durch die Krise:

Genossenschaftsbanken bleiben auf Wachstumspfad

Weitgehend unberührt von den Folgen der Corona-Krise blieben bislang die Geschäfte der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken. Wie GVB-Präsident Dr. Jürgen Gros in München bei der Vorstellung der Halbjahreszahlen für die Kreditgenossenschaften im Freistaat darlegte, hätten sich die Geschäfte solide entwickelt. Gleichwohl bleibe der weitere Ausblick von wirtschaftlichen Unwägbarkeiten geprägt.

„In welchem Maße sich der konjunkturelle Einbruch vom Anfang des Jahres in der zweiten Jahreshälfte beziehungsweise im kommenden Jahr in den Zahlen niederschlagen wird, ist noch nicht absehbar“, stellte Gros fest. Erst 2021 lägen die Jahresabschlüsse der gewerblichen Kunden für das laufende Jahr vor. Außerdem sei die Entwicklung im Wertpapierbereich schwer abzuschätzen. Viel hänge davon ab, wie sich die Pandemie weiter entwickelt, ob die konjunkturelle Erholung nachhaltig ist und ob es zu einem weiteren Lockdown kommt.

Banken agieren aus Position der Stärke

„Die Volksbanken und Raiffeisenbanken gehen aus einer Position der Stärke in eine unsichere Phase“, unterstrich Gros. Nach derzeitigem Stand erwartet der Präsident für die genossenschaftliche Bankengruppe im Freistaat für das laufende Jahr ein weiterhin deutlich positives Ergebnis – wenn auch unter dem Niveau des Vorjahres, das stark von Sondereffekten geprägt war. Die gute Entwicklung an den Wertpapiermärkten führte damals zu Zuschreibungen im Depot der Banken sowie

zu einem überdurchschnittlichen Provisionsgeschäft. Diese Sondereffekte werden sich 2020 um-



Dr. Jürgen Gros.

kehren. Die starken Kursschwankungen und die unklare Pandemieentwicklung lassen keinen gesicherten Ergebnisausblick zu. Gleichwohl bleiben die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken auf dem Wachstumspfad. Die Bilanzsumme stieg um vier

Prozent oder 7,1 Milliarden Euro von 175,7 Milliarden Euro (Dezember 2019) auf 182,8 Milliarden Euro (Juni 2020). Das Kreditvolumen ist in den ersten sechs Monaten auf Vorjahresniveau gewachsen. Zum Stichtag 30. Juni lag der Kreditbestand bei 112,1 Milliarden Euro – eine Zunahme um 3,3 Milliarden Euro seit 31. Dezember 2019. Die Zunahme liegt mit drei Prozent knapp über dem Wachstum des ersten Halbjahres 2019 (2,7 Prozent). Bei Firmenkunden stieg die Kreditvergabe um vier Prozent oder knapp 2,3 Milliarden Euro auf rund 59,2 Milliarden Euro. Das Kreditvolumen an Privatkunden wuchs um 1,9 Prozent oder 941 Millionen Euro auf einem Gesamtbestand von knapp 49,5 Milliarden Euro.

Immobilienbranche bisher unbeeindruckt

Wesentlicher Treiber bei der Kreditvergabe waren weiterhin Immobilienkredite. Seit Jahreswechsel haben die Kreditgenossenschaften im Freistaat rund zwei Milliarden Euro (plus 3,3 Prozent) mehr an Krediten für Wohnungsbau ausgereicht. Wohnungsbaukredite an Privatkunden legten um 2,6 Prozent beziehungsweise 1,13 Milliarden Euro auf insgesamt knapp 44 Milliarden Euro zu. Kredite für den Wohnungsbau an Firmenkunden stiegen um 4,7 Prozent beziehungsweise 850 Millionen Euro auf insgesamt knapp 19 Milliarden Euro. „Die Immobilienbranche ist bisher von den Fol-

gen der Corona-Krise weitgehend unberührt geblieben“, kommentierte Gros diese Entwicklung.

Überdurchschnittliches Wachstum bei Förderkrediten

Im zweiten Quartal war ein überdurchschnittliches Wachstum der Förderkredite zu verzeichnen, wobei nicht alle davon Corona-bedingt sind. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken in Bayern sind traditionell stark bei der Vergabe von Förderkrediten. Das Volumen der Anträge auf Corona-Hilfen von KfW (rund 90 Prozent) und LfA (etwa zehn Prozent) belief sich auf insgesamt rund 1,1 Milliarden Euro. Weitere Kreditanfragen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von rund 300 Millionen Euro sind derzeit noch in Bearbeitung. Zum Vergleich: Im ersten Halbjahr 2019 hatten die bayerischen Kreditgenossenschaften Förderkredite von LfA und KfW an Firmenkunden im Volumen von rund 500 Millionen Euro vergeben.

Kunden setzen bei Einlagen auf Flexibilität

Gewachsen sind die bayerischen Genossenschaftsinstitute auch auf der Einlagenseite. Der Zufluss an Kundengeldern belief sich in der ersten Jahreshälfte auf 2,2 Milliarden Euro beziehungsweise 1,6 Prozent auf jetzt 138,8 Milliarden Euro. Das Einlagenwachstum fand ausschließlich im Bereich der liquiden Sichteinlagen statt, die auch durch Umschichtungen aus anderen Anlageklassen um 4,1 Prozent beziehungsweise 3,6 Milliarden Euro auf knapp 91 Milliarden Euro stiegen. „Die Kunden wollen in unsicheren Zeiten ein Maximum an Flexibilität erhalten“, sagte dazu Verbandspräsident Gros.

Hausbankprinzip bewährt sich

Während der Corona-Krise hat das Hausbankprinzip eine weitere Bewährungsprobe bestanden. „Die Nähe zu den Kunden und den Märkten hat sich als große Stärke und als vertrauensstiftend erwiesen“, sagte Gros. „Die Banken haben ihre Kunden umfänglich beraten, auch zu staatlichen Hilfsprogrammen, und sie haben mit individuellen Lösungen bei Krediten und Stundungen ihren Privat- und Geschäftskunden verlässlich zur Seite gestanden. Das zeigt: Das Vertrauen in die Hausbank ist ungebrochen.“ Zudem sei die Versorgung mit Bankdienstleistungen und Bargeld jederzeit gewährleistet.

Regulatorik muss auf den Prüfstand

„Die Banken waren in der Krise eine wichtige Stütze für die Realwirtschaft“, stellte der GVB-Präsident fest. Jedoch habe sich die Regulatorik nicht als krisenfest erwiesen. „Sollte es erneut zu einer Krise kommen, müssen die Banken arbeiten können, ohne sich mit ständigen Anpassungen des regulatorischen Rahmens befassen zu müssen.“

Ruf nach Fitnesscheck

Gros wiederholte seine Forderung nach einem Fitnesscheck. „Es muss auf den Prüfstand, was sich an regulatorischen und gesetzlichen Vorgaben bewährt hat und was nicht. Es kann nicht darum gehen, jetzt einfach zu sagen, ‚wir müssen die regulatorischen Zügel wieder anziehen‘. Entscheidend ist, eine zukunfts- und krisenfeste Regulatorik zu bekommen.“ Dazu müssten alle an einen Tisch: Politik, Aufsicht, Banken und Realwirtschaft. Zudem müsse verhindert werden, die Banken fortwährend mit neuen regulatorischen Anforderungen zu belasten. „Was zum Beispiel unter dem Deckmantel ‚Green Finance‘ auf die Kreditinstitute zukommt, bedeutet aber eine erhebliche Mehrbelastung“, mahnte Gros abschließend. □

Bayerischer Kämmerertag digital:

Kommunen in der Corona-Krise

Im Zuge der Corona-Krise wurde der diesjährige Bayerische Kämmerertag erstmals als virtuelle Konferenz umgesetzt. Neben spannenden Vorträgen, u.a. zum Corporate Governance-Musterkodex und zu der nachhaltigen Finanzierung der Stadtwerke München, standen Arbeitskreise zu den Themen „Smart City – Durchführung von interaktiven Haushaltsberatungen und Automatisierung der gesetzlichen Vorgaben im Berichtswesen“ sowie „Corona und die Kommunalfinanzen“ auf der Agenda. Ein prominent besetztes Podium setzte mit einer Diskussionsrunde unter dem Motto „Die Bayerische Wirtschaft und die Kommunen in der Corona-Krise“ den Schlusspunkt der Tagung.

Münchens Stadtkämmerer Christoph Frey begrüßte die digitalen Teilnehmer, ehe Volker Freund, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, den bayerischen Weg bei der Grundsteuer erläuterte. Bekanntlich wird der bayerische Fiskus die Grundsteuer künftig auf Basis der Grundstücksfläche berechnen. Der Wert eines Grundstücks soll anders als im Modell des Bundesfinanzministeriums keine Rolle spielen. Damit wird es für die Berechnung der Grundsteuer im Freistaat unerheblich sein, ob ein Grundstück in einer teuren Stadt oder auf dem Land gelegen ist.

Grundsteuer: der bayerische Weg

Wie Freund ausführte, sind zunächst steuerpolitische Ziele ein Leitmotiv des bayerischen Reformmodells. Dabei geht es um die Sicherung des bisherigen Grundsteueraufkommens, das nicht erhöht werden soll. Zudem liegt das Augenmerk auf der Erhaltung des Bewertungs- und Grundsteuerrechts in seiner Grundstruktur. Konkret heißt das: Es bleibt beim System von Haupt- und Nachfeststellung sowie Wert-, Art- und Zurechnungsfortschreibung, es werden die bisherigen Bewertungsmethoden übernommen und es bleibt beim dreistufigen Besteuerungsverfahren mit Grundsteuerwertfeststellung sowie Steuermessbetrags- und Grundsteuerfestsetzung. Insgesamt ist eine Fortentwicklung nach Maßgabe der vom Bundesverfassungsgericht gestellten „Hausaufgaben“ laut Freund „die DNA des Grundsteuerreformgesetzes“, nämlich ein wertabhängiges Grundsteuermodell mit dem „Bewertungsziel eines objektiven Grundsteuerwerts als Bemessungsgrundlage für eine relations- und realitätsgerechte Besteuerung“.

Die Bezeichnung der Bemessungsgrundlage heißt nun nicht mehr Einheitswert, sondern Grundsteuerwert. Die Hauptfeststellungen erfolgen nicht mehr alle sechs, sondern alle sieben Jahre. Die erstmalige Durchführung ist für den 1.1.2022 vorgesehen – ein durchaus sportliches Ziel, wie Freund bemerkte. Eine Option für die Kommunen sei es nunmehr, einen erhöhten, einheitlichen Hebesatz für baureife Grundstücke festzulegen, aber dann auch für alle in der Gemeinde oder dem Gemeindeteil liegenden entsprechenden Grundstücke.

Die Corona-Krise belastet die Haushalte der deutschen Städte, Gemeinden und Landkreise durch einbrechende Einnahmen und steigende Ausgaben. Die Befragungen zum KfW-Kommunalpanel 2020 zeigen: 9 von 10 Kommunen blicken pessimistisch auf die Finanzen für das laufende Jahr, für 2021 sind dies noch 80 %, vor allem aufgrund sinkender Steuereinnahmen. Besonders Steuern wie die Gewerbesteuer bereiten den Finanzexperten Sorge: 63 Prozent der Befragten gehen hier von stark sinkenden Erlösen aus, nochmal 29 Prozent von eher sinkenden Einnahmen. Auch die Gebühren, Beiträge und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit stehen un-

ter Druck. Hier prognostizieren 84 Prozent der Kämmerer für 2020, dass diese heruntergehen werden. Zudem rechnet jede zweite Kommune mit höheren Ausgaben in allen relevanten Kategorien – außer bei den Investitionen.

Bei haushaltspolitischen Maßnahmen haben sich bei den Kämmerern bislang ganz klar Sparbestrebungen durchgesetzt: 63 Prozent planen der KfW-Befragung zufolge Anpassungen auf der Ausgabenseite. Jede zweite Kämmerer will offenbar disponible Investitionen aufschieben, 41 Prozent der Kommunen setzt zudem auf das Anzapfen von Rücklagen. Jede dritte Kommune möchte einen Nachtragshaushalt aufstellen. Fast ein Viertel denkt zudem über Haushaltssperren nach.

„Die Corona-Krise gefährdet die kommunalen Investitionen. Für einen nachhaltigen Weg aus der Krise sind allerdings gerade Investitionen relevant“, lautet nach Darstellung von Dr. Friederike Köhler-Geib, Chefvolkswirtin der KfW Bankengruppe, eine der Kernbotschaften aus dem KfW-Kommunalpanel 2020. Zudem führe die Krise die Bedeutung einer leistungsfähigen kommunalen Infrastruktur vor Augen. Darüber hinaus mache die Digitalisierung Kommunen leistungsfähiger und flexibler.

Planungssicherheit für Kommunen

Ansatzpunkte für Verbesserungen sind Köhler-Geib zufolge Planungssicherheit für Kommunen (Finanzausstattung sichern, um nötige Investitionen weiterhin zu ermöglichen), die Flexibilisierung von Förderangeboten, damit Mittel schnell abfließen und auch einen konjunkturellen Impuls geben können, sowie die Sicherung der Balance von Einnahmen und Ausgaben, damit Kommunen dauerhaft ein nachhaltiges Investitionsniveau ermöglicht wird.

„Das Konjunkturpaket adressiert bereits viele dieser Aspekte. Jetzt gilt es, diese Maßnahmen auch auf Landesebene und auch auf Bayern umzusetzen“, machte die Chefvolkswirtin deutlich.

Ein großes Problem sind auch für Kommunen in Bayern die zurückgehenden Gewerbesteuereinnahmen. Auf dieses Thema konzentrierten sich bei der abschließenden Podiumsdiskussion Johann Kronauer, Referent Finanzen beim Bayerischer Städtetag, Karl Michael Scheufele, Amtschef im Bayerischen Innenministerium, Wolfgang Schmidt, Leiter Abteilung Kommunalkredit Bayern bei der Bayerische Landesbodenkreditanstalt und Christian Schuchardt, Oberbürgermeister der Stadt Würzburg.

Zwar, so hieß es, reichten die vom Land in Aussicht gestellten 2,4 Milliarden Euro aus, um den Abstieg der Gewerbesteuereinnahmen abzufedern. Mit diesem Betrag will das Bayerische Finanzministerium seine Kommunen unterstützen, um die fehlenden Erlöse auszugleichen. Weitere Einnahmehinzuweisen seien aber noch nicht einberechnet, weshalb die Schlüsselzuweisungen gestärkt werden müssten, lautete ein Argument. Bayern hat hierfür 2 Milliarden Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich (KFA) vorgezogen. **DK**

BESTENS
ABGESICHERT

BVK Zusatzversorgung



PlusPunktRente - die freiwillige Altersvorsorge der BVK Zusatzversorgung

Bestens abgesichert im Alter - zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente

Die PlusPunktRente bietet allen Arbeitnehmer_innen im kommunalen öffentlichen Dienst in Bayern attraktive Möglichkeiten

- ✓ STAATLICH GEFÖRDERT
- ✓ FLEXIBLE BETRAGSGESTALTUNG
- ✓ SICHERE VERSORGUNG AUS EINER HAND

Fordern Sie unverbindlich ein Angebot an - mit dem QR-Code oder über www.pluspunktrente.de



BVK Bayerische
Versorgungskammer

MünchenerHyp entwickelt sich weiter solide:

Neugeschäft auf hohem Niveau

Die Münchener Hypothekbank eG (MünchenerHyp) hat im ersten Halbjahr 2020 ihr Ergebnis trotz der Belastungen durch die Corona-Pandemie ausbauen können. Der Zinsüberschuss stieg aufgrund des weiterhin positiven Neugeschäfts gegenüber dem ersten Halbjahr 2019 um 17 Prozent auf 165,1 Mio. Euro. Der Zins- und Provisionsüberschuss erhöhte sich um 13 Prozent auf 111,3 Mio. Euro.

Mit dem Neugeschäft zeigt sich die genossenschaftliche Immobilienbank ebenfalls zufrieden. Sie sagte im ersten Halbjahr Immobilienfinanzierungen im Gesamtvolumen von 3,2 Mrd. Euro zu. Gegenüber dem Rekordergebnis des ersten Halbjahres 2019 in Höhe von 3,6 Mrd. Euro bedeutet dies zwar einen Rückgang um 10 Prozent, zugleich ist es aber das zweithöchste Halbjahresergebnis der MünchenerHyp.

Insbesondere das Geschäftsfeld der privaten Immobilienfinanzierung entwickelte sich insgesamt weiter positiv. Das lag vor

allem an der Stärke des deutschen Wohnimmobilienmarktes, in dem die Nachfrage auch unter den Bedingungen der Corona-Pandemie robust blieb. Im Verbundgeschäft mit den Genossenschaftsbanken stieg das Neugeschäft um 8 Prozent auf 1,5 Mrd. Euro. Das Geschäft mit freien Finanzdienstleistern ging auf 266 Mio. Euro zurück (30. Juni 2019: 396 Mio. Euro) und mit der Schweizer PostFinance auf 129 Mio. Euro (30. Juni 2019: 164 Mio. Euro). Insgesamt belief sich das Neugeschäft der MünchenerHyp in der privaten Wohnimmobilienfinanzierung auf 1,95 Mrd.

Halbjahresbilanz der BayernLB:

Stabile operative Geschäftsentwicklung

Die BayernLB hat im ersten Halbjahr 2020 trotz erhöhter Risikoversorge und Herausforderungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 158 Mio. Euro erzielt (Vj.: 316 Mio. Euro). Ihre operative Ertragskraft konnte die BayernLB stabil halten, der addierte Zins- und Provisionsüberschuss von rund 1 Mrd. Euro lag sogar leicht über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Das Konzernergebnis (nach Steuern) betrug 101 Mio. Euro (Vj.: 295 Mio. Euro).

„Mit dem ersten Halbjahr 2020 sind wir trotz der Herausforderungen durch die Corona-Pandemie zufrieden, weil wir nicht nur solide operative Erträge erwirtschaftet, sondern parallel dazu die Transformation der BayernLB in unvermindertem Tempo vorangetrieben haben. Unseren Kunden stehen wir als stabiler, verlässlicher Partner zur Seite, um ihre Liquiditätsversorgung auch während der Corona-Krise sicherzustellen“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der BayernLB, Stephan Winkelmeier.

Hohe Zahl an Förderkrediten

„Dafür haben wir Kreditprozesse teilweise vereinfacht und unsere Beratungskapazitäten vor allem auch für die Programme der staatlichen Förderbanken hochgefahren. So konnten wir, vor allem im bewährten engen Schulterschluss mit den bayerischen Sparkassen, in der ersten Jahreshälfte allein aus den Corona-Sonderprogrammen mehr als 6.000 Förderanträge mit einem Volumen von rund 2 Mrd. Euro bearbeiten“, erklärte Winkelmeier weiter.

Den Zinsüberschuss konnte der BayernLB-Konzern trotz des anhaltend ungünstigen Zinsumfelds auf dem Niveau des Vorjahres halten. Er lag bei 873 Mio. Euro (Vj.: 867 Mio. Euro). Der Provisionsüberschuss stieg um 9,1 Prozent auf 154 Mio. Euro (Vj.: 141 Mio. Euro).

Das Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung stieg auf 51 Mio. Euro (Vj.: -23 Mio. Euro). Es ist geprägt durch die Sonstigen Finanzgeschäfte mit 44 Mio. Euro, insbesondere durch das Geschäft mit Edelmetallen. Das Ergebnis aus Finanzanlagen betrug 31 Mio. Euro (Vj.: 50 Mio. Euro).

Investitionen, insbesondere in die Modernisierung der IT und den Vertrieb der DKB, trugen wesentlich zu einem Anstieg des Verwaltungsaufwands auf 764 Mio. Euro (Vj.: 713 Mio. Euro) bei. Der Aufwand aus Bankenabgabe und Einlagensicherung stieg um 23 Mio. Euro auf insgesamt 142 Mio. Euro. Die Bilanzsumme der BayernLB erhöhte sich um 14,2 Prozent auf 258,0 Mrd. Euro (31.12.2019: 226,0 Mrd. Euro).

Der Konzern verfügte im ersten Halbjahr weiterhin über eine solide Kapitalbasis. Die CET 1-Quo-

te lag zum 30.6.2020 bei 15,0 Prozent (31.12.2019: 15,6 Prozent). Die Cost-Income-Ratio (CIR) stieg unter anderem wegen der genannten erhöhten Investitionen auf 67,2 Prozent (Vj.: 61,2 Prozent).

Fortschritte im Transformationsprozess

Die BayernLB hat in den vergangenen Wochen die langfristigen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf ihr neues strategisches Zielbild intensiv beleuchtet. Dabei wurde die Strategie des BayernLB-Konzerns und seiner Segmente bestätigt: Die Weiterentwicklung der BayernLB von einem Institut mit universalbanknahem Geschäftsmodell zu einer fokussierten, effizienten Kundenbank mit der DKB als innovativer Digitalbank unter ihrem Konzerndach, ist der richtige Weg.

Das im Januar 2020 gestartete mehrjährige, umfangreiche Transformationsprogramm treibt der Konzern trotz operativer Herausforderungen durch die Pandemie konsequent voran. Entsprechend hat die BayernLB in den vergangenen Monaten bereits wesentliche Meilensteine erreicht, wie beispielsweise die Umsetzung erster Maßnahmen zur Ertrags- und Profitabilitätssteigerung in den Geschäftsbereichen des Konzerns sowie erster Effizienzsteigernder Initiativen in allen Einheiten der Bank wie die Gründung einer Einheit „Non-Core Markets“, die weitere Verbesserung des Kreditprozesses, den Start von IT-Modernisierungsprojekten sowie den Beginn des Personalabbaus in der Kernbank.

Im Rahmen der Erarbeitung konkreter Maßnahmen zur Erreichung der Kostenziele hat sich der Bedarf für den im Dezember 2019 angekündigten weiteren Stellenabbau bestätigt. Dieser wird sich voraussichtlich nochmals in einer ähnlichen Größenordnung bewegen wie der im Jahresabschluss 2019 bereits berücksichtigte Stellenabbau.

Der Vorstand und die Personalvertretung der Bank stehen bezüglich der weiteren Umsetzung in einem engen und konstruktiven Austausch. Dabei steht fest: Der Abbau wird sozialverträglich erfolgen, betriebsbedingte Kündigungen hat die BayernLB bis Herbst 2022 ausgeschlossen. □

Euro und lag damit lediglich um 41 Mio. Euro unter dem Vorjahresergebnis.

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung gingen die Finanzierungsanfragen zwar zurück, rissen jedoch zu keinem Zeitpunkt ab. Insgesamt fiel das Neugeschäft mit 1,25 Mrd. Euro um 300 Mio. Euro niedriger aus als im Vorjahreszeitraum. Der größte Teil des Neugeschäfts entfiel auf Deutschland sowie bei den Anlageklassen auf Büroimmobilien und Wohnimmobilienportfolios.

Zuverlässiger Partner

„Wir haben gezeigt, dass wir auch unter den außergewöhnlichen Herausforderungen der Corona-Pandemie in der Lage waren, unseren Kunden und Partnern zuverlässig zur Seite zu stehen“, sagte Dr. Louis Hagen, Vorstandsvorsitzender der MünchenerHyp. Diese konnte sich zudem auch während der Hochzeit der Corona-Pandemie jederzeit zu guten Bedingungen refinanzieren. An großvolumigen Emissionen wurden von ihr im ersten Halbjahr vor allem ungedeckte Anleihen begeben. Darunter ragte die Emission einer grünen Senior-Non-Preferred-Anleihe über 240 Mio. CHF heraus. Es war die erste Emission eines grünen Wertpapiers dieser Anlageklassen. Sie fand eine sehr große Nachfrage.

Die Risikosituation im Kreditgeschäft hat sich im ersten Halbjahr stabil entwickelt, jedoch wurden vorsorglich bereits deutlich höhere Zuführungen zur Risikoversorge vorgenommen, um auf eventuell auftretende Kreditausfälle

im zweiten Halbjahr vorbereitet zu sein. Das Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit betrug 26,9 Mio. Euro (30. Juni 2019: 39,7 Mio. Euro), nachdem im Vorjahr ein einmaliger Sondereffekt zu verzeichnen war. Nach Abzug der Steuer verblieb ein zeitanteiler Jahresüberschuss von 13,2 Mio. Euro (30. Juni 2019: 18,1 Mio. Euro).

Die Bilanzsumme wuchs seit dem Jahresanfang 2020 um 13 Prozent auf 48,3 Mrd. Euro. Die Bestände an Hypothekendarlehen erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 1,7 Mrd. Euro auf 37,1 Mrd. Euro. Im Kapitalmarktgeschäft reduzierten sich die Bestände entsprechend der geschäftsstrategischen Ausrichtung der MünchenerHyp seit Jahresanfang um 0,2 Mrd. Euro auf 3,9 Mrd. Euro.

Die harte Kernkapitalquote belief sich zum 30. Juni 2020 auf 18,6 Prozent (31. Dezember 2019: 19,8 Prozent). Die Kernkapitalquote belief sich auf 20,1 Prozent (31. Dezember 2019: 21,4 Prozent) und die Gesamtkapitalquote auf 20,6 Prozent (31. Dezember 2019: 22,1 Prozent).

Ausblick

Der Ausblick auf das zweite Halbjahr ist von der Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Konjunktur und Pandemielage geprägt. Vorausgesetzt, dass es zu keinem weiteren Lockdown kommt, erwartet die MünchenerHyp grundsätzlich positive Geschäftsmöglichkeiten in der privaten und gewerblichen Immobilienfinanzierung. Sie geht jedoch nicht davon aus, im Neugeschäft das Rekordergebnis des Vorjahres wieder zu erreichen. Die Bank erwartet einen Jahresüberschuss unter dem Vorjahresniveau. □

Der Countdown läuft:

4. AKDB Kommunalforum » Digital 2020 am 1. Oktober

Nur noch wenige Tage, dann startet am 1.10.2020 das 4. AKDB Kommunalforum » Digital 2020, in diesem Jahr coronabedingt komplett im Live-Stream: vier Fachforen, über 40 Experten-Vorträge, Best-Practice-Beispiele aus dem kommunalen Alltag und Top-Speaker aus Verwaltung, Politik und Wissenschaft – außerdem ein Showroom-Bereich, in dem AKDB und Partner-Unternehmen Lösungen live im Video-Chat präsentieren.

Die AKDB lädt zu diesem interaktiven Digitalevent ein, das in diesem Jahr wie viele andere Veranstaltungen online stattfindet. Die Teilnehmer müssen auf den direkten Austausch mit Fachexperten deshalb aber nicht verzichten: In Video-Chats, Fragerunden und Live-Sessions gibt es zahlreiche Möglichkeiten zu Interaktion und persönlichem Gespräch. Damit bleibt das 4. AKDB Kommunalforum » Digital 2020 das, was es als Präsenzveranstaltung in den Vorjahren bereits war: ein großes Treffen für die kommunale Familie – für alle Mitarbeiter und Entscheider aus Städten, Gemeinden, Landkreisen, Bezirken, Ministerien und Behörden in und außerhalb Bayerns.

Spannende Höhepunkte

Highlights der Veranstaltung: Nach den Videogrüßbotschaften von Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach und Bundes-CIO Dr. Markus Richter sprechen die SPD-Bundesvorsitzende Saskia Esken, BSI-Präsident Arne Schönbohm, Ernst Bürger aus dem Bundesinnenministerium, MdB Thomas Heilmann, Dr. Wolfgang Denkhaus vom Bayerischen Digitalministerium, Dr. Gerd Landsberg vom Deutschen Städte- und Gemeindebund, Prof. Gerhard Hammerschmid von der Hertie School of Governance und viele weitere Experten. Aktive Vertreter der Kommunen sind unter anderem Regensburgs Landrätin Tanja Schweiger, Wunsiedels Landrat Peter Berek, der IT-Referent der Landeshauptstadt München, Thomas Böning, der Bürgermeister der Gemeinde Schwangau Stefan Rinke, Martin Dannhäuser, VG-Vorsitzender Creußen, und Markus Deißler vom Landratsamt Haßberge.

Hochkarätig besetzte Diskussions-Panels befassen sich mit spannenden E-Government- und Digitalisierungsaspekten, etwa wie es mit dem Onlinezugangsgesetz weitergeht, wie Corona die Verwaltungsarbeit verändert und wie die Krise als Chance genutzt werden kann.

Die Anmeldemöglichkeit sowie das aktualisierte Programm sind unter www.akdb.de/kommunalforum zu finden. Die Teilnahme ist für alle Vertreter der öffentlichen Verwaltung sowie für Mandatsträger aus Bund, Ländern und Kommunen kostenlos. □

»Also, ich sehe unendlich viele Lösungen für meine Kommune.«

Und was sehen Sie?
Wer am 4. AKDB Kommunalforum » Digital 2020 teilnimmt, dem eröffnen sich neue Horizonte – und unendliche Lösungswelten!
Diesmal komplett im Live-Stream.

1. Oktober 2020

Melden Sie sich gleich an!

www.akdb.de/kommunalforum

kostenfrei, aber mit Gewinn!

#kommunalforum20

Möglichkeiten überall

AKDB
Kommunalforum



BMU und UBA:

Restmüll hat sich in 35 Jahren fast halbiert

Analyse von Siedlungsrestabfällen in Deutschland

Im Vergleich mit den alten Bundesländern fällt in Deutschland derzeit noch rund halb so viel Restmüll an wie vor 35 Jahren. Dies zeigt eine aktuelle Analyse von Siedlungsrestabfällen in Deutschland für das Umweltbundesamt. Die letzte derartige Erhebung war 1985 erstellt worden. Obwohl heute weitaus mehr Wertstoffe wie Glas, Papier und Plastik getrennt gesammelt werden, enden noch immer viele Wertstoffe in der Restmülltonne. Bioabfälle machen den größten Teil davon aus.

Insgesamt fielen im Jahr 2018 in Deutschland 128 Kilogramm Restmüll pro Einwohner und Jahr an. Das ist ein Rückgang von rund 46 Prozent im Vergleich zu 1985 (239 Kilogramm Restmüll pro Einwohner und Jahr). Altpapier, Altglas, Metalle und Kunststoffe landen deutlich seltener in der Restmülltonne als damals, hier sind Rückgänge von bis zu 80 Prozent zu verzeichnen.

Ein Drittel aller Bioabfälle werden noch immer über den Hausmüll entsorgt. Mit rund 39 Prozent besteht der größte Teil des Restmülltonneninhalts aus Bioabfällen. Dazu gehören Küchen- und Nahrungsabfälle, Gartenabfälle, sonstige organische Abfälle wie Kleintierstreu aus Stroh/Heu sowie gefüllte oder teilentleerte Lebensmittelverpackungen. Die wichtigsten Bioabfälle in Hinblick auf eine Verwertung sind die Nahrungs-, Küchen- und Gartenabfälle mit einer jährlichen Menge von rund drei Millionen Tonnen.

Die Menge des Hausmülls variiert in Abhängigkeit von den Siedlungs- (ländlich, ländlich dicht, städtisch) und Bebauungsstrukturen (Außenbereiche, städtische Strukturen und Großwohnanlagen). In ländlich dicht besiedelten Gebieten (Kleinstadt, Vorort) liegt die gesamte Hausmüllmenge bei 110,5 kg pro Einwohner und Jahr. In den städtischen Gebieten steigt die Menge auf 151,1 kg an. Der ländliche Bereich liegt mit 124,6 kg dazwischen.

Höhere Bebauungsdichte – steigende Müllmenge

Bei weiterer Differenzierung der Strukturen innerhalb der Kommunen nach der Art der Bebauung zeigt sich, dass mit zunehmender Bebauungsdichte die Gesamthausmüllmenge und auch der Wertstoffeintrag in die Restmülltonne zunehmen. Eine signifikante Abhängigkeit von der Jahreszeit (Sommer/Winter) und der Vegetation konnte im Projekt nicht festgestellt werden.

Die so genannten trockenen Wertstoffe haben einen Anteil von rund 27 Prozent. Dazu zählen zum Beispiel Altpapier, Altglas, Kunststoffe, Alttextilien, Holz, Kork und Elektroaltgeräte. Nur 32 Prozent dessen, was tatsächlich in der Restmülltonne landet, gehört auch in die Restmülltonne. Dazu zählen Hygieneartikel, sonstige Abfälle (z. B. Staubsaugerbeutel) und Feinmüll (z. B. Kehrlicht und Asche). Problemabfälle kommen zu einem geringen Anteil von rund 0,5 Prozent vor. Dies sind schadstoffhaltige Abfälle wie Lösemittel, Energiesparlampen, belastete Bauabfälle sowie Altbatterien und -akkus. Letztere kommen in über 60 Prozent der analysierten

Abfallstichproben vor, obwohl sie verpflichtend getrennt gesammelt werden müssen.

Folgende Ansatzpunkte werden für eine bessere Abfallvermeidung und Abfalltrennung genannt:

- Kommunikation stärken: Gerade im städtischen Bereich sind noch viele Wertstoffe im Restmüll. Um dieses Potenzial zu heben, sollte die bürgernahe Abfallberatung in den Kommunen weiter ausgebaut und durch gegenseitige Vernetzung und Information gestärkt werden.
- Haushaltsnahe Sammlung- und Rücknahmeangebote ausbauen:

Alfred Mayr*, Geschäftsführer des Umweltcluster Bayern*:

Zukunftsorientierte Lösungen für die Umwelt

Alfred Mayr, Geschäftsführer des Umweltcluster Bayern, verfügt über 20 Jahre Berufserfahrung in der Positionierung von Organisationen, in der Gewinnung und Betreuung von Netzwerkpartnern sowie in der Konzeption und Umsetzung von Projekten. Im Interview spricht er über die Relevanz von Vernetzung, über umwelttechnologische Projekte des Umweltclusters und über die Zukunft nach der Krise.

Herr Mayr, wie beurteilen Sie die Zukunft der bayerischen Umweltwirtschaft nach der Krise?

Mayr: Die Umwelttechnologie ist eine der großen Wachstumsbranchen des 21. Jahrhunderts. Der Green New Deal bietet als europaweites Konjunkturprogramm große Chancen für die bayerische Umweltwirtschaft. Insofern sind prägnante umweltpolitische Herausforderungen wie der Klimawandel meines Erachtens nur temporär in den Hintergrund gerückt. Für die Zukunft nach der Krise erwarte ich nach der Anlaufphase ein starkes Wachstum unserer Branche.

Welche Aufgaben sehen Sie für den Umweltcluster?

Mayr: Unsere grundlegende Aufgabe liegt darin, zeitgemäße technologische Fachwissen einzusetzen. Darunter verstehe ich insbesondere Know-how zur Lösung der vielfältigen umweltspezifischen Herausforderungen. Unsere Hauptaufgaben lassen sich in drei Bereiche einteilen: Erstens agieren wir als Forum und stellen intern und extern eine intelligente Vernetzung sicher. Zweitens bieten wir unseren Mitgliedern durch den Zugang zu Förderprogrammen und Projekten eine starke Innovationsplattform. Unsere dritte Hauptaufgabe ist die Funktion als Startrampe ins Ausland, indem wir unsere Mitglieder bei der Erschließung interessanter Auslandsmärkte unterstützen.

Mit Ihren Projekten bündeln Sie also Ihre Aufgaben und

Elektrokleingeräte, Altbatterien, Energiesparlampen und andere schadstoffhaltige Abfälle sind noch im Restmüll vorhanden. Dort gehören sie nicht hin. In über 60 Prozent der analysierten Restmüllstichproben wurden Altbatterien und -akkus gefunden. Dies lässt darauf schließen, dass in vielen Haushalten zumindest Teilmengen von Altbatterien über den Hausmüll entsorgt werden. Daher sollten die Angebote der haushaltsnahen Sammlung und Rücknahme verbessert werden und seitens der Hersteller, des Handels und der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger die Verbraucher besser informiert werden.

- Biotonne flächendeckend einführen: Das Kreislaufwirtschaftsgesetz sieht bereits seit 2015 eine getrennte Bioabfallsammlung vor. Diese wurde von den Bundesländern/Kommunen bis-

schnüren daraus Gesamtpakete zur Stärkung Ihrer Mitglieder und der Umweltwirtschaft? Könnte man Ihre Tätigkeit so zusammenfassen?

Mayr: Ich fasse es noch weiter zusammen: Im Mittelpunkt stehen immer unsere Mitglieder. Wir schaffen für sie ein möglichst ausgewogenes Angebot von Vernetzung, Innovationsthemen und internationalen Aktivitäten.

Mit welchen Maßnahmen fördern Sie zur Zeit die bayerische Umweltwirtschaft?

Mayr: Unsere drei oben genannten Hauptaufgaben beschreiben das vielseitige Spektrum im Umweltcluster in bester Art und Weise. Wir arbeiten zielgerichtet an Innovationsprojekten auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Aktuell unter anderem zu den Themen „Recyclingfähigkeit biobasierter Verpackungen sowie Vermeidung und Substitution von Verpackungen aus Kunststoff“. Wir eruiieren neue Ansätze und Projektideen. Und wir halten unsere internationalen Netzwerke aktiv. Mit diesen Maßnahmen bereiten wir uns strukturiert auf die Zeit nach Corona vor. Auch wenn das Vernetzen über physische Formate zur Zeit schwierig bis unmöglich ist, bieten wir unseren Mitgliedern und Partnern mit virtuellen Angeboten die Gelegenheit, sich untereinander und mit uns auszutauschen.

Sind diese Projekte Ihre Antwort auf die oben genannten Zukunftsfragen?

Mayr: Ja, auf jeden Fall. Die

her nicht überall umgesetzt. Angesichts der im Restmüll noch enthaltenen Bioabfallmengen empfiehlt das UBA, die gesetzlichen Vorgaben zur Bioabfallsammlung flächendeckend umzusetzen und eine Bioabfallsammlung verpflichtend (Holssystem mit Anschluss- und Benutzungszwang) für alle Haushalte in Deutschland einzuführen. Eine freiwillige Biotonne oder eine Sammlung von Küchenabfällen an zentralen Recyclingstandorten ist aus Sicht des UBA kein Ersatz.

- Abfallvermeidung stärken: Einen wichtigen Beitrag kann hier die Abfallvermeidung schaffen. Es sind Maßnahmen zur Minderung des Abfallaufkommens von einzelnen Produkten oder Bereichen wie der Umgang mit

Einwegprodukten sowie Konzepte zur Abfallvermeidung wie ein bewussteres Einkaufs- und Konsumverhalten gefragt. Jeder, ob Privatperson, Unternehmen, Händler oder Kommunen, können einen wichtigen Beitrag zur Abfallvermeidung in vielen Lebensbereichen – vom Bauen und Wohnen über Kleidung und Lebensmittel bis hin zum Waschen und Putzen – leisten.

Wertvolle Rohstoffe landen in der Restmülltonne

Laut Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth hat die Umweltpolitik in den vergangenen Jahrzehnten bei der Abfallverwertung einiges bewegt, „aber wir sind noch längst nicht am Ende dieses langen Weges. Immer

noch landen wertvolle Rohstoffe in der Restmülltonne. Um das zu ändern, muss das Trennen noch leichter werden. Unser Ziel ist eine echte Kreislaufwirtschaft, in der kaum noch Restmüll anfällt und die Rohstoffe wiederverwendet werden.“

UBA-Präsident Dirk Messner zufolge fällt noch zu viel Restmüll an. Die Abfallvermeidung habe die höchste Priorität in der Abfallhierarchie. „Mehr Mehrweg statt Einweg und klare Vorgaben für Einwegprodukte und -verpackungen, wie sie in der Einwegkunststoffrichtlinie vorgelegt werden, sind hier ein richtiger Weg. Bioabfall ist für die Restmülltonne viel zu kostbar, denn er lässt sich vollständig recyceln und liefert den Grundstoff für Kompost und Biogas.“ **DK**

BVSE: 3-Punkte-Plan

Faire Rahmenbedingungen für Recyclingprodukte

Um dem umweltschädlichen Verdrängungswettbewerb von Kunststoffneuware gegenüber CO₂-einsparenden Recyclaten zu stoppen und faire Rahmenbedingungen für Recyclingprodukte zu schaffen, hat sich der bvse-Fachverband Kunststoffrecycling mit einem 3-Punkte-Plan an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und die Mitglieder des Bundestagsausschusses gewandt.

Wie der Vorsitzende des Fachverbandes Kunststoffrecycling, Dr. Dirk Textor, erläuterte, habe sich Kunststoffneuware für Verpackungen in den vergangenen fünf Jahren um 30 % verbilligt. Dieser Trend verstärkte sich seit Ausbruch der Corona-Krise. In der Folge blieben Recyclate, die in kostenintensiven Kunststoffrecyclingverfahren hergestellt werden und große Mengen CO₂ einsparen, im Konkurrenzkampf um den Markt gegenüber der billigen Rohstoffneuware zunehmend chancenlos.

„Recyclateinsatz bedeutet Klimaschutz. Wenn Kunststoffrecycling in Zukunft eine Chance haben soll, müssen endlich Bedingungen geschaffen werden, die einen vergleichbaren Wettbewerbsrahmen zu Kunststoffneuware schaffen. Der klimaschädliche CO₂-Rucksack, der bei der Produktion von Kunststoffneuware entsteht, bleibt bei der Preisbildung bislang völlig außen vor. Dies muss sich dringend ändern“, ergänzte bvse-Vizepräsident Herbert Snell.

Der erste Vorschlag, der dem

zahlreichen Herausforderungen im Umweltbereich lassen sich nur mit zukunftsorientierten Lösungen bewältigen. Wir bieten diese Lösungen, denn unsere Projekte beinhalten innovative und vielseitige Methoden. Damit fördern wir die Marktchancen und Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen im Cluster. Welche Themen-Schwerpunkte verfolgen diese Projekte?

Um nur beispielhaft einige Schwerpunkte zu nennen: Wir verfolgen zirkuläres Wirtschaften und die Erhöhung der Ressourceneffizienz. Wir fokussieren die Reduzierung von Plastikmüll durch intelligentes Produktdesign und den Einsatz nachwachsender Rohstoffe. Auch stehen funktionierende Sammlungs- und Entsorgungsstrukturen im Mittelpunkt. Wir nutzen zusätzlich Chancen der Digitalisierung im Bereich der Kreislaufwirtschaft und 3D-Druck. Auch Bioökonomie ist ein wichtiger Schwerpunkt.

Richten sich Ihre Projekte ausschließlich an bayerische Unternehmen? Oder werden Sie auch europaweit agieren?

Mayr: Unser Aktionsradius reicht noch weiter. Umweltschutz und Umwelttechnologie sind globale Themen. Aus diesem Grund agieren wir seit jeher international. Einige unserer Projekte sind international ausgerichtet und viele unserer kompetenten Mitglieder sind weltweit erfolgreich unterwegs. Auch genießt die Umweltwirtschaft aus Bayern einen hervorragenden internationalen Ruf. Wir betrachten es daher als unsere Aufgabe im Cluster, intelligente Vernetzungen aufzubauen – auch mit europäischen und außereuropäischen Partnern. Auf dieser Grundlage entwickeln wir gemeinsam effizient und effektive Lösungen für die Kunden des Umweltclusters.

Welche Projekte und Aktivitäten haben Sie noch für 2020 geplant?

Mayr: Alle reden im Moment

nur von der großen, weltumfassenden Pandemie. Im Umweltcluster denken wir schon jetzt an die Zeit danach und bereiten uns auf neue Aktivitäten vor. In Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen der Regierung planen wir zum Beispiel für das zweite Halbjahr unterschiedliche Veranstaltungen zu gegenwärtigen Fragestellungen. „Klärschlammbehandlung und Phosphorrückgewinnung“ sowie „Innovationsmanagement“ sind nur zwei Beispiele für Zukunftsthemen, die wir im Umweltcluster aufgreifen werden.

Können Sie kurz beschreiben, auf welche Weise Sie das Thema „Innovationsmanagement“ Ihren Mitgliedern und Interessenten zugänglich machen?

Mayr: Ganz einfach: ohne Innovation kein Fortschritt. Gerade in unserem Netzwerk ist das ein wichtiger Erfolgsfaktor. Deshalb unterstützen wir zum Beispiel unsere Mitglieder beim Einsatz von Innovationsmethoden durch die Teilnahme an Förderprogrammen. So stärken wir den bereits hierfür gut verankerten Mindset im Cluster durch die gezielte Verbesserung von klar definierten Skills und in der Praxis anwendbaren Tools.

Wenn Sie selbst ein Projekt entwickeln könnten, welches wäre das? Welches Thema liegt Ihnen besonders am Herzen?

Mayr: Mein persönlicher Wunsch ist, dass die Weltgemeinschaft diese Pandemie zum Anlass nimmt, sich der Notwendigkeit systemischer Anpassungen in Gesellschaft und Wirtschaft bewusst zu werden und entsprechend zu reagieren. So wird uns zum Beispiel der Klimawandel vor deutlich größere Herausforderungen stellen. Wir im Umweltcluster Bayern wollen mit unserem Know-how und Know-who einen wichtigen Beitrag leisten, um diese wichtigen Zukunftsfragen zu beantworten.

* Das Gespräch mit Alfred Mayr führte die IDF KREATIVAGENTUR aus Augsburg.



Feldbach 25
D-86647 Buttenwiesen
Telefon +49(0)8274 1001
Fax +49(0)8274 1004

info@jumbo-group.de
www.jumbo-group.de

Dezentrale Lösung für Klärschlamm

Trocknen, pelletieren und pyrolysieren: ein energetisches Perpetuum mobile

Finale Aufbereitung bei hoher Wirtschaftlichkeit für kleine, mittlere und große Kläranlagen

Kontaktieren Sie uns!

Herstellung und Wiedereinbau von Recyclingmaterial:

Nachhaltige Nutzung von Sekundärrohstoffen

Von Stephan Ziermann M. Eng.*

Deutschlandweit werden jedes Jahr große Mengen an Rohstoffen zu Baustoffen verarbeitet. Um die ohnehin immer knapper werdenden natürlichen Ressourcen aus Kiesgruben und Steinbrüchen zu schonen ist es erforderlich und sinnvoll, rückgebaute Materialien aus dem Hoch- und Tiefbau wieder dem Stoffkreislauf zuzuführen.

Der Einsatz von Recyclingbaustoffen in der Bauplanung wird noch eher selten angewandt, da zum Teil die Erfahrung sowie die Kenntnis über notwendige Vorgehensweisen in der Planung und Ausschreibung fehlen. Dadurch

re Bauprodukte im Gegenzug eine geeignete Verwendung finden. Mithilfe einer qualifizierten Güteüberwachung aus rückgebauten Altstoffen können neue, qualifizierte und vertrauenswürdige Baustoffe hergestellt werden, die

wird darauf hingewiesen, dass als Recyclingbaustoffe in der Regel nur geprüfte, güteüberwachte und zertifizierte Recyclingbaustoffe in den Verkehr gebracht und in technischen Bauwerken eingesetzt werden dürfen.

Der Weg über die Güteüberwachung und Zertifizierung bringt den Vorteil der höheren Planungssicherheit und kürzeren Wartezeit bis zur Freigabe des RC-Materi-

liche Material eine weitere Verwendung zu ermöglichen. Durch eine geprüfte Materialqualität wird Vertrauen für den Einsatz von Recyclingmaterial geschaffen. Die unbedenkliche mineralische Bausubstanz wird durch Brechen und gegebenenfalls Sieben je nach Anforderungsprofil aufbereitet.

Wohin mit überschüssigem Material auf der Baustelle?

Praktisch ausnahmslos sind für eine ordnungsgemäße und fachgerechte Entsorgung mineralischer Abfälle Deklarationsanalysen erforderlich. Für Bodenaushub, künstliche Auffüllungen und Bauschutt wird für die Annahme beim Entsorger in aller Regel eine Deklarationsanalyse gefordert. Die Probenahme hat dabei gemäß der Probenahmavorschrift LAGA PN 98 durch geprüfte Probennehmer zu erfolgen. Da immer mehr Entsorger inzwischen auch für unbedenkliches Material wie Bodenaushub ohne Fremdbestandteile Deklarationsuntersuchungen verlangen, hat die Ausschreibung von nicht analysiertem Material häufig die Abgabe von Preisen mit Sicherheitszuschlag zur Folge. Es wird deshalb empfohlen, die Probenahme aus zwischengelagerten Haufwerken mit anschließenden Analysen von vornherein einzuplanen.

Bei unbedenklicher Belastung kann der Bauschutt als Recyclingbaustoff qualifiziert werden. Hier ist neben der chemischen Belastung auch (vom Einsatzzweck abhängig) die geotechnische Eignung des Produktes nachzuweisen. Diese Nachweise, die als Grundlage der Zertifizierung dienen, müssen durch eine nach RAP Stra 15 anerkannte Prüfstelle ausgeführt werden. Im Rückschluss kann es also sinnvoll sein, bereits von Anbeginn eine solche Prüfstelle einzubinden, um bautechnische und schadstoffspezifische Randbedingungen und sich daraus ergebende wirtschaftliche Perspektiven gesichert aufzeigen und abschätzen zu können.

Der Rückbau mineralischer Substanz aus Straßenbau und Gebäuden verursacht große Mengen an Abfall (Bauschutt), der gewinnbringend für Bauherrn und Umwelt als Sekundärrohstoff eingesetzt werden kann. Um dieses Ziel sicher zu erreichen, empfiehlt es sich, bereits in der Planungsphase die richtigen Weichen zu stellen.

* Unser Autor ist Leiter des Erd- und Grundbaulabors und stellvertretender Leiter der RAP Stra Prüfstelle bei IFB Eigenschenk (www.eigenschenk.de).



Einsatz von aufbereitetem PAK-haltigem Straßenaufbruch als Deponiersatzbaustoff.

werden die hohen Potenziale des Baustoffrecyclings nicht immer vollständig genutzt. Es wird oftmals dem findigen Auftragnehmer überlassen, aus den teuer zu entsorgenden Abfällen einen finanziellen Vorteil bzw. ein interessantes Bauprodukt zu generieren. Die Recyclingwirtschaft kann zu einer kostengünstigen, ressourcenschonenden und sicheren Verwertung beitragen, wenn ih-

den Einsatz von Primärbaustoffen reduzieren.

Die grundlegenden abfallrechtlichen Regelungen und Ausführungshinweise sind jeweils länderspezifisch geregelt. Zum Beispiel in Bayern sind diese im RC-Leitfaden („Anforderung an die Verwertung von Recyclingbaustoffen in technischen Bauwerken“ vom 15.06.2005) enthalten. Im Einführungsschreiben vom 09.12.2005

als für den Einbau. Aufgrund häufig begrenzter Lagerflächen sowie der Abhängigkeit von Folgegewerken von der Freigabe des RC-Materials ist bei zeitkritischen Baustellen meist nur das güteüberwachte und zertifizierte Material rechtzeitig einbaufähig.

Wie wird der Einsatz von RC-Baustoffen bereits in der Planung berücksichtigt?

Im Einklang mit § 6 KrWG ist der Einsatz im gleichen Projekt einer Entsorgung andernorts vorzuziehen. Dadurch werden auch Transportkosten, Entsorgungskosten und Lieferkosten gespart, die die Umwelt und den Geldbeutel schonen. In weiten Bereichen ist die notwendige Grundlagenermittlung für beide Varianten gleich. Die Kenntnis vorliegender Belastungen und Ausgangsmaterialien durch eine qualifizierte Erkundung ergibt die erforderliche Planungs- und Kostensicherheit. Die Arbeitshilfe „Rückbau schadstoffbelasteter Bausubstanz“ des BayLfU zeigt eine über Bayern hinaus anwendbare qualifizierte Vorgehensweise auf. Schadstoffhaltige Bestandteile sind beim Rückbau zu separieren, um für das rest-

Mantelverordnung:

Drohende Deponienotstände und höhere Baukosten

„Die Bauwirtschaft hat ein sehr starkes Interesse an rechtssicheren bundeseinheitlichen Regelungen für die ordnungsgemäße und schadlose Verwertung mineralischer Bauabfälle und Böden“, kommentiert Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des bbiv, die Fortsetzung der Beratungen zur Mantelverordnung im Bundesrat.

Die Bayerische Bauindustrie habe das Ziel der Mantelverordnung immer unterstützt und stehe auch weiter dazu. Über 80 % der jährlich in Deutschland anfallenden rund 275 Mio. Tonnen mineralischen Abfälle sind Bau-Abfälle, die bei Baumaßnahmen anfallen. Die restlichen knapp 20 % stammen aus industriellen Produktions- oder Verbrennungsrückständen der Eisen- und Metallindustrie sowie aus Kraftwerken.

Weil die Bauwirtschaft so massiv davon betroffen ist, wäre es notwendig gewesen, die Mantelverordnung primär auf praxistaugliche und gut vollziehbare Regelungen für die Entsorgung mineralischer Bau-Abfälle auszurichten. „Dies wird mit der Mantelverordnung allerdings nicht erreicht werden“, so Schmid. Er kritisierte, dass der Fokus der Beratungen weniger auf der Frage der Verwertung von Bodenaushub oder mineralischen

Bau-Abfällen als Recycling-Baustoffen liege. Gestritten werde stattdessen hauptsächlich über Entsorgungswege beispielsweise für Stahlwerksschlacken, Kupferhüttenmaterial und Aschen aus Kohlekraftwerken.

„Trotz 15-jähriger Vorarbeit wird mit der Mantelverordnung in ihrer derzeitigen Form kein für die Planung und Abwicklung von Bauvorhaben konsistenter, ökologisch verantwortlicher und zugleich wirtschaftlich tragbarer Rechtsrahmen erlassen“, bedauert Schmid. Zusätzliche Dokumentations- und Katasterpflichten seien „Gift für die Akzeptanz von Ersatzbaustoffen“. Die Bayerische Bauindustrie befürchte eine geringere Verwertungsquote und eine Zunahme der Deponierung. „Der erwartbare Anstieg der Entsorgungskosten wird die Baukosten weiter ansteigen lassen. Das gilt auch für den Staat“, so Schmid. □

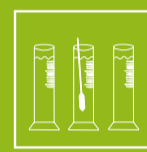
PLANER BERATER GUTACHTER



GEOTECHNIK



TIEFBAUPLANUNG



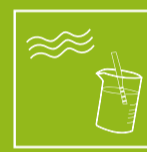
ERDBAULABOR



DEPONIEBAU



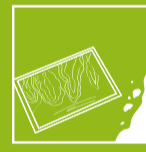
BAUGRUND
ERKUNDUNG



HYDROLOGIE



ALTLASTEN
ERKUNDUNG



GEORISIKEN



VERMESSUNG



RÜCKBAUPLANUNG
GEBÄUDESCHADSTOFFE



MONITORING



BEWEISSICHERUNG
ZUSTANDSERFASSUNG



IMMISSION



TRAGWERKS
PLANUNG



BETON
INSTANDSETZUNG

Startschuss für „Brennpunkt Batterie“

Lithium-Ionen-Batterien und -Akkus sind aus dem modernen Alltag nicht mehr wegzudenken: Im Jahr 2018 kamen 10.684 Tonnen dieser Kraftpakete in Geräten wie Handys, Laptops, E-Bikes in den Umlauf. Im vergangenen Jahr waren es schon 12.700 Tonnen, Tendenz steigend. Was viele Verbraucher nicht wissen: Jede dieser Batterien birgt eine potenzielle Gefahr in sich.

Mit der Kampagne „Brennpunkt Batterie“ wollen der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) und der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. (BDE) nun Verbraucher über die Gefahren durch falsch entsorgte Lithium-Ionen-Batterien aufklären und für den richtigen Umgang mit diesen Geräten werben. Der bayerische Auftakt fand kürzlich mit Staatsministerin a.D. Ulrike Scharf MdL und VBS-Präsident Otto Heinz in der GEO mbH am Flughafen München statt.

Wie Ulrike Scharf erklärte, seien Lithium-Akkus und -Batterien im wahrsten Sinne des Wortes brandgefährlich. Jede zweite Altbatterie in Smartphones, Spielzeug und anderen Elektrogeräten lande leider immer noch im Restmüll. Diese falsch entsorgten Lithium-Akkus und -Batterien stellen ein hohes Brandrisiko dar und schaden der Umwelt. „Ich unterstütze daher die bundesweite Initiative der privaten Entsorgungswirtschaft, um die Bereitschaft der Bürger zur fachgerechten Rückgabe zu steigern und damit die wiederverwertbaren Materialien im Kreislauf zu halten.“

Scharf setzt auf Aufklärung und Information. Bei Glas liege die Recycling-Quote bei nahezu 100 Prozent, demnach sollte alles andere auch richtig entsorgt werden können - insbesondere die brandgefährlichen Lithium-Ionen-Akkus und -Batterien. Für den Einsatz eines Pfands in Höhe von 50 Euro auf Elektrogeräte mit diesen Energiespendern kann sich die Landtagsabgeordnete jedoch im Gegensatz zum VBS nicht begeis-

tern. Aus ihrer Sicht hätte dies einen großen Verwaltungsaufwand zur Folge und treffe letztlich die Einzelhändler. Scharf plädierte für eine echte Kreislaufwirtschaft, um die wertvollen Rohstoffe rückzugewinnen und wiederverwenden zu können.

Laut VBS-Präsident Otto Heinz „unterstützen wir gerne die Kampagne unseres Bundesverbandes BDE, denn auch zahlreiche VBS-Mitgliedsunternehmen waren schon einmal von einem durch falsch entsorgte Lithium-Ionen-Akkus verursachten Brand betroffen. Die Schäden sind schon jetzt immens, und es grenzt wirklich an ein Wunder, dass solche Brände noch kein Menschenleben gefordert haben.“ Aus Sicht der mittelständisch geprägten privaten Entsorgungswirtschaft in Bayern bedürfe es sowohl einer Aufklärung der Verbraucher, damit diese ihr Verhalten ändern, als auch geänderter gesetzlicher Rahmenbedingungen.

Die Kampagne hat sich zum Ziel gesetzt, mit teils drastischen Bildern auf die fatalen Folgen falscher Entsorgung dieser Batterien und Akkus aufmerksam zu machen. Aufkleber auf Mülltonnen und Abfallbehältern werben zusätzlich mit der Warnung „Keine Akkus einwerfen!“ dafür, dass dort keine dieser gefährlichen Akkus/Batterien eingeworfen werden dürfen. Im Mittelpunkt stehen dabei diejenigen, die durch eine falsche Entsorgung am stärksten in Gefahr geraten können: die Mitarbeiter in den Sortieranlagen, Betriebshöfen und Müllfahrzeugen der Entsorgungsunternehmen. DK



eigenschenk
LEIDENSCHAFT
FÜR DAS PROJEKT

WWW.EIGENSCHENK.DE

VKU-Studie zur Sauberkeit im öffentlichen Raum:

Littering nimmt drastisch zu

Dramatisch gestiegen ist in den vergangenen Jahren die Verschmutzung in deutschen Städten und Gemeinden durch den achtlosen Umgang mit Abfall (Littering). In Deutschland fallen jährlich immer noch rund sechs Millionen Tonnen Plastikmüll an. Getränkebecher und andere Verpackungen wie Einweggeschirr und -besteck aus Imbissen oder Fast-Food-Restaurants werden nur kurzzeitig verwendet, im Schnitt zehn Minuten. Der Trend zum To-Go-Essen und Trinken stellt ein zunehmendes gesellschaftliches Problem dar. Es kommt vermehrt zu einer Vermüllung von Grünanlagen und zu einer Verschandelung der Städte.

Städte und Gemeinden in Deutschland zahlen jährlich rund 700 Millionen Euro, um Parks und Straßen von Zigarettenkippen, To-Go-Behältern und anderen Einwegplastik-Produkten zu reinigen sowie öffentliche Abfallbehälter zu leeren und die Abfälle zu entsorgen. Davon entfallen allein auf die Entsorgung von Zigarettenkippen rund 225 Millionen Euro. Für die Entsorgung von To-go-Behältern aus Plastik fallen rund 120 Millionen Euro pro Jahr an, so das Ergebnis einer im Auftrag des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) vom INFA-Institut für Abfall, Abwasser und Infrastruktur-Management durchgeführten Studie.

Dabei handelt es sich um die erste Analyse, die repräsentative und aktuelle Zahlen zu den Reinigungs- und Entsorgungskosten der Kommunen zur Verfügung stellt und nach den unterschiedlichen Abfallarten aufschlüsselt. Für die repräsentative

Studie wurden in 20 ausgewählten Klein-, Mittel- und Großstädten in Deutschland Abfälle aus Straßenpapierkörben und Kehricht analysiert und auf dieser Basis deren Entsorgungskosten ermittelt.

140 Liter Straßenmüll

Pro Einwohner und Jahr entsorgen die kommunalen Stadtreiniger in Deutschland knapp 140 Liter Straßenmüll. Das ist die Menge, die in Straßenpapierkörben, auf der Straße oder im Gebüsch landet. Ein Großteil dieser Abfälle sind mit mehr als 40 Prozent Produkte aus Einwegplastik und Verpackungen. Knapp 50 Prozent des Volumens machen Grünabfälle, Straßensplitt oder Sand aus. Das sind Abfälle, die umweltbedingt anfallen oder aus dem Winterdienst stammen und sich damit nicht vermeiden lassen.

Einwegkunststoffe wie To-Go-Lebensmittelverpackungen oder

Zigarettenkippen machen knapp 20 Prozent des Volumens aus. An den Kosten für die Beseitigung und Entsorgung dieser Kunststoffe im öffentlichen Raum sollen gemäß europäischer Einwegkunststoff-Richtlinie künftig die Hersteller in Zukunft finanziell beteiligt werden. Diese Kosten machen im deutschlandweiten Durchschnitt laut Studie rund ein Viertel der gesamten Entsorgungskosten aus.

Laut Bundesumweltministerin Svenja Schulze müssen saubere Parks und saubere Straßen das Ziel sein. Bisher müssten alle Bürgerinnen und Bürger über ihre Steuern und Gebühren für die Reinigung von Straßen und Parks zahlen. Es sei nur gerecht, künftig die Kosten anders zu verteilen, die Bürger zu entlasten und im Gegenzug die Einwegplastik-Hersteller zur Kasse zu bitten. Neben mehr Kostengerechtigkeit sollte aber auch ein Plus für die Umwelt dabei herauskommen.

Solide Datenbasis

„Ich bin dafür, dass das neue System die Kommunen auch dabei unterstützt, mehr Reinigungspersonal einzustellen, neue Kehrmaschinen anzuschaffen oder zusätzliche Papierkörbe und Aschenbecher aufzustellen“, betonte Schulze. „Mit dieser Studie haben wir zum ersten Mal eine solide Datenbasis. Weitere Schritte müssen folgen, bevor dieses neue System an den Start gehen kann: eine gesetzliche Grundlage durch den Bundestag, Leitlinien der EU-Kommission und Gespräche mit den Einwegplastik-Herstellern. Die gute Nachricht ist: Ein Teil des Einwegplastiks wird bereits im nächsten Sommer aus den Parks verschwinden: Denn dann tritt das Verbot von Plastiktellern und -besteck, Strohhalmen und Styroporbechern in Kraft.“

Nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds benennt die veröffentlichte Studie des VKU erstmalig die für die kommunale Entsorgung entstehenden Kosten und stellt damit eine solide Grundlage für eine gerechte Ausgestaltung der künftigen Beteiligung der Hersteller von Einwegprodukten an den Kosten der Stadtreinigung, dar. Allerdings sei für Hersteller von beispielsweise Pizzakartons

Bayernweite Besonderheit:

Rufbus-Flyer in Brailleschrift

Besonderer Service des Landkreises Lichtenfels für ÖPNV-Nutzer mit Handicap

„Wir wollen gesundheitlich beeinträchtigten Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe und barrierefreie Nutzung unseres öffentlichen Personennahverkehrs ermöglichen“, unterstreicht Landrat Christian Meißner, Lichtenfels. „Zur Barrierefreiheit im ÖPNV zählt neben Infrastruktur und Fahrzeugen auch die Information der Fahrgäste. Deswegen haben wir unseren Rufbus-Flyer in Braille-Schrift herausgegeben. Eine Besonderheit auch insofern, als dass der Landkreis Lichtenfels damit noch ein Stück weitergeht, als die Neuerung des Personenbeförderungsgesetzes zum 1. Januar 2021 vorgibt.“

Sehr begrüßt wird diese Initiative vom Blinden- und Sehbehindertenberater des Bayerischen Blinden- und Sehbehindertenbundes für den Landkreis Lichtenfels, Rainer Hader: „Dieser Flyer ist für uns ein Schritt nach vorne. Ich finde es äußerst lobenswert, dass der Landkreis Lichtenfels hier eine Vorreiterrolle übernimmt und auf die Bedürfnisse von Menschen mit visuellen Beeinträchtigungen eingeht. Der Prospekt ist sehr gut gemacht. Mein Dank gilt insbesondere dafür, dass wir unsere Anregungen bei der Gestaltung mit einbringen konnten und der Landkreis Lichtenfels dafür stets ein offenes Ohr hat. Bei der Entwicklung solcher Projekte ist nur eine Zusammenarbeit zwischen Behörden und Betroffenen konstruktiv und zielführend.“

Zum 1. September 2020 erwei-

oder Kaugummis keine finanzielle Beteiligung vorgesehen. Daher sei es notwendig, dass alle litteringintensiven Produkte in die Herstellerverantwortung einbezogen werden.

Darüber hinaus müssten die Hersteller schon bei der Produktion von Waren auf Ressourceneffizienz, Recyclingfähigkeit und Umweltverträglichkeit achten. Die Entwicklung von innovativen kunststofffreien Alternativen beispielsweise für die Systemgastronomie und Imbissbetriebern sei ebenfalls in den Fokus zu rücken. Eine Nichtbeachtung müsse für Hersteller und Vertrieber finanziell spürbar sein.

Verstärkter Trend zu Einweg-Verpackungen aus Kunststoff

Wie Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, erläuterte, „nehmen die Städte jedes Jahr viel Geld in die Hand, um den öffentlichen Raum sauber zu halten. Auf verdreckten Straßen und Plätzen und in vermüllten Parks fühlt sich niemand wohl. Besonders Einweg-Verpackungen aus Kunststoff haben die Müllmenge weiter steigen lassen. Durch die Corona-Pandemie wurde dieser Trend noch verstärkt. Denn Restaurants konnten lange Essen und Trinken nur verpackt zum Mitnehmen anbieten.“

Finanziert werde die Stadtreinigung durch die Allgemeinheit, so Dedy. Deshalb sei es gut, dass nun konkrete Zahlen zur Menge des Abfalls und den Entsorgungskosten vorliegen. Auf dieser Grundlage müssten politisch die Weichen gestellt werden, damit sich die Hersteller an den Entsorgungskosten des Verpackungsmülls nach dem Grundsatz beteiligen: Wer bestimmte Einweg-Produkte und To-Go-Behälter herstellt und daran verdient, muss auch die Folgen bezahlen. Dabei sei sicherzustellen, dass dieses Geld vor Ort bei den Kommunen und ihren Entsorgungsbetrieben ankommt.

Die Städte und die kommunalen Betriebe entsorgen Dedy zufolge aber nicht nur Müll. Sie setzen sich auch dafür ein, die Müllmenge zu reduzieren. Neben Stadtreinigung, Müllabfuhr und Recyclinghöfen gebe es vielerorts auch Aktionstage, Sauberkeitsskampagnen und Angebote wie Abfallberatungen, Müllmelder-Apps sowie stadtweite Mehrwegbecher-Systeme. DK



Per Anhalter durch die Gemeinde

„Innerorts mobil in der Gemeinde Poppenricht“, damit hatte sich die Gemeinde Poppenricht vergangenes Jahr um Fördergelder des Landkreises Amberg-Weilburg beworben. Besser bekannt ist das Projekt unter dem Namen „Mitfahrbankerl“. Die Idee ist einfach: Gerade für Menschen, die kein Auto besitzen, z.B. Senioren, kann der Einkauf, der Besuch von Verwandten oder der Gang zum Friedhof schnell zur logistischen Herausforderung werden. Die Gemeinde Poppenricht hat hierfür im Gemeindegebiet verteilt mehrere Mitfahrbankerl als Treffpunkt für spontane Fahrgemeinschaften installiert. Das Konzept setzt auf ein enges soziales Geflecht des ländlichen Raums. Landrat Richard Reisinger ist voll des Lobes für das Projekt: „So wird Energie gespart und das soziale Miteinander gefördert.“ Unter seinem Vorsitz unterstützt der Nachhaltigkeitsrat des Landkreises Amberg-Weilburg dieses Projekt mit 1.000 Euro.

Unser Bild zeigt Landkreischef Reisinger (r.) mit Bürgermeister Roger Hoffmann.

Bild: Christine Hollederer

Ohne Müll entspannt chillen

Grillen, chillen, entspannt am Main liegen – nichts ist im Sommer in Würzburg so begehrt wie die Mainwiesen, die Grillplätze an der Feggrube oder der Platz am Alten Kranen. Doch so schön so ein Abend am Main ist, so unschön sind oft die Hinterlassenschaften: leere Flaschen, Verpackungen, Essensreste, Einweggrills...

25 Kubikmeter Müll sammeln die Mitarbeiter des Würzburger Gartenamtes allein an einem – vergleichsweise ruhigen – Partywochenende an den Hotspots in der Zellerau wie Sanderau und am Alten Kranen ein. Dies entspricht der Müllmenge, die eine vierköpfige Familie in zwei Jahren produziert.

Entsorgungskosten in Höhe von rund 13.000 Euro

Dabei lag der Müll nicht nur rund um die überfüllten Mülltüren, sondern auch verstreut über den gesamten Platz – insgesamt 1,6 Tonnen. Im vergangenen Jahr summierte sich die Müllmenge auf rund 150 Tonnen,

die für über 13.000 Euro entsorgt werden mussten.

17.000 Arbeitsstunden verbringen die Mitarbeiter des Gartenamtes jährlich damit, den Müll in den Grünanlagen zusammenzusammeln. Das sind zwölf Arbeitskräfte, die nichts anderes machen, als die Anlagen von Müll zu säubern. Denn obwohl die Stadt Würzburg in den vergangenen Jahren die Zahl der Mülltüren mehr als verdoppelt hat, liegt viel Abfall quer über die gesamten Plätze verstreut und muss händisch gesammelt werden.

Beim Einkauf auf die Verpackung achten

„Ich freue mich, wenn die Würzburgerinnen und Würzburger unsere Grünanlagen so begeistert nutzen“, sagt Gartenamtsleiter Dr. Helge Bert Grob. „Es wäre jedoch schön, wenn die Feiernenden auch ihren Müll wieder mitnehmen, oder beim Einkauf auf die Verpackung achten.“ Denn vieles, was einfach liegenbleibt, sind Einwegverpackungen. Um die Feiernenden zu unterstützen, überlegt die Stadt, am Wochenende extra Mülltüten zu verteilen. „Bitte hinterlassen Sie die Anlage wieder so, wie Sie sie auch gerne selbst vorfinden“, appelliert Grob: „Keiner möchte gerne im Müll feiern.“

Bereits vor rund zehn Jahren hat die Stadt Würzburg ein ähnliches Experiment gestartet. Damals wurden nach einer Partywochenende nur 15 Kubikmeter Müll gesammelt – zehn Kubikmeter weniger als jetzt.

Parallel ruft die Umweltstation das Projekt „Wilder Müll am Main“ ins Leben, bei dem der Mainbesucher für das Thema Abfallvermeidung und -entsorgung sensibilisiert werden soll. So soll die Verschmutzung der Mainwiesen im Sommer verringert werden. Der erste Schritt ist dabei eine Umfrage, mit der Informationen über das Verhalten und die Meinung der Mainbesucher zusammengetragen werden. □

Video zeigt Verkehrssünder in München:

Verkehrsregeln gelten nicht nur für Autofahrer

Geschätzte 25.000 Rotlichtverstöße am Tag allein durch Radfahrer

Gerade eben sorgte die Änderung der Straßenverkehrsordnung für hitzige Diskussionen bis in den Bundestag. Geschuldet ist das einer drastischen Verschärfung der Verkehrsregeln für Autofahrer besonders bei geringen Geschwindigkeitsüberschreitungen, die in Zukunft Millionen Führerscheine kosten könnte. Auch bei Rotlichtverstößen unter einer Sekunde gilt heute schon für Autofahrer eine Strafe von 90 EUR und 1 Punkt, bei Verstößen länger als einer Sekunde sogar 2 Punkte, ein Bußgeld von mindestens 200 EUR und 1 Monat Fahrverbot.

Wenn ein Radfahrer eine rote Ampel überfährt, werden bei einem Verstoß unter einer Sekunde lediglich 60 EUR Bußgeld sowie 1 Punkt fällig, bei über einer Sekunde sind es 100 Euro und 1 Punkt. Ein Fahrverbot bzw. den Führerscheinentzug gibt es für Fahrradfahrer nicht.

Aber: Verkehrsregeln sollen für mehr Verkehrssicherheit sorgen und dazu dienen, die einzelnen Verkehrsteilnehmer im Straßenverkehr zu schützen. Ein kleiner Auffahrunfall, welcher für Autofahrer oft glimpflich endet, kann bei Radfahrern für sie selbst oder für Fußgänger auch tödliche Folgen haben. Doch es sind nicht immer nur die Autofahrer, die nicht aufgepasst haben. Vermehrt bekommt man den Eindruck, dass Verkehrsregeln von Fahrradfahrern nicht eingehalten oder gar missachtet werden.

Rücksichtslose Missachtung

Das neueste Video „Verkehrssünder in der Stadt“, das jetzt vom Automobilclub Mobil in Deutschland e.V. veröffentlicht wurde, zeigt die rücksichtslose Missachtung von roten Ampeln durch Radfahrer in München und mahnt, dass Verkehrsregeln nicht nur für Autofahrer gelten.

Gefilmt wurde das Geschehen jetzt im Sommer an nur zwei Tagen (insgesamt sechs Stunden) an verschiedensten Kreuzungen und Ampeln in München. Das erschreckende Ergebnis sind Aufnahmen von Radfahrern, die ohne jegliche Rücksicht rote Ampeln überfahren und zum Teil Fußgänger und andere Verkehrsteilnehmer mit ihren riskanten

Manövern gefährden. Die bundesweiten Zahlen zeigen zwar, dass im vergangenen Jahr deutlich weniger Menschen im Straßenverkehr ums Leben kamen als in den Jahren zuvor, allerdings ist die Zahl der verunglückten Radfahrer um mehr als 11 Prozent gestiegen. Die Gesamtzahl der Unfälle, an denen Radfahrer beteiligt waren, lag für das Jahr 2019 bei knapp 1,3 Millionen. Das ist zum einen der schlechten Verkehrsplanung der Städte geschuldet, zum anderen aber auch der rücksichtslosen Fahrweise vieler Radfahrer.

Verkehrsregeln gelten für alle

„Wenn man die von uns dokumentierten Verstöße auf die ganze Stadt und 24 Stunden hochrechnet, gehen wir von rund 25.000 Rotlichtverstößen pro Tag durch Radfahrer aus. Eine wahnsinnige Zahl, die im Hinblick auf die Verkehrssicherheit sehr bedenklich ist. Es zeigt auch, dass Verkehrsregeln eben für alle Verkehrsteilnehmer gelten müssen und nicht nur für Autofahrer, die oftmals als einzige Verkehrssünder in der Stadt dargestellt werden“, betont Dr. Michael Haberland, Präsident des Automobilclubs Mobil in Deutschland e.V. „Hinsichtlich der aktuellen Situation greifen viele Menschen wieder auf das Fahrrad oder das Auto zurück. Die Steigerung von Verkehrssicherheit kann aber nur gelingen, wenn sich jeder einzelne an die Verkehrsregeln hält“, stellt Haberland fest.

Link zum Video „Verkehrssünder in der Stadt“: <https://youtu.be/QPEJfMacZhc> □

Öffentlicher Nahverkehr:

Bundesweite Kampagne #BesserWeiter gestartet

Nach dem coronabedingten Lockdown steigen deutschlandweit die Fahrgastzahlen in Bussen und Bahnen nur langsam wieder an. Deshalb intensivieren die Verkehrsunternehmen zusammen mit den politischen Akteuren im Bund, in den Ländern und in den Kommunen ihr Engagement, um möglichst schnell wieder viele Fahrgäste zurückzugewinnen. Die Gemeinschaftskampagne #BesserWeiter wirbt in den nächsten Monaten verstärkt um Vertrauen und für eine Rückkehr der Fahrgäste. Ziel ist es, so schnell wie möglich wieder das Vorkrisenniveau an Fahrgastzahlen zu erreichen, um weitere Einnahmenverluste der Branche zu vermeiden und die Klimaschutzziele im Verkehrssektor nicht zu gefährden.

Zwar ist Deutschland mittlerweile zu einer neuen Form der Normalität zurückgekehrt und der öffentliche Nahverkehr hat sein Angebot deutschlandweit wieder auf den regulären Betrieb hochgefahren. Allerdings bewegen sich die Fahrgastzahlen mit 50 bis 60 Prozent immer noch auf einem niedrigen Niveau, in der Hochphase der Ausgangsbeschränkungen brachen die Fahr-

gastzahlen sogar um etwa 80 Prozent ein.

Stärken kommunizieren

Vor allem für Gelegenheitsnutzer fehlen nach wie vor die Fahrtanlässe, denn es finden keine Großveranstaltungen statt und auch internationale Touristen kommen nur langsam und in deutlich kleinerer Anzahl nach

Deutschland zurück. Zudem arbeiten viele Berufspendler noch immer von zu Hause oder sind in Kurzarbeit, auch öffnen Schulen und Universitäten nur sehr eingeschränkt. Es gibt aber auch einige Fahrgäste, die ein höheres Ansteckungsrisiko vermuten und deshalb den ÖPNV meiden. Und das, obwohl bisher kein besonderes Infektionsrisiko in öffentlichen Verkehrsmitteln nachgewiesen worden ist und die Verkehrsunternehmen ihre Hygienemaßnahmen deutlich verstärkt haben. Die Kampagne #BesserWeiter will den Menschen diese diffusen Ängste nehmen und die Stärken des öffentlichen Nahverkehrs herausstellen.

„Wir stellen fest, dass mit fortschreitender Dauer der Maskenpflicht die Disziplin, die Maske auch wirklich und korrekt in Bus-

sen und Bahnen zu tragen etwas nachlässt. Wir haben daher die Kontrollen intensiviert und appellieren an unsere Fahrgäste, sich an die Regeln zu halten. Zu Beginn der Kampagne wollen wir unseren Kundinnen und Kunden nochmal deutlich machen, dass sie mit der Maske nicht nur sich, sondern auch Mitreisende schützen“, erläuterte VDV-Präsident Ingo Wortmann.

Um eine bundesweite Sichtbarkeit zu gewährleisten, setzen die Akteure auf zahlreiche Plakate und weitere Formate der Außenwerbung in ganz Deutschland. Ergänzt wird diese klassische Werbung durch entsprechende Online- und Social-Media-Kommunikation. Wortmann zufolge „wollen wir mit der Gemeinschaftskampagne verlorengegangenes Vertrauen bei den Fahrgästen zurückgewinnen und wieder mehr Menschen von Bus und Bahn überzeugen. Nur so können wir weitere Fahrgeldverluste vermeiden und die Klimaschutzziele erreichen.“

Nahverkehr fit für die Zukunft machen

Die Rückgewinnung von Fahrgästen ist aus Sicht von DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg ein entscheidender Faktor für die Verkehrswende und den Klimaschutz: „Der ÖPNV hat während des Lockdowns seine Systemrelevanz unter Beweis gestellt. Gute Angebote bei Bussen und Bahnen brauchen wir auch nach der Krise und zwar mehr denn je, um das Verkehrsaufkommen in den Ballungszentren zu bewältigen und die Mobilität in der Fläche zu gewährleisten. Langfristig führt an der Verkehrswende auch aus Gründen des Klimaschutzes und für mehr saubere Luft und mehr Lebensqualität kein Weg vorbei. Die Städte und Gemeinden setzen daher weiter auf den konsequenten Ausbau des ÖPNV. Damit sich die Menschen sicher fühlen und wir neue Fahrgäste gewinnen, müssen wir den Nahverkehr jetzt fit für die Zukunft machen. Dazu gehören gemeinsame Investitionen von Bund, Ländern, Kommunen und Verkehrsunternehmen in die Infrastruktur, moderne Fahrzeuge, Digitalisierung und mehr Komfort.“

Maskenpflicht ist unverzichtbar

Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, unterstrich die Relevanz eines leistungsfähigen Nahverkehrs für die Großstädte und Ballungsräume: „Die Städte wollen trotz Corona einen leistungsstarken ÖPNV sichern, der die Menschen umweltfreundlich zur Arbeit, zum Einkaufen oder nach

wurden und keine Bedenken gegen den Betrieb auf den existierenden Erprobungsstrecken bestehen. Ferner wird das EBA die Bescheide bei der Erteilung der Betriebsgenehmigung für zukünftige Anwendungsstrecken zu Grunde legen.

Max Bögl wird die Zusammenarbeit mit den Gutachtern und dem EBA fortsetzen, um auch für die Betriebsleitertechnik die Zulassungsfähigkeit zu erhalten und für weitere Komponenten ebenfalls positive Bescheide zu erlangen. Als nächster Schritt würde dann die Betriebsgenehmigung für eine erste Anwendungsstrecke des Transport Systems Bögl in Deutschland folgen. Die bereits erteilten Bescheide des EBA sind dafür wichtige Voraussetzungen. Aufgrund der kurzen Bauzeit und des hohen Vorfertigungsgrads der Systembestandteile, wäre nach Vorliegen der Baugenehmigung eine Realisierung und Inbetriebnahme des TSB in weniger als zwei Jahren möglich.

Von besonderer Bedeutung ist auch die internationale Anerkennung des Eisenbahn-Bundesamts für die von ihm garantierten höchsten Standards. Das eröffnet die Möglichkeit vereinfachter Zulassungsverfahren in anderen europäischen Ländern. Außerdem werden auch die chinesischen Behörden bei ihrer Zulassung des TSB in China die vom EBA geprüften technischen Unterlagen berücksichtigen. Unterstützt wird die Firmengruppe Max Bögl dabei vom chinesischen Kooperationspartner Xinzhu.

Modernste ÖPNV-Lösung

Mit dem Transport System Bögl bietet Max Bögl die zurzeit modernste Lösung für den öffentlichen Personennahverkehr an. Das System schwebt leise und berührungslos auf einem schlangenfahrweg, der sich in aufgeständerten, ebenerdiger oder unterirdischer Bauweise gut in urbane Räume einfügt.

Durch das Angebot aus einer Hand, von der Planung, über Fertigung und Bau bis zum Betrieb, werden sehr kurze Realisierungszeiten erreicht, wodurch das TSB rasch zur Entlastung des Verkehrs im städtischen Umfeld beitragen kann. Dabei passt es sich durch den fahrerlosen, vollautomatischen Betrieb flexibel an den jeweiligen Transportbedarf an und ist rein elektrisch unterwegs.

Weitere Informationen: www.transportssystemboegl.com

Eisenbahn-Bundesamt:

Grünes Licht für das Transport System Bögl

Das Transport System Bögl (TSB) hat vom Eisenbahn-Bundesamt (EBA) für wesentliche Teile des Fahrzeugs und des Fahrwegs die Zulassung erhalten, dass diese die Anforderungen erfüllen und damit zulassungsfähig sind.

Die Bescheide des EBA sind das Ergebnis einer effizienten Zusammenarbeit zwischen den Ingenieuren von Max Bögl, den für die Magnetbahn, die Infrastruktur und die Fahrzeuge verantwortlichen Mitarbeitern des Eisenbahn-Bundesamts und den vom EBA bestellten Gutachtern. Max Bögl hat die neue TSB-Magnet-

bahn-technik von Beginn an konsequent auf höchste Sicherheitsstandards hin entwickelt.

Das EBA und die bestellten Gutachter bestätigten nun, dass die getroffenen Annahmen richtig sind, die Unterlagen für die Nachweisführung vollständig sind, die Prüfungen norm- und anforderungsgerecht durchgeführt



Die neue TSB-Magnetbahntechnik erfüllt höchste Sicherheitsstandards. Bild: Firmengruppe Max Bögl

Mehr Schulbusse für mehr Abstand

Um Schülerinnen und Schüler im neuen Schuljahr auf mehr Busse zu verteilen und damit die Sicherheit vor einer Ansteckung mit dem Corona-Virus im Schülerverkehr zu erhöhen, hat der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigt, zusätzliche Busse einsetzen zu wollen. Die Kosten für den Einsatz von Verstärkerbussen, die von den kommunalen Aufgabenträgern bestellt werden müssen, werden zu 100 Prozent vom Freistaat übernommen.

Der LBO begrüßt Söders Ankündigung, die Auslastung des Schülerverkehrs durch zusätzliche Verstärkerbusse abmildern zu wollen. Eine in den vergangenen beiden Wochen durchgeführte Abfrage des LBO bei den rund 1.000 Busunternehmen in Bayern über kurzfristig mobilisierbare Fahrzeug-Kapazitäten hat ergeben, dass bayernweit aktuell rund 650 Omnibusse als Reserve zur Verfügung stehen, die im Schülerverkehr als Verstärkerbusse eingesetzt werden könnten.

Wichtige Schutzmaßnahme

Omnibusse sind das am meisten genutzte Verkehrsmittel für den Schulweg. In Bayern werden täglich 1,3 Millionen Schüle-

rinnen und Schüler mit Bussen in die Schule bzw. Ausbildungsstätte gebracht. „Infektionsschutz beginnt nicht erst im Klassenzimmer. Deshalb sind Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie auch auf dem Schulweg wichtig. Auch in Schulbussen gilt zwar bayernweit, wie im gesamten Nahverkehr, eine Mund-Nasen-Bedeckungspflicht für Kinder ab sieben Jahren. Doch der beste Schutz vor Ansteckung ist immer noch Abstand. Die Kostenzusage des Freistaats ermöglicht es den Aufgabenträgern, durch die Anmietung aktuell nicht benötigter Reisebusse diese wichtige Schutzmaßnahme im Schulbusverkehr umzusetzen“, so LBO-Geschäftsführer Stephan Rabl. □

Bayerns schöne Landschaften neu entdecken

Mit den Karten der Bayerischen Vermessungsverwaltung herbstliche Wanderungen und Radtouren planen

Wenn der farbenfrohe Herbst mit seinen angenehmen Temperaturen die Outdoorfans in die Natur lockt, dann ist das jedes Jahr ein wunderbares Erlebnis. Gerade auch in Zeiten, in denen wir nicht in die Ferne schweifen, sondern lieber Ausflüge in der näheren Umgebung unternehmen und zu Hause bleiben, stellen wir fest: Bayern hat viel zu bieten!

Mit den Karten der Bayerischen Vermessungsverwaltung ist es ganz einfach, unser schönes Daheim mit der malerischen Landschaft und der unberührten Natur sowie mit den vielen einzigartigen Sehenswürdigkeiten und attraktiven Freizeitmöglichkeiten neu zu entdecken. Das vielfältige Kartenangebot der Bayerischen Vermessungsverwaltung wird allen Wünschen gerecht und macht die Tourenplanung leicht. Das Angebot an gedruckten und digitalen Karten ist genau auf die geplanten Aktivitäten zugeschnitten.

Die Karten aus der Serie „ATK25“ (Amtliche Topographische Karte im Maßstab 1:25 000) sind sehr detailliert und optimal für Spaziergänge, Wanderungen und Radtouren geeignet. Alle Karten dieser Serie enthalten das komplette Netz der ausgeschalteten Wander- und Radwege in Bayern. Auch Freizeiteinrichtungen und Sehenswürdigkeiten sind eingetragen. Die Karten aus der Serie „UK50“ (Umgebungskarte im Maßstab 1:50 000) zeigen einen größeren Gebietsausschnitt und eignen sich besonders gut für Radtouren. Neben dem aktuellen Wander- und Radwegenetz enthalten auch diese Kartenblätter viele spannende Freizeitinformatios und ausgewählte Sehenswürdigkeiten.

Für alle, die sich einen weiträumigen Überblick für größere Touren verschaffen wollen, sind die Karten aus der Serie „ATK100“ (Amtliche Topographische Karte im Maßstab 1:100 000) genau das Richtige. Diese Karten eignen sich vor allem für Power-Radfahrer, die gerne mehrtägige Touren unternehmen. Charakteristisch für diese Karte sind die übersichtliche Darstellung einer größeren Region sowie zahlreiche eingetragene Freizeiteinrichtungen und Sehenswürdigkeiten.

Der BayernAtlas ist der kostenfreie und präzise digitale Kartendienst für den Freistaat. Er ist im Internet unter www.bayernatlas.de jederzeit abrufbar. Der BayernAtlas enthält u.a. topaktuelle Karten und Luftbilder, historische Karten, eine inhaltsreduzierte Ausgabe der Flurkarte, dreidimensionale Gelände- und Gebäudedaten sowie saisonale Themenkarten, auf denen z.B. Freibäder, Tierparks oder Hütten verzeichnet sind. Selbst gewählte Kartenausschnitte können neuerdings auch direkt auf das Smartphone heruntergeladen und offline genutzt werden, wenn z.B. das mobile Datenvolumen aufgebraucht ist.

Alle Karten der Bayerischen Vermessungsverwaltung mit ihrem detaillierten Angebot an Freizeitmöglichkeiten sind hochaktuell, exakt, vollständig und zuverlässig. Sie sind der ideale Begleiter für Urlaub, Ferien und Freizeit. □

Hause bringt. Nur so wird uns die Verkehrswende gelingen: mit weniger Autofahrten, mehr Radverkehr und möglichst vielen Menschen, die Bus und Bahn nutzen. Corona darf die Verkehrswende nicht ausbremsen. Der ÖPNV ist nicht der Corona-Transporteur. Die Menschen müssen dem ÖPNV vertrauen können, dazu müssen wir uns alle an die Maskenpflicht halten und sie ernst nehmen. Masken machen den ÖPNV noch sicherer. Die meisten haben das verstanden.“

Dr. Jörg Sandvoß, Vorstandsvorsitzender von DB Regio, hob den gewachsenen Zusammenhalt der gesamten Branche durch die Corona-Pandemie hervor: „Vor Corona können wir uns nur gemeinsam schützen. Die Deutsche Bahn informiert ihre Fahrgäste umfassend und setzt Präventionsteams ein, um weiterhin für die Risiken zu sensibilisieren. Wenn sich alle an Hygieneregeln und Maskenpflicht halten, was die Mehrheit gewissenhaft macht, kommt jeder gesund ans Ziel. Das Fehlverhalten einer kleinen Minderheit von Maskenverweigerern ist nicht akzeptabel. Daher wird verstärkt kontrolliert und wir sind uns mit der Politik einig, dass Verstöße konsequent geahndet werden müssen.“ Sandvoß bedankte sich ausdrücklich auch bei der öffentlichen Hand für ihr proaktives Engagement.

Im Herbst soll das Werben um das Vertrauen der Fahrgäste noch einmal neue Impulse erhalten. Dann ist eine deutschlandweite Bekennerkampagne unter der Überschrift „Ich bin Wieder-einsteiger“ geplant. DK

Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung

Gute Karten für besondere Momente

Freizeitkarten

Bayern Atlas

- amtlich und aktuell
- mit Freizeittipps
- Rad- und Wanderwege
- erhältlich im Buchhandel und Internet

- mit Freizeittipps
- Rad- und Wanderwege
- historische Karten
- kostenfrei
- mit 3D-Ansicht

www.lbbv.bayern.de
www.bayernatlas.de

Rekultivierung des ehemaligen südlichen Wackersdorfer Braunkohlereviere:

Rekultivierungsflächen bekommen grünes Kleid aufgesprüht

Bauabschnitt 02 auf dem Westfeld rund um den wieder erstandenen Irlacher See voll im Zeitplan

Die Arbeiten zur Rekultivierung des Westfelds bei Wackersdorf auf dem rund fünf Hektar großen nördlichen Bauabschnitt 02 unterhalb des Geotops nähern sich ihrem grünen Ende und liegen damit etwas vor dem Zeitplan.

Daher konnten die in den letzten rund 12 Monaten entstandenen Rekultivierungsflächen im Westfeld-Bauabschnitt 02 rund um den wieder erstandenen Irlacher See schon in der ersten Augustwoche ihr grünes Finish bekommen. Ziel ist ein extensiv zu bewirtschaftender, naturschutzfachlich wertvoller Magerrasen. Die Arbeiten zur großflächigen Nass-Ansaat werden im Auftrag von Uniper von einem darauf spezialisierten Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen ausgeführt.

Nass-Ansaat-Verfahren

Die jetzt zu begrünenden Flächen umfassen rund 40.000 m² (vier Hektar), die mit einem speziellen Landschafts-/Magerrasen-Substrat angesprüht werden. Über die Ansaatschicht werden Kokosmatten verlegt, die mit Holznägeln dauerhaft auf den Boden geheftet werden. Pro Quadratmeter werden rund 115 Gramm Nass-Ansaat-Emulsion auf die Rekultivierungsschicht gespritzt. Die homogene Emulsion besteht aus einem Gemisch von Saatgut (unter anderem mit Kräutern und Winterroggen), Dünger-, Bodenhilfs- und Bodenverbesserungsstoffen.

Das Nass-Ansaat-Verfahren zur Begrünung der Rekultivierungsflächen im Westfeld wurde deshalb gewählt, weil die entstandene Hügellandschaft schwer erreichbare und nicht befahrbare Flächen ausweist. Das grüne Deckkleid soll die Flächen zuverlässig und dauerhaft begrünen und vor Erosion schützen. Die entsprechende Begrünungsrezeptur ist auf den Standort angepasst worden. Von einem Hydroseeder (Spezial-LKW) aus spritzen Mitarbeiter mittels Schlauchleitungen und Strahlrohr über spezielle Düsen die Anspritz-Emulsion auf die Flächen. Für eine homogene Anspritzmasse sorgt ein Rührwerk auf dem LKW, so dass

ein gleichmäßiges Begrünungsergebnis entsteht.

Mit der Begrünung der Flächen kann der Bauabschnitt 02 des Westfeld-Rekultivierungsprojekts an die schon seit einigen Jahren bestehenden Naturflächen des Bauabschnitts 01 angebunden, sowie in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild, integriert werden.

Arbeitsschutzanforderungen

Die Begrünung der Rekultivierungsflächen des Bauabschnitts 02 im Westfeld bildet den baulichen Schlusspunkt der im Frühjahr 2019 begonnenen Arbeiten. Die Oberpfälzer Firma Kassecker hat mit großer Sorgfalt und Termintreue unter Beachtung der bei Uniper geltenden hohen Arbeitsschutzanforderungen, die durch die CoVid-19-Pandemie noch zusätzlich verschärft wurden, die Rekultivierungsarbeiten bis aufwendige Restarbeiten vorzeitig fertiggestellt. Sichtbare Zeichen sind die neu modellierte, sanfte Hügellandschaft rund um den in einem befestigten Becken wiedererstandenen ehemaligen Irlacher See, an der mit rund 30 Meter tiefsten Stelle des Westfelds. Der Irlacher See dient als Sickerwassersammler. Diese Wässer werden über die vier hochmodernen, neuen Saugpumpenschächte in die Wasseraufbereitungsanlage gepumpt und von dort, entsprechend den behördlichen Vorgaben, gereinigt in den Knappensee weitergeleitet.

Gestaltung einer neuen Landschaft

Während der vergangenen eineinhalb Jahren wurde systematisch eine neue Landschaft im Bauabschnitt 02 gestaltet. Dabei wurden die ehemaligen intensiv industriell und bergmännisch genutzten Flächen abdichtet und die Oberfläche

durch einen in Schichten angelegten Aufbau des Rekultivierungsbodens neu gestaltet, mit dem Ziel, der Region ökologisch wertvolle Landschaften zurückgeben zu können.

Natürliche Abdichtung mit geotextilem Verbundstoff

Für den Aufbau der Abdichtung und Modellierung des Bauabschnitts 02 wurde zu Beginn mit 50.000 m³ Material eine Befahrungsschicht unterhalb der Dichtungsebene angelegt. Als Ausgleichsschicht für die Dichtungsmatten wurden 6.000 m³ Material verbaut. Darüber kamen auf 35.000 m² sogenannte geosynthetische Ton-Dichtungsbahnen aus Bentonit. Dieser geotextile Verbundstoff hat sich als natürliche Abdichtung gegen Flüssigkeiten, wegen seiner schnellen und sicheren Dichtwirkung und durch die sehr gute Quellfähigkeit, bewährt. Ein Zentimeter der Dichtungsbahn aus Bentonit (einem vulkanischen Tonmineral) ersetzt eine herkömmliche Tonabdichtung mit einer Stärke von rund einem halben Meter.

Über die dichtende Matte wurden in bis zu 1,2 Meter Stärke verschiedene Bodenschichten, wie rund 4.000 m³ mineralische Sand-Schutzschicht, 8.000 m³ Wurzelhemmschicht und 40.000 m³ Bewuchsschicht (Oberpfälzer Mutterboden) aufgetragen.

240.000 Tonnen Rekultivierungsböden

Insgesamt mussten aus der Region rund 240.000 Tonnen Rekultivierungsböden per LKW antransportiert werden. Die Transportwege konnten im Sinne von Klimaschutz und Ressourcenschonung kurzgehalten werden. Die Böden wurden vor dem Einbau entsprechend der behördlichen Auflagen systematisch geprüft und gegebenenfalls zusätzlich aufbereitet.

Zur Abdichtung der neben den Befahrwegen verlaufenden Gräben wurden 7.000 m² Kunst-



Per Hochdruckschlauch wird die homogene Ansaat-Emulsion von einem Mitarbeiter der Spezialfirma aus Nordrhein-Westfalen auf die rekultivierten Flächen des Westfeld-Bauabschnitts 02 aufgesprüht. Da die Flächen an einigen Stellen recht steil sind, werden zur dauerhaften Sicherung gegen ungewollte Witterungseinflüsse Kokosmatten darübergelegt, die mit Holznägeln im Erdbereich befestigt sind. Die angesäten Pflanzen wachsen durch die Matten durch.

Bild: Jan Kiver, 2020

stoffdichtungsbahnen verlegt und mit Wasserbausteinen gesichert. Die Böschungen des wieder erstandenen Irlacher Sees sind mit rund 12.000 Tonnen Wasserbausteinen gesichert worden.

Investitionen von über zehn Millionen Euro

Über zehn Millionen Euro investierte Uniper allein in diesen zweiten Rekultivierungsabschnitt. Neben diversen regionalen Zulieferfirmen waren rund 20 Mitarbeiter von Kassecker, Uniper, sowie den Gutachter-, Planungs- und Überwachungsbüros mit den Arbeiten vor Ort beschäftigt. Auch der eingesetzte Maschinenpark, zur Qualitätskontrolle, zum großen Teil satellitengesteuert, war beeindruckend:

Mehrere Radlader in unterschiedlichen Gewichtsklassen für den Massenumschlag und zur Bodenaufbereitung, Kettenbagger mit diversen Anbauwerkzeugen, ein kalibrierter Walzenzug mit GPS-überwachter Verdichtungskontrolle, eine „Schneekanone“ und Traktoren mit Wassertanks zur Befeuchtung und Staubbinderung, sowie die bei Großbaustellen obligatorische Reifenwaschanlage für die Transportfahrzeuge waren im Einsatz.

Hintergrund

Insgesamt sieben Jahrzehnte war das Wackersdorfer Braunkohlerevier von bergmännischer Nutzung geprägt. Die Rekultivierung der Westfeld-Flächen lag bei der ehemaligen Bayerischen Braunkohleindustrie (BBI), dem Bayernwerk und E.ON, von der Uniper die Aufgabe übernommen hat. Das Rekultivierungsprojekt wurde 2002 gestartet. Der Abschluss ist bis Ende 2022 in mehreren Etappen vorgesehen.

Auf dem insgesamt gut 80 Hektar großen, ehemals weitgehend ebenen südlichen Wackersdorfer Braunkohle-Tagebaugelände Westfeld wurden während der Betriebszeit des Kraftwerks Schwandorf-Dachelhofen (1930-2002) der im Kraftwerk benötigte Brennstoff Braunkohle erst abgebaut und in Teilbereichen später eigene und tschechische Braunkohlelieferungen gelagert. Die ausgekohlten Tagebaugruben wurden mit Abraum aus dem Braunkohleabbau und mit Kraftwerksasche sowie im Bereich des heutigen Westfeld-Damms mit Bauschutt und Abbruchmaterial einer ehemaligen Brikettfabrik und des Schwandorfer Kraftwerks verfüllt. Seit 2009 dient das Areal des Westfeld-Damms zum Teil als Lagerplatz für die benötigten Baumaterialien zur Rekultivierung des Westfeldes.

Im Zuge des Rekultivierungs-

vorhabens wird insbesondere auch das vorhandene Entwässerungssystem und die Sickerwasseraufbereitung für das Westfeld grundlegend modernisiert und ausgebaut. Neben dem Sickerwassersammelbecken (kurz: Sickerwassersammelbecken bzw. Irlacher See), das sich an der tiefsten Stelle des Westfelds (-30 Meter) befindet, wurden vier großvolumige Saugpumpenschächte mit modernen Hochleistungs-Saugpumpen installiert. Auch die Aufbereitung von verunreinigtem Sickerwasser möchte Uniper soweit wie möglich energie- und ressourcenschonend gestalten. Dazu unterstützt Uniper am Standort Westfeld ein zukunftsweisendes Umweltforschungsprojekt der Base Technologies GmbH, einem Umweltechnologie-spezialisten aus München, in Kooperation mit der Universität Bayreuth und mit Förderung der renommierten Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU). Ziel des Projektes ist die Einführung und Weiterentwicklung einer naturnahen und nachhaltigen Technologie zur Wasseraufbereitung unter vollständigem Verzicht auf den Einsatz von Energie und Chemikalien. Eine innovative mehrstufige Versuchsanlage arbeitet seit 2017 auf dem Westfeld und belegt die Möglichkeit eines dauerhaften, sicheren Betriebs einer solchen

passiven Reinigungsanlage unter realen Bedingungen. Uniper beabsichtigt die Beantragung einer deutschlandweit ersten passiven Großanlage als nachhaltige Alternative zur bestehenden Sickerwasseraufbereitungsanlage. Mit der vorliegenden Datenbasis konnte durch Base Technologies in enger Kooperation mit den zuständigen Behörden bereits die Genehmigungsplanung angestoßen werden.

Auch für die Regenwassersammlung werden drei neue Pumpenschächte zur Sammlung des Oberflächenwassers in den Rekultivierungskörper gesetzt. Über diese wird künftig das saubere Regenwasser zum Teil mit Pumpen in Regenrückhaltebecken gesammelt und über den Entwässerungsgraben Nord weiter in das Naturschutzgebiet Hirtlohwieher geleitet. Das Grabensystem in Richtung Hirtlohwieher wird durch Rückbau von Verrohrungen und Überbauungen umgestaltet. Dadurch verbessern sich dessen Gestalt und die Gewässerökologie spürbar. Zudem wird es als wichtiger Baustein zur Verbesserung des Hochwasserschutzes, z. B. bei Starkregenereignissen, für das Gemeindegebiet Wackersdorf mit Herstellung naturnaher Retentionsräume und Überschwemmungsflächen im Westfeldgelände angepasst und ausgebaut. JK

Baumschulen schlagen Alarm

Viele Baumarten können dem Klimawandel nicht trotzen

Angesichts massiv absterbender Baumbestände an den Straßen, den Parks und den Wäldern, fordert der Bund deutscher Baumschulen (BdB) eine nationale Plattform zur Identifizierung von Zukunftsbäumen

„Was wir gerade erleben, ist eine Katastrophe. An vielen Standorten verlieren wir unsere heimischen Baumarten. Nicht nur Buchen und Birken fallen der Hitze und der Trockenheit zum Opfer. Selbst Eichen und Kiefern sterben vielfach ab. Andere Baumarten werden von Schädlingen heimgesucht, die der Klimawandel begünstigt; so etwa die auch für den Menschen gefährliche Rindenrößkrankheit beim Ahorn“, erläutert der Hauptgeschäftsführer des BdB, Markus Guhl.

„Wenn man bedenkt, dass es Jahre und Jahrzehnte dauert, bis ein neuer Baumbestand ausgewachsen ist, müssen wir heute genau überlegen, welche Baumarten und -sorten den Klimawandel überstehen“, so Guhl. Zwar seien die Baumschulen zusammen mit einigen gartenbaulichen Versuchsanstalten und kommunalen Experten dabei, Praxistests zu absolvieren, aber das genüge bei weitem nicht.

„Wir brauchen eine nationale Forschungsplattform, die ein deutschlandweites Testnetz ermöglicht. Dazu gehört auch, großflächig Baumbestände zu erfassen und in eine solche Platt-

form einzuspeisen. Wir müssen rasch handeln, um jene Bäume zu finden, die künftig in unseren Städten, der freien Natur und den Wäldern wachsen und ihre Funktion erfüllen“, fordert Guhl.

Guhl sieht die Politik in der Pflicht, die finanziellen Mittel für die Gehölzforschung bereitzustellen. Der Bund sollte daher rasch handeln und Gelder zur Verfügung stellen. Dabei geht es nicht nur um die Ausweitung der Tests, sondern auch um einen vom Bund getragenen Lehrstuhl zur Forschung an Zukunftsbäumen.

„Aber es geht nicht nur ums Geld. Viel zu lange haben wir darüber diskutiert, ob man in Deutschland nur heimische oder gar die noch weiter ausdifferenzierten gebietsheimischen Gehölze pflanzen darf. Heute müssen wir sagen: die Wirklichkeit schlägt wieder einmal die Ideologie. Wir müssen daher die gesamte Sortimentsbreite der Baumschulen nutzen, um zu zukunftsgerechten Lösungen zu kommen. Sicher ist dabei eines: den einen Zukunftsbaum wird es nicht geben. Alles hängt auch künftig vom Standort ab“, resümiert Guhl. □

Ganz Bayern in einer Stunde

TV BAYERN
LIVE

samstags 17:45 Uhr auf RTL
& sonntags auf allen 14 bayerischen Regional-TV-Sendern

www.tvbayernlive.de



Empfangbar im Kabel, über Magenta TV & via Satellit auf RTL Bayern



Lindner Unitrac 112 im Wintereinsatz.

Bild: Lindner

Stadt Würzburg:

Baustart für die Grün- und Freizeitanlage

Mit den Arbeiten an der Grün- und Freizeitanlage, eines der großen Bauprojekte in der Lindleinsmühle, wurde aktuell begonnen. Die Anfänge liegen schon fünf Jahre zurück, mit der Aufnahme des Stadtteils in das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ im Juni 2015. Zu Beginn wurde ein integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept erarbeitet. Es dient als Grundlage für alle weiteren Planungen. Im Bereich Neumühle geht es darum, die Freizeit- und Erholungsqualität zu stärken. Daher wurde in diesem Bereich die Entwicklung einer Grün- und Freizeitanlage als wichtige Maßnahme definiert.

Die Standortwahl fiel auf die Trainingsgemeinschaft, Schulen bestehende Grünanlage, die, abgesehen von einem Bolzplatz, weitgehend ungenutzt war. Die neue Anlage umfasst nicht nur die Schaffung von attraktiven Spiel- und Aufenthaltsbereichen, sondern auch den Bau einer Parkouranlage. Diesen Wunsch brachten Jugendliche im Rahmen des Projektes „Stadtteil-Checker“ des Stadtjugendrings sowie der Bürgerwerkstätten ein.

Zunächst als Maßnahme im Rahmen der „Sozialen Stadt“ angedacht, wurde die Grün- und Freizeitanlage Neumühle 2017 in das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Zukunft Stadtgrün“ aufgenommen. Die Kosten für die geförderte Gesamtmaßnahme betragen ca. 770.000 Euro.

Einbindung der Parkour-Akteure

Parkour bezeichnet eine Fortbewegungsart, deren Ziel es ist, eine Wegstrecke möglichst schnell, kreativ und effizient zu überwinden. Nur mit den Fähigkeiten des eigenen Körpers bahnt sich der Parkourläufer seinen individuellen Weg durch den städtischen oder natürlichen Raum. Die Sportart erfreut sich zunehmender Beliebtheit. In Würzburg gibt es eine spezielle

Trainingsgemeinschaft, Schulen bauen entsprechende Elemente in ihren Sportunterricht ein und auch im Hochschulsport ist Parkour vertreten. Da die neue Anlage eine hohe Attraktivität für die Würzburger Parkour-Akteure besitzen soll, wurden sie aktiv beteiligt und eng in den Planungsprozess eingebunden.

Generationsübergreifende Fitnessangebote

Der bestehende Zugang im Westen der Grün- und Freizeitanlage wird barrierefrei ausgebaut. Grundgerüst der Anlage ist ein asphaltierter geschwungener Rundweg. Er verbindet die unterschiedlichen Bereiche und fasst sie räumlich. Gleichzeitig stellt er aber auch eine klare Zonierung zwischen der Parkouranlage, den generationsübergreifenden Fitnessangeboten und der allgemeinen Grünanlage mit multifunktionaler Nutzung her. Im Eingangsbereich sind Abstellplätze für Fahr- und Lastenräder vorgesehen. Außerdem steht dort künftig von Frühjahr bis Herbst eine barrierefreie mobile Toilettenkabine.

Der Parkourbereich erhält einen fugenlosen Fallschutzbelag auf dem verschiedene Stangen- und Wandelemente aus Beton und Stahl angeordnet sind. In einer separaten Fläche befinden

Landkreis Dillingen startet Projekt „Unser Landkreis blüht auf“

Den Lebensraum und das Nahrungsangebot für heimische Insekten wie Bienen, Hummeln und Schmetterlinge zu verbessern, dieses Ziel verfolgt der Landkreis Dillingen mit dem landkreisweiten Projekt „Unser Landkreis blüht auf“. Monotone, arbeitsintensive Rasenflächen sollen zu ästhetischen, naturnahen und pflegereduzierten Blühflächen werden.

Bereits im Mai startete ein Teilprojekt unter fachlicher Begleitung in der Stadt Dillingen mit einem Projekttag. Daneben sind die Städte Wertingen, Höchstädt a.d. Donau und Lauingen (Donau) sowie die Gemeinde Syrgenstein beteiligt. Landrat Leo Schrell freut sich mit den jeweiligen Bürgermeistern über die Impulse und die naturschutzfachliche Aufwertung, die die öffentlichen Grünflächen in den Kommunen durch das Projekt erfahren. Im Verlauf der Projekttag erhalten die zuständigen Mitarbeiter der Projektgemeinden eine Praxisschulung für die fachgerechte Bearbeitung der Blühflächen.

Im Vorfeld des Projekttag werden die ausgewählten Flächen vorbereitet und angesät. Am Gesamtprojekt sind neben den Kommunen der Landschaftspflegeverband Donaualt-Aktiv e.V., Gartenbau- und Imkervereine, der Bund Naturschutz, Schulen, Kindergärten sowie interessierte Privatpersonen, aber auch Unternehmen und kommunale Dienstleister wie Zweckverbände beteiligt. Im vergangenen Jahr hat der Landkreis als erste Initiative rund 15.000 Saatgut-Tütchen, vor allem auch an Privatpersonen, ausgegeben, die in ihren privaten Gärten sogenannte Blühflächen angelegt haben. □

Vielseitige Geräteträger für moderne Kommunen

Stufenlose Kommunalprofi-Technologie „Made in Austria“

In jedem Transporter und Traktor von Lindner stecken 200 Stunden österreichische Wertarbeit. Europäische Premiumkomponenten machen die Fahrzeuge zu hocheffizienten und vielseitigen Geräteträgern für moderne Städte und Gemeinden. Jetzt gibt es den Lintrac 130 und den Unitrac 112 LDrive als hochwertig ausgestattete Kommunalprofi-Modelle „Made in Austria“ zum Sonderpreis.

Wendig, stufenlos, sehr sauber und leicht zu bedienen: Dafür stehen der Lintrac 130 und der Unitrac 112 LDrive des Tiroler Familienunternehmens Lindner. „In jedem unserer Traktoren und Transporter stecken über 200 Stunden österreichische Wertarbeit. 95 Prozent der Wertschöpfung bleiben in Europa“, betont Geschäftsführer Hermann Lindner.

Sauberste Motorentechnologie

In den Lintrac 130 baut Lindner den besonders sauberen und sparsamen Perkins-Syncro-Motor der Stufe 5 ein. Dieser ist mit der Abgasklasse EURO 6 vergleichbar. Mit 3,6 Liter Hubraum und 100 kW Leistung (136 PS) sowie einem enormen Drehmoment von 530 Nm ist der Lintrac 130 der stärkste stufenlose Lindner-Traktor. Das stufenlose TMT11-ZF-Getriebe kommt aus Steyr. Seine Stärke spielt die Maschine (Nutzlast rund 3,5 Tonnen) bei schweren Zugarbeiten aus, der Lintrac 130 eignet sich aber auch hervorragend für die Arbeiten mit größeren Schneepflügen oder Fräsen. Mit gefederter Vorderachse fährt er auf Wunsch 50 km/h. Für Wendigkeit sorgt die 4-Rad-Lenkung. Der kommunale Lintrac 130 „Made in Austria“ ist zum Sondernettopreis von 119.000 Euro erhältlich (u.a. mit drei Jahren Werksgarantie, gefederter Vorderachse und Kommunalbereifung).

den sich drei Fitnessgeräte, die von Personen unterschiedlicher Altersgruppen genutzt werden können. Den Impuls für dieses generationsübergreifende Angebot gab der in der Lindleinsmühle aktive Arbeitskreis Senioren. In unmittelbarer Nähe und angebunden an die geplanten Wege sind Betonquader mit Sitzauflagen vorgesehen. Sie ermöglichen die Beobachtung des sportlichen Treibens. Gleichzeitig können sich hier die Aktiven ausruhen.

Selbstverständlich werden auch weitere Spiel- und Sportgeräte angeboten, die von allen Bewohnern der Lindleinsmühle genutzt werden können. Geplant sind eine Spielkombination für Kinder mit verschiedenen Aufstiegs- und Unterschlupfmöglichkeiten sowie eine Rutsche. Außerdem werden eine Doppelschaukel mit Kleinkindersitz sowie Befestigungsmöglichkeiten für Slacklines installiert. Der bereits bestehende Bolzplatz bleibt erhalten. Bänke und Einzelsitze entlang des um die Grünfläche führenden Weges und zwei drehbare Liegen im Rasen laden zum Ausruhen und Entspannen ein.

Der vorhandene Gehölzgürtel dient als grüne Pufferzone zur angrenzenden Wohnbebauung. Der Zeitplan sieht vor, dass die Maßnahme voraussichtlich Mitte Oktober 2020 abgeschlossen werden kann. „Das Projekt ist ein gutes Beispiel für die konstruktive Zusammenarbeit der Fachbereiche Stadtplanung, Jugend und Familie, des Gartenamtes, des Quartiersmanagements, des Stadtjugendrings sowie engagierter Bürger*innen“, freuen sich Bürgermeister Martin Heilig und Baureferent Benjamin Schneider. □

Mehr Insektenlebensräume in Bayreuth

In dem neuen Projekt „Urbane Insektenbiotope“ werden die Mitglieder des studentischen Vereins „Die Summer e. V.“ in ganz Bayreuth Insektenbiotope entwickeln und gemeinsam mit Anwohnern Räume zur Naturerfahrung schaffen. Dafür stellt das Bundesamt für Naturschutz im Bundesprogramm Biologische Vielfalt rund 710.000 Euro aus Mitteln des Bundesumweltministeriums zur Verfügung.

Entstehen sollen neue Lebensräume für Insekten auf städtischen Flächen, in Schulgärten sowie auf Firmengeländen, die auch als neue Räume zur Naturerfahrung genutzt werden können. So sollen vor allem Kinder dort die Natur entdecken können. Mitten in der Stadt werden Wohnstraßen in Gemeinschaftsaktionen mit den Anwohnern naturnah zu sogenannten Biotopstraßen umgestaltet. Im gesamten Bayreuther Stadtgebiet sollen so urbane Insektenbiotope großräumig miteinander vernetzt werden.

Ziel ist es, die Bayreuther Bürger durch konkrete Mitmachaktionen für aktiven Natur- und Insektenschutz und durch Umweltbildungsmaßnahmen wie Führungen und Workshops für das Thema zu begeistern. So will der Verein praktisches Wissen zur Pflege- und Anlage von Insektenlebensräumen unter Naturschutzaspekten vermitteln und die Wertschätzung für naturnahe Lebensräume, strukturelle Flächen und darin lebende Insekten steigern.

Dabei spielen auch die privaten Gärten eine große Rolle: Interessierte werden bei der insektenfreundlichen Umgestaltung ihrer Gärten unterstützt. Es ist geplant, Bezugsadressen für Materialien wie Steine, Reisig, Sand oder zertifizierten Bauschutt auf einer digitalen Übersichtskarte zur Verfügung zu stellen. Im Projekt wird die Stadtbevölkerung einbezogen und die relevanten Akteure zu einem breiten Netzwerk in der Stadt Bayreuth zusammengeführt. DK

Zusatzgeräte aus Österreich

Gemeinsam mit bewährten Gerätepartnern stellt Lindner effiziente Komplettlösungen zur Verfügung. Schneepflüge für Profis baut der österreichische Hersteller Hauer. Bei den Kehrmaschinen setzt Lindner auf das Salzburger Unternehmen Trilety. Die Kärntner Firma Springer Kommunaltechnik hat Streugeräte für die Lindner-Fahrzeuge im Programm. Lassen sie sich

die besonders attraktiven Gerätetapakete zu den Kommunalprofi-Modellen „Made in Austria“ nicht entgehen!

Lindner-Hausbesuche

Bei den Lindner-Hausbesuchen können die neuen Lintrac-Modelle und der stufenlose Unitrac 112 LDrive getestet werden: am Bauhof oder beim

nächsten Händler. Da gibt es auch alle Infos zum TracLink-System, der digitalen Lösung für die moderne Einsatzdokumentation in den Gemeinden. Darüber hinaus sorgt die Geräteerkennung für Bedienkomfort.

Die Anmeldung für die Lindner-Hausbesuche erfolgt bequem über die Lindner-Website: hausbesuch.lindner-traktoren.at/ □

LINTRAC UND UNITRAC FÜR KOMMUNALPROFIS



Lintrac 130
Kommunalprofi
statt 148.785 € nur

119.000 €



Unitrac 112 LDrive
Kommunalprofi
statt 172.608 € nur

139.000 €

- SAUBERSTE MOTOREN STUFE V / EURO 6
- KLIMAAUTOMATIK
- 4 HYDRAULIK-STEUERGERÄTE
- ZF-STUFENLOSGETRIEBE AUS STEYR
- RADIO MIT BLUETOOTH-FREISPRECHEN RICHTUNG
- BEHEIZTE FRONTSCHIEBE & SEITENSPIEGEL
- 4-RAD-LENKUNG & 50 KM/H
- FRONTANBAUKONSOLE
- WERTSCHÖPFUNG: 60% IN ÖSTERREICH / 95% EUROPA
- LUFTSITZ MIT SITZHEIZUNG
- KOMMUNALBEREIFUNG
- 3 JAHRE WERKSGARANTIE
- LED-SCHEINWERFER
- TRACLINK MIT GERÄTEERKENNUNG
- KOMMUNALFARBE RAL 2011

* Aktionspreise sind Sondernettopreise inklusive MwSt. Aktion gültig von 1.7. bis 30.10.2020 auf Neufahrzeug-Bestellungen in Kommunalprofi-Ausstattung.

lindner-traktoren.at


Lohrer Gymnasium:

Artenschutz durch neues Mähkonzept

Würzburg (ruf) – Die Biodiversität im Siedlungsraum ist spätestens seit dem Volksbegehren Artenvielfalt ein präsenes Thema geworden. So ist die Stadt Lohr derzeit eine bayerische Modellgemeinde zum „Marktplatz der biologischen Vielfalt“ und hat u.a. die Pflege der städtischen Grünflächen optimiert. Das Lohrer Franz-Ludwig-von-Erthal-Gymnasium bewirbt sich zudem um das Zertifikat „Umweltschule in Europa / Internationale Nachhaltigkeitsschule“ des Landesbundes für Vogelschutz und wertet in diesem Zuge die Grünanlagen auf dem Schulgelände auf.

„Das Zertifikat muss jährlich erneuert werden. Hierfür müssen Workshops und Aktionen zu zwei Umweltthemen bearbeitet werden. 2019/20 sind das ‚Maßnahmen zum Klimaschutz‘ und ‚Biologische Vielfalt in der Schulumgebung‘, erläutert Geographielehrer Markus Ruf. Er leitet den Wahlkurs „Umweltschutz – Nachhaltigkeit – Biodiversität“ mit Schülern der Klassen 6 bis 10. Mit ihnen entwickelt er das Konzept der Artenvielfaltswiese, so gut wie es die corona-bedingten Einschränkungen derzeit zulassen.

Fachlicher Rat

Im Frühjahr 2020 hat Ruf sich fachlichen Rat bei Christian Salomon, dem Biodiversitätsbeauftragten an der Regierung von Unterfranken geholt. Statt der Anlage klassischer Blühflächen, hat der einen anderen Projektanstieg aufgezeigt: Die Umstellung von der Rasenmäherpflege auf eine tierschonende Heumähd. „Da sind jetzt schon sehr gute Wiesenbereiche dabei“, sagt Salomon. Man müsse die nur anders mähen und damit auch weiterentwickeln: weniger Schnitte, schonendes Mähwerk, Abräumen des Schnittgutes und Streifen stehen lassen.

Auch Schulleiter Dr. Rotten-

bacher war von diesem Ansatz überzeugt, zumal Salomon gleich einen interessierten Landwirt vermitteln konnte. Schafhalter Christian Hühlein aus Rodenbach, der seit 2013 seinen Betrieb mit Schwerpunkt auf Artenvielfalt und Erhalt der Kulturlandschaft führt, besitzt hierfür die idealen Maschinen: Sein Gebirgsmäher mit Messerbalken kommt auch an den steilen Hangbereichen zurecht und schneidet den Aufwuchs schonend ab. Dieses Jahr mäht er rund einen Hektar der Schulwiesen testweise auf eigene Kosten und als „Beitrag zum Artenschutz“. Wenn es gut funktioniert, plant er die geeigneten Flächen künftig langfristig in die landwirtschaftliche Nutzung zu nehmen.

Ein Beispiel, das Schule macht

Dieses Beispiel könnte im wahrsten Sinne des Wortes „Schule machen“. Die Schule spart sich so nicht nur Kosten bei der Grünflächenpflege, mit den Mähwiesen haben die Schüler nun auch Untersuchungsflächen zur Artenvielfalt direkt vor dem Klassenzimmer. So lässt auch die Naturpark-Spesart-Grundschule Partenstein seit diesem Jahr bereits Teilflächen des Schulgeländes als Heu-

wiesen mähen und fördert damit die Insektenfauna und die Umweltbildung zugleich.

Insektenfreundliche Mähd im Siedlungsbereich – praktische Tipps:

- Auf Mulchen oder Rasenmähermähd zugunsten tierfreundlicher Balkenmäherwerke verzichten, da diese das Mähgut nicht zerkleinern und für Insekten keine Sogwirkung haben.
- Mähgut von den Grünflächen abräumen. Die dadurch stattfindende Ausmagerung erhöht meist den Artenreichtum und reduziert den Aufwuchs – und damit den Pflegeaufwand.
- Größere Wiesenbereiche wie freie Bauplätze lassen sich nachhaltig für Grünfutter, Heu oder als Weidekoppel nutzen. Das schont Ressourcen.
- Gerade auf größeren Wiesenflächen sollte man immer abschnittsweise mähen oder kleine blütenreiche Inseln oder Streifen stehen lassen. Das gilt auch über den Winter, denn viele Insekten überwintern in Pflanzenstengeln oder an Blättern.
- Der Blütenreichtum lässt sich auf natürliche Weise fördern, indem man die Samen von den gewünschten Arten wie Margerite, Glockenblume und Natternkopf bewusst ausreifen lässt.
- Auf das giftige Jakobskreuzkraut achten! Blühende Pflanzen sollten umgehend ausgelesen und in der Restmülltonne entsorgt werden. Verbleiben die abgemähten Blüten auf der Fläche, können die Samen noch ausreifen. □



Holder Mietflotte bei der Stadt Potsdam: 12 MUVO stehen bereit für den Winterdienst Bild: Holder

10-jähriges Jubiläum für die Holder Mietflotte

Das Holder Mietkonzept: Erfolgsgeschichte mit 460 Prozent Wachstum

2010 führte Holder die Vermietung von multifunktionalen Geräteträgern mit Anbaugeräten ein. Die Vertriebsverantwortlichen von Holder hatten damals eine Marktlücke in der saisonalen Vermietung von Kommunalfahrzeugen erkannt und man tastete sich vorsichtig an das Geschäftsmodell heran – zunächst mit 15 Fahrzeugen für den Winterdienst. Die Auslastung betrug im Handumdrehen 100 Prozent. Seitdem stieg die Marktnachfrage kontinuierlich an und somit wurde die Mietflotte Jahr für Jahr bis auf mittlerweile 70 Stück in der vergangenen Wintersaison ausgebaut, Tendenz weiter steigend.

Was macht die Fahrzeugmiete für Kommunen und Dienstleister so interessant? Murat Pala, bei Holder verantwortlich für das Mietgeschäft, sieht verschiedene Gründe: „Einerseits schätzen unsere Kunden die Vorteile von neuwertigem Equipment. Noch viel wichtiger sind ihnen aber die saisonale Nutzung und die volle Kostenkontrolle. Außerdem vertrauen sie auf die Zuverlässigkeit, die sie mit unserem Full-Service erhalten. Hochqualifizierte Servicemitarbeiter bei Holder und bei unseren

Vertragspartnern sorgen unter anderem für eine reibungslose Wartung und sind bei Reparaturen blitzschnell zur Stelle.“

Planungs- und Kostensicherheit

Besonders interessant, weil mit noch mehr Planungs- und Kostensicherheit verbunden, wird es für Holder und seine Kunden, wenn es sich um Rahmenverträge über größere Stückzahlen und längere Laufzeiten handelt. Dritter im Bun-

de der Gewinner sind die Holder Vertriebspartner. Sie können von zufriedenen Kunden profitieren, die zum Beispiel nach der Miete auf den Kauf von Gebraucht- oder Neumaschinen umschwanken. Zudem sparen sie sich die Kosten für das Vorhalten eines eigenen Mietparks.

Pala betreut bei Holder auch das Gebrauchtmaschinengeschäft. Eine perfekte Symbiose, denn die Mietfahrzeuge wandern in der Regel nach ein bis zwei Jahren in den Gebrauchtmaschinenpool. Somit wird die Marktnachfrage nach Gebrauchtmaschinen kontinuierlich abgedeckt, während gleichzeitig ein junger Mietfuhrpark sichergestellt wird. Weitere Optionen im Holder Mietgeschäft sind der Miet-Kauf und verschiedene Preismodelle wie Flatrate oder kilometergenaue Abrechnung. „Die stetig wachsende Nachfrage sowie unsere Erkenntnisse und Errungenschaften der vergangenen 10 Jahre bestätigen uns darin, das Miet- und Gebrauchtfahrzeuggeschäft auch in den kommenden Jahren weiter auszubauen“, schließt Pala zuversichtlich ab. □

Sommerhitze: Stadtgrün schafft Abhilfe

In den Sommermonaten kommt es immer häufiger zu langen, niederschlagsarmen Hitzeperioden. Durch die dichte Bebauung und den hohen Anteil versiegelter Flächen entstehen dabei im urbanen Raum oft sogenannte Wärmeinseln. Um dem vorzubeugen, sollte das Thema Stadtgrün bei der Stadtplanung stärker berücksichtigt werden.

Mit den entsprechenden Förderprogrammen können sich Städte und Kommunen zusätzliche finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern sichern, trotz der Corona-Krise. Neben den bekannten Programmen der Städtebauförderung sind das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) unter dem Titel „Post-Corona-Stadt“ gerade auf der Suche nach neuen Pilotprojekten und stellen zusätzliche Mittel, unter anderem für die grüne Stadtentwicklung, zur Verfügung.

Gefahr der urbanen Hitzeinseln

Je geringer der Anteil an Stadtgrün und unversiegelten Flächen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich in den Sommermonaten urbane Hitzeinseln bilden. Für die Stadtbewohner entstehen dadurch anhaltender Hitzestress sowie hohe Energiekosten durch den Einsatz von Kühlsystemen. Darum sollten Städte und Gemeinden die Entwicklung von Projekten sowie Strategien zur Stärkung einer grün-blauen Infrastruktur nicht vernachlässigen. „Sinnvoll angelegte Grünflächen bieten nicht nur Raum für Erholung, sondern sorgen in den Sommermonaten auch für eine deutliche Regulierung des Stadtklimas. Wem finanzielle Ressourcen für die Grünentwicklung fehlen, der kann auf verschiedene Förderprogramme von Bund und Ländern zurückgreifen.“, so Jan Paul, Vizeprä-

sident des Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V.

Neben den drei Programmen der Städtebauförderung – Lebendige Zentren, Sozialer Zusammenhalt sowie Wachstum und nachhaltige Erneuerung – haben das BMI und das BBSR in diesem Jahr weitere Fördergelder zur Verfügung gestellt. Unter dem Motto „Post-Corona-Stadt“ werden innovative Ideen und Konzepte für eine resiliente

Stadtentwicklung gesucht. Die Pilotprojekte können Lösungen zu unterschiedlichen Themen erbringen: solidarische Nachbarschaft und Wirtschaft im Quartier, öffentlicher Raum, Mobilität und Stadtstruktur oder integrierte Stadtentwicklungsstrategien unter Berücksichtigung von Resilienzaspekten.

Die Initiative „Grün in die Stadt“ stellt auf der Website www.gruen-in-die-stadt.de einen Förder-Check bereit und unterstützt damit bei der Suche nach passenden Förderprogrammen zur Grünentwicklung. „Grün in die Stadt“ kooperiert mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB). □

26,5 Millionen Kubikmeter Schadholz in Bayerns Wäldern:

IG BAU: Klimageschädigter Wald

Oberbayern fordert mehr Forstpersonal

Klimanotstand im Wald: Immer mehr heimische Bäume könnten Dürren, Stürmen und Schädlingen zum Opfer fallen – wenn nicht deutlich mehr für den klimagerechten Umbau der Wälder getan wird. Davor warnt die IG BAU in München und fordert zusätzliches Forstpersonal in der Region.

„Zwar hatte die Staatsregierung angekündigt, bis 2030 insgesamt 200 neue Stellen in der bayerischen Forstverwaltung zu schaffen. Das kann aber nur ein erster Schritt sein. Zudem müssen die Einstellungen zügiger erfolgen“, sagt der Bezirksvorsitzende der IG BAU Oberbayern, Michael Müller. Angesichts des Ausmaßes der Schäden sei langfristig noch mehr Personal nötig.

Nach Angaben des Bundeslandwirtschaftsministeriums dürften in Bayern 2018 bis 2020 insgesamt rund 26,5 Millionen Kubikmeter Schadholz anfallen. Extreme Wetterlagen und Schädlinge werden demnach bis Jahresende eine Waldfläche von 16.100 Hektar vernichtet haben.

„Auch wenn zuletzt mehr Regen fiel als in den Vorjahren, bleibt die Lage für die Bäume

dramatisch. Neben den besonders anfälligen Monokulturen aus Fichten und Kiefern trifft es mittlerweile sogar die Buche“, so Müller. Diese seit Jahrtausenden in Deutschland heimische Art leide zunehmend unter ausgetrockneten Böden und Pilzbefall. Um die Wälder für den Klimawandel zu wappnen, müssten zusätzliche Mischwälder angelegt und an den Klimawandel angepasste Baumarten angepflanzt werden. „Das aber ist eine Mammutaufgabe, für die es viel mehr Personal braucht.“

Der Nachholbedarf beim Waldumbau sei enorm, wie die jüngste Bundeswaldinventur zeige. Danach machen Nadelbäume – ein Großteil davon in Monokulturen – fast zwei Drittel der 2,6 Millionen Hektar des bayerischen Waldes aus. □



Fragen Sie nach Ihrem persönlichen Ansprechpartner unter 0800 99 99 150.

BayWa

Leistungsstark zu jeder Jahreszeit.

Kommunal- und Gewerbeteknik auf grünen, grauen und weißen Flächen.

Bei Ihrer täglichen Arbeit im Frühling, Sommer, Herbst oder Winter unterstützen wir Sie durch individuelle Beratung, Vertrieb und nachgelagerten Service von:

- Traktoren
- Kommunalfahrzeugen
- Lastkraftwagen
- Transportern
- Anbaugeräten
- Anhängern



Lassen Sie sich von den Vorteilen der Aufbaustreuer von Kugelmann überzeugen:

- Flexibilität und individuelle Lösungen
- Doppelkammersystem symmetrisch oder asymmetrisch
- Niedriger Schwerpunkt
- Optionale Feuchtsalzausstattung
- Schneckenreversierung
- Innovative Steuerung K-Tronic 2

BayWa AG
Technik

Arabellastraße 4
81925 München

baywa.de/kommunaltechnik

Mähen, kehren, räumen!

Ein Modell für zwölf Monate – Winterdienst, Straßenunterhaltung, Grünarbeiten

Viele Unternehmer benötigen ein universell einsetzbares Fahrzeug mit Gerätereigenschaften. Mercedes-Benz bietet mit dem Unimog ein solches Fahrzeug an. Neu ist das Einstiegsmodell U 219, das die schwächer motorisierten Modelle U 216 und U 218 ersetzt. Der neue 140 kW (190 PS) starke Unimog U 219 ist in zwei Radständen (2800 mm und 3600 mm) und mit 7,49 bis 10,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht lieferbar.

„Im Sommer der Wald, im Winter der Straße. Mit unseren beiden Unimog U 400 und U 430 stemmen wir das Pensum bei der Forstarbeit und Landschaftspflege ebenso wie beim Winterdienst. Der Mercedes-Benz Unimog ist unser Garant für diesen anspruchsvollen Vierjahreszeiten-Einsatz“, erklärt Dominik Treyer, Chef des Forstunternehmens Spinner im Nord-schwarzwald. Vor allem dessen An- und Aufbauräume unterstützen Treyer dabei, sein Dienstleistungsangebot stetig zu erweitern.

„Morgens über die Autobahn zum Hackereinsatz und am Nachmittag nach kurzer Montage der Mähwerke bereit für die Pflege des Straßenbegleitgrüns – wir meistern den Arbeitsalltag flexibel“, so Treyer. Auftraggeber aus den Gemeinden, Straßenmeistereien und dem privaten Bereich wissen das zu schätzen. Gerade heutzutage, wo die Bereiche „Orange“ und „Grün“ immer häufiger Schnittmengen aufweisen und eine entsprechend flexible Fahrzeuglösung erfordern. Winterdienst, Straßenunterhaltung und Grünarbeiten sind somit die jahresübergreifenden Standbeine des Unimog.

Nutzungsmöglichkeiten im kommunalen Sommerdienst

Abseits der Fahrbahnmarkierung entfaltet der Unimog seine Kernkompetenzen. Mähgeräte sowie Ast- und Wallheckenscheren pflegen die Straßenränder und stellen das Lichttraumprofil wieder her, während hartnäckiges Wurzelwerk und Baum-

stubben der Wurzelstockfräse zum Opfer fallen. Und das bei bestmöglicher Fahrerentlastung dank stufenlosem Fahrtrieb, Wechsellenkung und einer stets vorhandenen exzellenten Sicht auf den Arbeitsbereich.

Stufenloser Fahrtrieb „Easy Drive“

Der Unimog setzt mit zahlreichen technischen Lösungen Maßstäbe in der Branche. So mit dem optional erhältlichen stufenlosen Fahrtrieb EasyDrive. Die Synergie von Hydrostat und mechanischem Schaltgetriebe ermöglicht den fliegenden Wechsel zwischen beiden Antriebsarten während der Fahrt. Der Hydrostat im Unimog erlaubt stufenloses Fahren bis zu 50 km/h, darüber hinaus fährt man bis 89 km/h effizient und kraftstoffsparend im mechanischen Achtgang-Schaltgetriebe.

Auf Wunsch sind auch eine Arbeits- und eine Kriechganggruppe erhältlich, die ein Arbeiten bei niedrigsten Geschwindigkeiten (bis 0,1 km/h) erlauben.

Load-Sensing-Hydraulik

Präzise und fein dosierbar geht außerdem die Load-Sensing-Hydraulik für den Geräteantrieb ans Werk. Abgerufen wird nur die tatsächlich benötigte Leistung. Die Heckstützlast des Unimog U 530 beträgt drei Tonnen (Sonderausstattung) – wichtig für den Einsatz mit schweren landwirtschaftlichen Anhängern. Ebenfalls möglich ist die Ausstattung des Unimog mit Frontlader.

LoF – Land oder Forstwirt-

schaft: Diese Zulassung bietet verschiedene Vorteile, so ist der Unimog mit LoF-Zulassung innerhalb Deutschlands von der Lkw-Maut befreit. Auch das Sonntagsfahrverbot auf Autobahnen betrifft ihn nicht. Als Sicherheitskabine mit Überrollbügel ist außerdem eine EU-weite Zulassung als Traktor möglich.

Lenkung mit drei Lenkungsarten

Für die Unimog Geräteräger U 423 bis U 530 ist eine Hinterachs-Zusatzenkung lieferbar. Sie macht drei verschiedene Lenkungsarten möglich: Normallenkung über die Vorderräder, Allradlenkung mit allen Rädern in entgegengesetzten Ein-schlagwinkeln, „Hundegangelenkung“ für die Diagonalfahrt mit parallel gestellten Rädern. Dadurch wird der ohnehin kleine Wendekreis um bis zu weitere 20 Prozent reduziert und die Manövrierfähigkeit des Fahrzeuges in allen Einsatzsituationen gesteigert.

Das Unimog-Programm der Geräteräger umfasst die Einstiegsmodelle Unimog U 219, U 319 und die Allrounder U 323 und U 423, denen die Vierzylindermotoren mit Leistungen zwischen 140 kW (190 PS) und 170 kW (231 PS) gemein sind. Die Unimog U 427 und U 527 sowie U 430 und U 530 haben Sechszylindermotoren und verfügen über 200 kW (272 PS) beziehungsweise 220 kW (299 PS). Ideal für den Garten- und Landschaftsbau: das neue Einstiegsmodell Unimog U 219.

Mit seinem hervorragenden Preis-/Leistungsverhältnis ist dieser U 219 neben dem Bereich Garten- und Landschaftsbau auch auf die Bedürfnisse von Kommunen und kleineren Unternehmen zugeschnitten. Er ist der ideale Nachfolger der heute noch verbreiteten Unimog-

freundlicher Streumittel nicht so ernst nehmen. Umso wichtiger ist für uns, genau in diesen Aspekten, in denen gerne gespart wird, zu einhundert Prozent transparent zu sein“, fasst Leisgang zusammen.

Zuerwerb für Landwirte

Der Maschinenring bietet Unternehmen und Kommunen Dienstleistungen in den Bereichen Winterdienst, Grünpflege und Außenreinigung. Gleichzeitig bietet er Landwirten Nebenerwerbsmöglichkeiten und Risikominimierung. Über die Maschinenringe waren im letzten Jahr über 9.800 Landwirte im Zuerwerb tätig. So tragen der Winterdienst und die Grünpflege einen bedeutenden Teil dazu bei, die bäuerliche Landwirtschaft in Deutschland zu sichern. □

Ebenfalls Teil der Zertifizierung sind Nachhaltigkeitsaspekte wie eine nachweisliche Ressourcenschonung und sozialverträgliches Handeln. „Wir sind in einer Branche unterwegs, in der Viele es mit arbeitsrechtlichen Aspekten, mit Löhnen, mit Arbeitszeiten, aber auch mit Umweltaspekten wie dem Einsatz umwelt-



Henne-Vertriebsmitarbeiter Werner Ottl (l.) übergab einen Unimog U 530 an Siegfried Finsterwald von der Firma Werner GmbH & Co. Straßenreinigung KG. Mit der Tunnelwaschanlage und dem Dücker-Spezialausleger DUA 800 samt 5.000 Liter Wasserfass wird München in ganz neuem Glanz erstrahlen. Bild: Henne Nutzfahrzeuge

U 1200, U 1400 und U 1600, die bis 2002 hergestellt wurden.

Typisch für die Einsatzdauer des Unimog: Von den über 16.000 produzierten Fahrzeugen dieser älteren Baureihe sind allein in Deutschland noch rund 10.000 Exemplare zugelassen. Der Unimog U 219 bietet in Kompaktheit, Nutzlast, Kraft, Robustheit und Zuverlässigkeit ähnliche Werte wie die früheren Unimog, kann aber den aktuellen Stand an Komfort, Sicherheit und Effizienz für sich verbuchen.

„Unimog Partner“ und „Unimog ExpertPartner“

Das Angebot an Anbaugeräten wird von einer Vielzahl von Anbaugeräteherstellern mit langjähriger Expertise stetig ausgebaut. Mit ihnen arbeitet Mercedes-Benz bei der Entwicklung und Anpassung von Geräten eng zusammen. Das Label „Unimog Partner“ bzw. „Unimog ExpertPartner“ umfasst aktuell 44 hochspezialisierte Firmen mit über 160 an den Unimog angepassten und vom Hersteller freigegebenen Gerätevarianten.

„Unimog ExpertPartner“ dürfen sich Aufbauerhersteller nennen, die besonders hohe Anforderungen hinsichtlich Service, Qualität und Technik erfüllen Mehr hierzu unter www.unimogpartner.com.

Über 650 Servicestandorte

Hinter dem Unimog-Service steht eine weltweit organisierte Servicestruktur mit über 650 Servicestandorten in mehr als



Unimog mit Mulag Mäh-Kombination.

Bild: Daimler

130 Ländern, davon rund 220 in Deutschland. Besonders zu erwähnen ist, dass die autorisierten Unimog-Servicepartner sich im Falle einer notwendigen Reparatur nicht nur um die Fahrzeuge, sondern auch um die An- und Aufbaugeräte kümmern – also um das Komplettsystem.

Service-Angebote

Unter vier Serviceangeboten kann der Unimog-Eigner wählen: Antriebsstrang-Garantie (Service Extend), Anschlussgarantie auf den Antriebsstrang (Service Extend plus), Vor-Ort-Service mit Hol- und Bringdienst sowie Leihfahrzeug für den Fahrer (Service Mobilität) und dem Full-Service-Paket für War-

ungs- und Verschleißarbeiten am Unimog (Service Complete). Dieses umfangreiche Leistungspaket deckt alle Werkstattarbeiten zu festen monatlichen Raten ab, von der Koordination der Termine bis zur Rechnungsprüfung. Dies sichert dem Kunden Kostentransparenz sowie Einsatzsicherheit und Wirtschaftlichkeit seines Unimog-Fuhrparks.

Neben einem reinen Wartungsvertrag (Maintenance Complete) über eine feste Laufzeit, ist eine Garantieverlängerung für das Gesamtfahrzeug bis maximal 60 Monate möglich. Sie bietet Schutz und Kostentransparenz ohne Selbstbeteiligung für bis zu fünf Betriebsjahre nach Erstzulassung. □

Transparenz schafft Vertrauen

Rasen mähen, kehren und Schnee räumen können viele. Aber was ist mit der Einhaltung von Normen und Gesetzen? Hier wird es für Entscheider oft schwierig, Spreu und Weizen zu trennen. Gebraucht werden objektive Kriterien. Dies können Zertifizierungen bieten, die in diesem Bereich allerdings noch lange nicht so etabliert sind wie in anderen Branchen. „Trotzdem geben sie eine wichtige Orientierung. Denn die Bereitschaft, sich umfassend und unabhängig prüfen zu lassen, ist eine solide Basis für eine gute Partnerschaft“, ist Markus Leisgang, Maschinenringe Deutschland, überzeugt.

Bereits vor sechs Jahren haben die Maschinenringe begonnen, ihre Dienstleistungen zertifizieren zu lassen. Die Transparenz gegenüber den Auftraggebern ist dabei die Hauptmotivation für Leisgang: „Die Maschinenringe betreuen mehr als 51 Mio. qm² Fläche und knapp 40.000 Objekte in Deutschland. Diese Erfahrung spricht natürlich schon einmal für sich. Trotzdem ist es noch einmal etwas anderes, wenn man in einer Ausschreibung objektiv belegen kann, wie man arbeitet.“

Das Zertifikat für Verkehrs- und Grünflächendienste (Kompetente Verkehrs- und Grünflächendienste, kurz KVG), nach dessen Standards neben der Maschinenringe Deutschland GmbH aktuell 14 lokale Maschinenringe sowie 3 weitere Unternehmen arbeiten und sich jährlich auditieren lassen, steht auf mehreren Säulen. Grundlage der Zertifizierung ist die fachliche Kompetenz sowie die Einhaltung aller Normen, Richtlinien und Vorschriften. Dazu gehört auch, dass alle Mitarbeiter die nötigen Ausbildungen und Schulungen haben und regelmäßig weitergebildet werden.



365 Tage voller Tatendrang.

Maximale Auslastung im Ganzjahreseinsatz mit dem Unimog Geräteräger. Kommunale Aufgaben sind niemals erledigt: Unzählige kleine und große Jobs möchten zuverlässig und schnell erledigt werden – allen voran Mähen, Mulchen und Gehölzpflege, Winterdienst, Kehren und Reinigen sowie Laden und Transportieren.

Hier bringt der Unimog seine Vielseitigkeit ins Spiel. Denn der Geräteräger kann dank seiner standardisierten hydraulischen, mechanischen und elektrischen Schnittstellen eine Vielzahl von Geräten antreiben.

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Bürgermeisterin im Markt Markt Erlbach in Mittelfranken, 30 km westlich von Nürnberg, mit 5.800 Einwohnern. Wir sind die fünftgrößte Kommune im Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim, haben 32 Ortsteile und eine Gemeindeflächen von 61 km²

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?

1. Mai 2008

Was war Ihr persönlicher Anreiz, in die Kommunalpolitik zu gehen?

Die Herausforderung, meine Heimatgemeinde aktiv mit zu gestalten.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich war vor meiner Wahl zur 1. Bürgermeisterin bereits 12 Jahre Gemeinderätin und Fraktions-sprecherin, dazu auch Kulturbeauftragte von Markt Erlbach. Außerdem habe ich verschiedene Seminare zur Vorbereitung auf das Bürgermeisteramt besucht.



Bild: Petra Keilner

die der Staat an die Kommunen abgibt (z. B. Digitalisierung der Schulen, Breitband- und Mobilfunkausbau). Dazu immer größere Auflagen, Gesetzesvorgaben und mehr Bürokratie.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Auch bei großem Arbeitseifer und Engagement sich nicht selbst zu vergessen!

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen/Bürgerinnen und Bürger/Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Der Austausch unter Bürgermeisterkollegen und -kolleginnen ist unverzichtbar und sehr wertvoll! Bürgerinnen und Bürger müssen immer mitgenommen werden, aber Bürgermeisterin und Gemeinderat dürfen das Heft nicht aus der Hand geben. Wir sind gewählt worden, um Entscheidungen für unsere Bürgerinnen und Bürger zu treffen.

Die Einbeziehung und Anhörung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist schon deshalb wichtig, weil sie unsere Beschlüsse umsetzen müssen. Ihre fachliche Kompetenz darf auf keinen Fall unterschätzt oder gar übergangen werden.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird unsere Arbeitswelt, auch die der Kommunalpolitik, noch viel stärker beeinflussen und verändern. Wir müssen die Chancen sehen und proaktiv umsetzen. Schon alleine die Corona-Krise hat gezeigt, welche Bedeutung der Digitalisierung zukommt.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

„Jedem Menschen Recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann.“

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

„Sie hat was bewegt.“

Dr. Birgit Krefz

Bezirksverbandsvorsitzende Mittelfranken des Bayerischen Gemeindetags

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Unser Lehrschwimmbecken war wegen baulicher Mängel geschlossen und die Entscheidung, ob Sanierung, Neubau oder Auflassung stand an (Wir entschieden uns nach reiflichen Prozessen zu einem Neubau für 3,6 Mio. Euro). Ein altes Gasthaus wurde erworben und sollte zu einem Bürgerhaus umgebaut werden (Baukosten letztlich dann 2 Mio. Euro). Dazu wollte ich mein Wahlversprechen einlösen, ein Seniorenpflegeheim anzusiedeln, was mir auch gelungen ist.

Nur einer unserer Ortsteile war für ein Dorferneuerungsverfahren angemeldet. Ich meldete dann noch einige nach. Eine Kläranlagenbaustelle und auch Investitionen in die Wasserversorgung waren zu bewerkstelligen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Neubau oder Sanierung des Rathauses, Breitband- und Mobilfunkausbau, Gewerbeansiedlung und unaufschiebbare Unterhaltungsmaßnahmen unseres großen Straßennetzes.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Zurückgehende Einnahmen, steigende Fremdkapitalaufnahme und immer neue Aufgaben,

Kommunen der Metropolregion Nürnberg schaffen Mehrwert durch Bildungssteuerung:

„Gewusst wie!“

Neue Publikation gibt praxisnahen Einblick in das Bildungsgeschehen vor Ort

Die aktive Gestaltung ihrer Bildungslandschaften ist mittlerweile unverzichtbarer Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge von Landkreisen und Städten. Kommunales Bildungsmanagement hilft, das Bildungsangebot vor Ort zielgerichtet zu gestalten, innovative Maßnahmen zu starten und die Region auf wichtige Zukunftsfelder auszurichten. Die neue Broschüre der Transferagentur Bayern „Gewusst wie! Datenbasierte Bildungssteuerung in bayerischen Kommunen“ zeigt für elf Felder des lebenslangen Lernens, welche Potenziale mit Bildungssteuerung gehoben und welche Mehrwerte für Bürgerinnen und Bürger damit geschaffen werden.

„Die vielfältigen Investitionen in Bildung in den letzten Jahren haben sich gelohnt! Jetzt zeigt sich ihr Nutzen. So gelingt beispielweise die Integration von Neuzugewanderten in unser Bildungssystem seit 2015 schneller und besser. Vom Aufbau digitaler Kompetenzen profitiert die gesamte Bevölkerung und die Fachkräftesicherung wird durch zielgerichtete Initiativen, etwa am Übergang von Schule zum Beruf großartig unterstützt“, sagt Dr. Christa Ständer, Geschäftsführerin in der Metropolregion Nürnberg.

„In unserer neuen Broschüre finden sich noch viele weitere interessante Ansätze aus ganz Bayern.“ Ein Ansatz kommt aus der Stadt Bamberg: Dort wurden die Familien in den einzelnen Stadtteilen zur Nutzung der vielfältigen Bildungsangebote und zu ihren Wünschen und Bedürfnissen befragt. Mit diesem Wissen werden nun konkrete neue Angebote konzipiert, etwa bei Planungsprozessen für Jugendhilfe und Kitas oder bei der Gestaltung einzelner Stadtteilzentren.

Weitere Beispiele aus der Metropolregion sind: Nürnberg mit dem Programm „Deutschspracherwerb

für Neuzugewanderte“, der Landkreis Bamberg mit einer Digitalisierungsmesse für Schulen, Fürth mit einem Projekt zur Unterstützung von Schulverweigerern und Erlangen mit einem Teilbericht zur Erwachsenenbildung.

Einen spannenden Einblick in die kommunale Perspektive bietet ebenso das Interview mit Brigitte Keyser, Leiterin des Fachbereichs Bildung, Kultur und Sport des Landkreises Coburg. Sie betont, „dass es insbesondere darum geht, Bildungsangebote zu erhalten und vorhandene Ressourcen so einzusetzen, dass sie möglichst große Wirkung entfalten können. Im vergangenen Jahr hat der Landkreis Coburg sich z. B. stark für den Erhalt der Polstererklassen eingesetzt, die in Coburg unterrichtet werden. Sie zu erhalten, stärkt die Polsterindustrie und damit die Region.“

Unter kommunaler Bildungssteuerung versteht man die Verknüpfung von datenbasierten Analysen, daraus gemeinschaftlich getroffenen Entscheidungen und die Ableitung innovativer Projekte und Maßnahmen in einer Kommune. 21 Kommunen in der Metropolregion und bayernweit 56 Kommunen

steuern ihre Bildungslandschaft auf diese Weise.

Erstellt wurde die Publikation durch die Transferagentur Bayern für kommunales Bildungsmanagement, die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird.

Olaf Heinrich freut sich auf „spannende Aufgaben“

Niederbayerischer Bezirkstagspräsident ist neuer Vorsitzender des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege

Beim Bayerischen Landesverein für Heimatpflege e. V. mit Sitz in München wurde ein neuer Vorsitzender gewählt, nachdem der langjährige Vorstandsvorsitzende und ehemalige Landtagspräsident Johann Böhm nicht mehr angetreten war. Der 40-köpfige Beirat sprach sich mehrheitlich für Dr. Olaf Heinrich, Bezirkstagspräsident von Niederbayern aus, der sich nun „sehr auf diese spannende Aufgabe“ freut.

„Der Landesverein für Heimatpflege ist bayernweit gerade bei den Themen engagiert, die mir auch in der Arbeit auf Bezirksebene sehr wichtig sind und große Freude machen. Mich künftig als Vorsitzender des Landesvereins einbringen zu dürfen, ist eine Ehre. Dem Vertrauensvorschluss der Beiratsmitglieder werde ich mit aller Kraft versuchen, gerecht zu werden“, so der Niederbayer, der im Landkreis Freyung-Grafenau zuhause ist. Die Heimatpflege ist für ihn weit mehr als nur der Erhalt des Bestehenden. „Heimatpflege in all ihren Facetten ist ein absolutes Zukunftsthema. Die Frage, wie es uns gelingt, das Bild unserer Landschaften und unsere Baukultur, unsere Bräuche und Trachten zu erhalten und

Landkreis Fürstfeldbruck:

Beteiligung an neu gegründeter gemeinnütziger Hospiz Germering gGmbH

Der Kreistag des Landkreises Fürstfeldbruck hat der Gründung der gemeinnützigen Hospiz Germering gGmbH zugestimmt. Er wird einer der Gesellschafter neben dem Hospizverein Germering e.V. und der Großen Kreisstadt Germering.

Die gGmbH wird das derzeit im Bau befindliche Hospiz betreiben. Dieses soll seinen Betrieb im Frühjahr 2022 aufnehmen. Am 01. Dezember 2015 ist das Gesetz zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland in Kraft getreten. Darauf aufbauend hat der Hospizverein Germering, vertreten durch den 1. Vorsitzenden Herrn MdL a.D. Dr. Peter Braun, in langen Verhandlungen mit den Krankenkassen erwirken können, dass ein Hospiz mit zehn Plätzen von den Kassen anerkannt wird.

Mit dem Kreistagsbeschluss kann das Hospiz nun als fünfte Einrichtung dieser Art in Oberbayern verwirklicht werden. Es soll nicht nur Personen des Landkreises Fürstfeldbruck, sondern auch aus den Kreisen Starnberg, Landsberg und Dachau zur Verfügung stehen.

Optimale Versorgung und Unterstützung

Betreiber des Hospizes wird die gemeinnützige Hospiz Germering gGmbH werden. „Mit dem neuen Hospiz verfügt der Landkreis Fürstfeldbruck über eine einzigartige Einrichtung, wie es sie in Oberbayern bislang nur viermal gibt“, betont Landrat Thomas Karmasin. „Unheilbar kranke Menschen erhalten in der Region, und damit in der Nähe ihrer Angehörigen, eine optimale palliativ-medizinische Versorgung und psychosoziale Unterstützung.“

Im Unterschied zu einem Krankenhaus ist das Hospiz ganz besonders auf die Bedürfnisse Sterbender eingestellt und ermöglicht Ihnen einen Abschied in Würde. Sofern keine Verzögerungen eintreten, soll das Hospiz im Frühjahr 2022 seinen Betrieb aufnehmen. Es wird in einem derzeit im Bau befindlichen Gebäude in unmittelbarer Nähe des Rathauses Germering einziehen.

Bauherr und künftiger Vermieter ist die Sozialstiftung Germering. Neben dem Hospiz werden in dem Neubau auch Mitarbeiterwohnungen Platz finden. „Unser Dank gilt insbesondere denjenigen, die der Germeringer Sozialstiftung das Grundstück überlassen haben und da-

mit die Realisierung des Hospizes überhaupt erst möglich machen“, unterstreicht Germerings

treuung und Versorgung bis zum Tod. Die Kreisklinik Fürstfeldbruck verfügt zwar über eine Palliativstation. In der Regel verbleiben die Patienten dort aber nur 14 Tage. Eine palliativ-medizinische Versorgung durch Fachärzte in der häuslichen Umgebung bietet das



Landrat Thomas Karmasin (h.r.) und Dr. Peter Braun, 1. Vorsitzender des Germeringer Hospizvereins (vorne Mitte) zusammen mit Manuela Kreuzmair, 2. Bürgermeisterin von Germering (h.l.), Sina Muscholl (v.l.) und Elizabeth Braams (v.r.), Geschäftsführerinnen der Hospiz gGmbH. Bild: LRA Fürstfeldbruck

Oberbürgermeister Andreas Haas.

Das Areal stammt von der Max-und-Gabriele-Strobl-Stiftung, die unter dem Dach der Germeringer Sozialstiftung verwaltet wird. Ihnen zu Ehren wird das Gebäude daher den Namen „Max und Gabriele Strobl Haus“ tragen. Der Hospizverein Germering beteiligt sich mit einem Anteil von 52 Prozent an der Hospiz gGmbH, der Landkreis Fürstfeldbruck und die Große Kreisstadt Germering jeweils mit einem Anteil von 24 Prozent. 95 Prozent der Betriebskosten werden durch die Krankenkassen übernommen. Die restlichen fünf Prozent muss der Hospizverein aufbringen.

Bitte um Zuwendungen

„Dieses gemeinnützige Projekt, welches auf Spenden angewiesen ist, stellt eine Bereicherung des sozialen Angebotes dar“, betont Dr. Peter Braun und bittet die Bevölkerung um Zuwendungen. Zweckgebundene Spenden für das Hospiz können auf das Spendenkonto des Hospizverein Germering e.V. überwiesen werden.

Das neue Hospiz im Germering ergänzt die bereits bestehenden Angebote im Landkreis um die Möglichkeit der stationären Be-

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefbin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020

Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

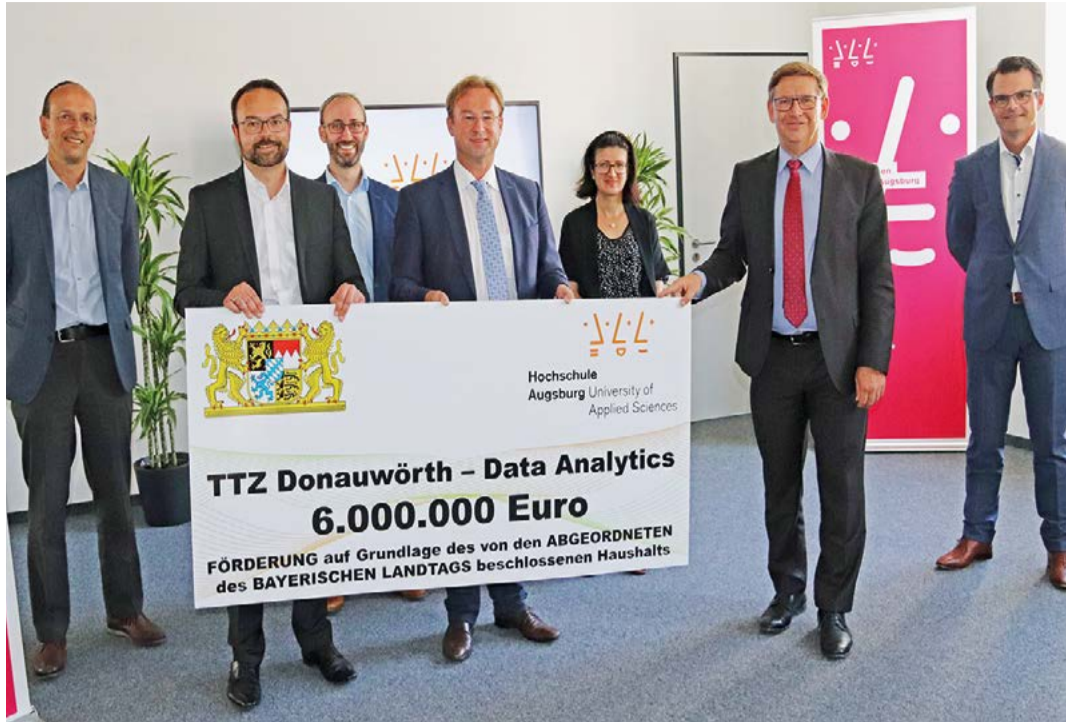
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Olaf Heinrich.

tifikation der Menschen mit ihrer Heimat verbunden – und gerade



Freuen sich über die Förderung des TTZ Donauwörth. V.l.: Prof. Dr. Helmut Wieser (Vizepräsident Forschung und Entwicklung, Hochschule Augsburg), Prof. Dr. Björn Häckel und Prof. Dr. Dominik Merli (beide Wissenschaftliche Leitung TTZ Donauwörth), MdL Wolfgang Fackler, Bettina Kräußlich (Geschäftsführerin der IHK-Regionalgeschäftsstelle), Stefan Rößle (Landrat Donau Ries) und Jürgen Sorré (Oberbürgermeister Donauwörth). Bild: Hochschule Augsburg

Donauwörth:

Sechs Mio. Euro Förderung für neues Technologietransferzentrum

Wissenschaftler der Hochschule Augsburg forschen zu Big Data
Die Forschungsergebnisse sollen neue Impulse für digitale Geschäftsmodelle liefern

Die Hochschule Augsburg erhält für den Aufbau und die Einrichtung eines neuen Technologietransferzentrums (TTZ) in Donauwörth mit dem Schwerpunkt „Data Analytics“ rund sechs Millionen Euro Förderung vom Bayerischen Wissenschaftsministerium. Das neue TTZ nimmt im Herbst dieses Jahres seinen Betrieb auf und setzt sich mit der Analyse und Auswertung großer Datenmengen auseinander.

Der Bayerische Landtag hat diese Anschubfinanzierung genehmigt. Die hohe Gesamtsumme ist ein „Wumms“ für den Wissenschaftsstandort Donauwörth und wir haben damit Planungssicherheit bis ins Jahr 2024“, freute sich MdL Wolfgang Fackler im Rahmen des heutigen Pressetermins, zu dem er in die neuen Räumlichkeiten eingeladen hatte. Der CSU-Stimmkreisabgeordnete hatte sich in München immer wieder hartnäckig für das TTZ Donauwörth eingesetzt. Unterstützt wurde MdL Fackler dabei auch vom Donau-Rieser Landrat Stefan Rößle. „Zwei TTZs in einem Landkreis sind nicht selbstverständlich. Ich freue mich über diese geniale Lösung, denn gerade im Bereich Forschung und Patentanmeldung haben wir noch Luft nach oben“, so Rößle.

Entscheidendes Zukunftsfeld

Wissenschaftsminister Bernd Sibler betonte: „Unsere Hochschulen für angewandte Wissenschaften und ihre Technologietransferzentren sind Innovationsmotoren für Wissenschaft und Wirtschaft. Mit dem neuen TTZ in Donauwörth schaffen wir eine vielversprechende Forschungseinrichtung in der Region für die Region. Mit seinem Schwerpunkt auf Big Data besetzt es ein entscheidendes Zukunftsfeld. Für das Donau-Ries und damit für den Wissenschaftsstandort Bayern wird dieses TTZ insgesamt sehr wertvoll sein. Die sechs Millionen Euro sind hier bestens angelegt – für mehr Innovation, für mehr Fortschritt.“

Die Industrie in Bayerisch-Schwaben steht vor großen Herausforderungen. Kleine und mittelständische Unternehmen sind einem immensen Wettbewerbs- und Digitalisierungsdruck ausgesetzt. „Um im weltweiten Wettbewerb langfristig bestehen zu können, müssen die regionalen Unternehmen technologische Innovationen gezielt nutzen und ihre Geschäftsmodelle

zukunfts-fähig weiterentwickeln. Die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung und der Industrie 4.0 bieten hierfür vielfältige Chancen“, betonte auch die Geschäftsführerin der IHK-Regionalgeschäftsstelle, Bettina Kräußlich.

Forschungsfragen

Gerade in der industriellen Wertschöpfung fallen durch die zunehmende Digitalisierung von Produktions- und Logistikprozessen große Datenmengen an: Wie können diese Daten gewinnbringend genutzt werden? Können sie so ausgewertet werden, dass eine Effizienzsteigerung in der Produktion und Logistik möglich ist? Oder können daraus gar neue und innovative Geschäftsmodelle entstehen, die bayerischen Unternehmen im internationalen Wettbewerb einen entscheidenden Vorteil sichern?

Unter der Leitung von Prof. Dr. Björn Häckel, Experte für Wertschöpfungsnetzwerke und Geschäftsmodelle, und Prof. Dr. Dominik Merli, Experte für Sicherheit in IT- und Produktionssystemen, setzen sich die Wissenschaftler:innen der Hochschule Augsburg am TTZ Donauwörth mit diesen Forschungsfragen auseinander. Dabei setzen sie auf eine breite Vernetzung mit den Unternehmen und Innovations-treibern der Region.

Breite Vernetzung mit den Unternehmen und Innovationstreibern

Das TTZ Donauwörth soll eine gemeinsame Plattform bilden, die den engen Austausch zwischen etablierten Unternehmen, Start-ups und Nachwuchswissenschaftler:innen aus Bayern, der Region Schwaben und insbesondere aus dem Landkreis Donau-Ries fördert. Im engen Zusammenspiel von Forschung und Unternehmen sollen die Entwicklung von intelligenten Methoden aus den Bereichen Business Intelligence

und (Big) Data Analytics für industrielle Anwendungsszenarien sowie von darauf basierenden, datengetriebenen Dienstleistungen und Geschäftsmodellen vorangetrieben werden.

Hochkarätige Einrichtung

Und so sieht der Zeitplan aus: Aktuell entsteht in den Räumen des ehemaligen Auer-Gebäudes in der Innenstadt eine moderne Forschungsinfrastruktur. Donauwörths Oberbürgermeister Jürgen Sorré: „Wir freuen uns, dass wir eine solch hochkarätige Einrichtung in Donauwörth ansiedeln konnten und hier bald Mitarbeiter der Hochschule Augsburg an einem Mega-Thema der Zukunft forschen. Besonders freut mich, dass die heimischen Unternehmen von dieser Forschung und Expertise profitieren werden, indem gemeinsam Projekte entwickelt werden können. Daher war es für die Stadt Donauwörth eine Selbstverständlichkeit, die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten intensiv zu unterstützen und sich gemeinsam mit dem Landkreis an den Miet- und Betriebskosten in der Anschubphase zu beteiligen. Hier entsteht ein Stück Zukunft mitten in Donauwörth!“

Wichtiger Impulsgeber für die Region

Voraussichtlich im Herbst dieses Jahres nehmen die Wissenschaftler der Hochschule Augsburg dann in Donauwörth ihre Arbeit auf. In den kommenden fünf Jahren werden insgesamt vier Professoren und zehn wissenschaftliche Mitarbeiter und Doktoranden das TTZ Donauwörth zu einem Innovationszentrum für kleine und mittelständische Unternehmen im Bereich Data Analytics ausbauen.

„Die Hochschule Augsburg sieht sich als wichtiger Impulsgeber für die Region. Mit dem neuen TTZ in Donauwörth und seiner direkten Anbindung an die Unternehmen hier in der Region kommen wir einmal mehr unserer Aufgabe nach, den Wirtschaftsstandort mit seiner Innovationskraft zu stärken und voranzutreiben“, so Prof. Dr. Helmut Wieser, Vizepräsident für Forschung und Entwicklung an der Hochschule Augsburg. □

GZ

GESTERN
hat mein Chef gesagt ...

„Straßen umzubenennen, ist eine heikle Sache. Da steht ja für die Anwohner und Besucher, für Kartendienste, für Taxifahrer, Rettungsdienste und viele andere doch einiges auf dem Spiel. Einfach ganz ohne Bürgerbeteiligung einen traditionellen Straßennamen auszulöschen, sollte eine Ausnahme bleiben.“ Mein Chef, der Bürgermeister, las gerade Berichte über die Umbenennung der Mohrenstraße in Berlin.

Die Mohrenstraße empfanden und empfinden einige Berliner als Ärgernis, da sie Mohr als rassistisches Schimpfwort sehen. Dafür braucht man neben der richtigen Gesinnung auch fehlende Lateinkenntnisse, denn das lateinische mauros heißt einfach schwarz oder afrikanisch. Auf diesen Begriff gehen auch die



dam, von wo er dem Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel durch die Niederländisch-Westindische Gesellschaft geschenkt wurde. Der Herzog erkannte sein Talent, förderte es und ermöglichte ihm ein Studium. Somit wurde Amo der erste aus Afrika stammende Jurist und Philosoph, der im Gebiet des heutigen Deutschland ausgebildet wurde und der bis heute eine kulturelle Brücke zwischen uns und Ghana bildet.

Also klar straßennamenwürdig.

Das Problem mit der Umbenennung ist nur, dass Hunderte ihre Adresse ändern müssen, darunter das Bundesministerium der Justiz, sämtliche Karten in einer zentralen Gegend Berlins falsch werden und so manche Taxler oder Sankafahrer etwas brauchen werden, bis sie Fahrgäste oder Verletzte ohne Verzögerung von dort abholen können. Vor allem aber geht die Erinnerung daran verloren, dass es in deutschen Landen eben nicht nur diesen brillanten Mann mit afrikanischen Wurzeln gab, sondern eine Reihe von heute namenlosen Hofmohren, die aus Afrika verschleppt wurden, um an deutschen Fürstenthümern, etwa am preußischen Hof, als Diener, Musiker oder schlicht als exotisches Beiwerk gehalten zu werden. Ein faszinierender Mann, der es verdient hat, in der kollektiven Erinnerung zu bleiben, verdrängt damit die Erinnerung an all die, die nicht wie er das Glück eines fürstlichen Förderers gehabt haben. Ob das tatsächlich ein Beitrag im Kampf gegen Gegenwartsskizismus ist?

Mein Chef, der Bürgermeister, ist froh, in unserer Stadt keinen umstrittenen Straßennamen zu haben – oder jedenfalls keinen, dessen Zweifelhafte bisher thematisiert wurde. Denn ob bei Straßen, die nach dem kolonialen Erbe wie Togo oder Kamerun benannt sind, oder bei Straßen, die die Namen von Antidemokraten wie Ernst Thälmann oder Clara Zetkin tragen: Immer muss man abwägen, ob deren Tilgung nicht auch die kritische Auseinandersetzung mit der dahinterstehenden Geschichte eher erschwert. Denken wir an ein Wort des Journalisten Alexandre Laumonier: „Eine Irrfahrt ist keine Reise und kein Ausflug. Sie ist die Frage: Was tue ich da?“

the
Sabrina

Regionalinitiative LEADER:

Förderperiode geht in die Verlängerung

Seit 2015 gibt es im Passauer Land die Lokale Aktionsgruppe (LAG) der Regionalinitiative Passauer Land e.V., die im Rahmen des LEADER-Förderprogramms Fördermittel für die Region generiert. Ursprünglich war die aktuelle LEADER-Förderperiode bis Ende 2020 geplant, nun wurde sie bis Ende 2023 verlängert.

Hauptziel der Regionalinitiative ist die Entwicklung des ländlichen Raums in Passauer Land. In diesem Zusammenhang betreut die LAG die Umsetzung von Kooperations-, Einzel- und Bürgerprojekten und die Beantragung der Fördermittel von EU, Bund und Freistaat. LAG-Managerin Dr. Ursula Diepolder und LAG-Vorsitzende Anni Regner haben nun bei Landrat Raimund Kneidinger Bilanz über ihre Arbeit der vergangenen Jahre gezogen.

Gelder für eine gute Zukunft

Mit Unterstützung der LAG bei der Sicherung von Fördermitteln für Projekte wurden bislang über 7 Millionen Euro in die Region und die ländliche Entwicklung vor Ort investiert – davon sind rund 3,5 Mio. Euro Fördermittel. „Das ist gut angelegtes Geld in die Zukunft unserer Heimat“, so Landrat Kneidinger. 1,6 Millionen Euro an beantragten LEADER-Fördergeldern sind bereits abgerechnet und ausbezahlt, wie LAG-Managerin Diepolder in ihrer Bilanz vorrechnete. Projektanträge können noch bis Ende 2021 eingereicht werden – EU-Gelder sind im LEADER-Topf noch vorhanden. Begleitet wurden von der LAG

Projekte wie die Schaffung von fünf Bewegungsparcours, Kultur- und Begegnungsstätten, Dorfgemeinschaftshäuser oder die Aufwertung von Rad- und Wanderwegen. Darüber hinaus kann die LAG selbst auch kleinere Projekte aus örtlichem Bürgerengagement fördern und hat dafür einen Topf von 22.000 Euro verfügbar, der 2020 noch um weitere 20.000 Euro aufgestockt wird. So wurden etwa die Restaurierung von Feldkreuzen bezuschusst, das Verfassen und die Herausgabe von Heimatbüchern oder die Wochen

zur Demokratie in Passau unterstützt. Dass mit EU-Geldern auch das Engagement aus der Bürgerschaft unterstützt werden kann, freut Anni Regner besonders.

Mit der nun seitens des Ministeriums bekannt gegebenen Verlängerung der Förderperiode bis Ende 2023, können noch weitere Projekte beantragt und begleitet werden. Zwar hat die LAG ihr zugeteiltes Budget von rd. 2 Mio. Euro fast ausgeschöpft, doch kann auf ein bayernweit verfügbares Budget zurückgegriffen werden. Hier heißt es allerdings schnell sein und gute Projekte antragsreif entwickelt zu haben. Damit die Antragsteller hier erfolgreich sind, darf auf die tatkräftige Unterstützung der LAG-Managerin gezählt werden. □



Landrat Raimund Kneidinger (v.l.), LAG-Managerin Dr. Ursula Diepolder und LAG-Vorsitzende Anni Regner freuen sich über die umgesetzten Projekte in der Region. □

„Digitale“ Heimkehr nach 80 Jahren

Das „Gedächtnis“ der Jüdischen Gemeinde Regensburgs kehrt an die Donau zurück

Regensburg (obx) - Es ist eine Rückkehr mit hoher symbolischer Bedeutung: Nach mehr als acht Jahrzehnten kehrt das Archiv der Jüdischen Gemeinde Regensburg in seine Heimat an die Donau zurück. Im nächsten Jahr, wenn die Bundesrepublik 1.700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland begeht, soll es dann für die Gemeindeglieder und auch öffentlich wieder zugänglich sein. Die Heimkehr der historischen Dokumente in digitalisierter Form ist nach der Eröffnung der neuen Synagoge im vergangenen Jahr ein weiterer Baustein, mit dem Geschichte und Zukunft der drittältesten Jüdischen Gemeinde in Regensburg sichtbar und erlebbar wird.

Der Verwaltungsausschuss des Regensburger Stadtrats fasste im Juni einen entsprechenden Beschluss: Das Archiv der Jüdischen Gemeinde Regensburg, das derzeit an der Hebrew University of Jerusalem verwahrt wird, wird in Israel digitalisiert. Die digitale Kopie wird im Stadtarchiv dauerhaft für eine öffentliche Nutzung zur Verfügung zu stehen.

Das umfangreiche und sowohl für die Jüdische Gemeinde und die Stadt Regensburg als auch für die

historische Forschung als außerordentlich bedeutsam zu bewertende Archiv umfasst 560 Nummern und gliedert sich in folgende Bereiche: Öffentlich-rechtliche Stellung, Organisation und allgemeine Verwaltung, Personalstand, Kultus, Unterrichtswesen und Kultur, Wohlfahrtspflege, Finanzwesen, Rechtsangelegenheiten, Grundstücks- und Bauwesen, Stiftungswesen, Vereine sowie private Akten von Regensburger Gemeindegliedern.

„Nach mehr als 80 Jahren wird dadurch der Jüdischen Gemeinde mit der Rückkehr des Archivs, ihres Gedächtnisses, ein hochbedeutender Teil ihrer Geschichte wieder direkt verfügbar und erfahrbar gemacht“, heißt es in einer Mitteilung der Regensburger Stadtverwaltung. Auch für die Regensburger Stadtgeschichte vom späten 18. Jahrhundert bis zum Jahr 1938 bedeutet das Archiv demnach einen signifikanten und kaum überzubewertenden Zuwachs an Primärquellen.

Bereits im Vorfeld hatten sich laut städtischer Regensburger Pressestelle die Stabsstelle Erinnerungskultur und das Stadtarchiv in enger Abstimmung mit der Hebrew University in Jerusalem in Verbindung gesetzt und eine mögliche Umsetzung des Vorhabens besprochen. „Der einstimmige Beschluss des Ausschusses ermöglicht es der Verwaltung nun, direkt in die Vertragsverhandlungen einzusteigen, um das Projekt schnellstmöglich abzuschließen und das digitalisierte Archiv nach Regensburg zu holen“, heißt es in der Mitteilung weiter.

mige Beschluss des Ausschusses ermöglicht es der Verwaltung nun, direkt in die Vertragsverhandlungen einzusteigen, um das Projekt schnellstmöglich abzuschließen und das digitalisierte Archiv nach Regensburg zu holen“, heißt es in der Mitteilung weiter.

Große Anerkennung:

CSU Lauf dankt Reservisten für ihren Einsatz

Soldatinnen und Soldaten leisten zusammen mit dem zivilen Personal und Reservisten einen unverzichtbaren Beitrag für unser Land, sei es im Normalbetrieb, in den Auslandseinsätzen auf drei Kontinenten oder auch in der Corona-Krise. Für ihren Einsatz während des Katastrophenfalls durch Covid-19 bedankte sich der Ortsverband der CSU Lauf bei den Reserveoffizieren aus dem KVK Nürnberger Land.

„Corona hat uns gezeigt, wie wichtig der gesellschaftliche Zusammenhalt und wie unverzichtbar das ehrenamtliche Engagement sind. Der Einsatz unserer Reservisten, als auch der zahlreichen anderen Ehrenamtlichen während der Zeit des Corona-Lockdowns, kann daher nicht hoch genug gelobt und

Vorschau auf GZ 18

In unserer Ausgabe Nr. 18, die am 24. September 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT · E-Government · Breitband · Mobilfunk
- Kommunale Energiethemen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Museen und Bibliotheken

gewürdigt werden“, betonte Laufs Zweite Bürgermeisterin Nina Bezold. Gemeinsam mit dem kommissarischen CSU-Ortsvorsitzenden Thomas Pöferlein informierte sie sich über den Einsatz der Reservisten im Katastrophenfall.

Dieser ist durch die Amtshilfe der Bundeswehr im Fall kommu-

naler Krisenvorsorge und Katastrophenbewältigung möglich. So kann der Landkreis um Amtshilfe u.a. dann ersuchen, wenn ihm die erforderlichen Dienstkräfte oder Einrichtungen zur Erfüllung seiner Aufgaben fehlen. Amtshilfe beschränkt sich auf ergänzende Hilfe in Einzelfällen und ist nicht auf Dauer angelegt.

Organisiert wird die Amtshilfe im Katastrophenfall durch Kreisverbindungskommandos (KVK), die in jedem Landkreis angesiedelt sind und ausschließlich durch Reservisten besetzt sind.

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland



Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
www.etbs.de

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN **juwi**
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
Tel: 09451 93130 · www.fahren-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910

PP
Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Gewerbepbau

Fertigteilbau in Holz und Beton

Maschinenhallen · Technikräume · Wertstoffhöfe · Mehrzweckhallen · Sporthallen · Kindergärten
Herstellung im eigenen Werk in Massing

Laumer
Laumer Bautechnik · 84323 Massing · Tel.: 08724/88-0 · www.laumer.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:



Hydraulik Hochdruckreinigung

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS

Hydraulische Hochdruckwasserpumpen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Generatoren, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrfüssigkeitpumpen

PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggsstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.

www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

schweitzer
Fachinformationen
www.schweitzer-online.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Notify-Newsletter

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.



Kommunale IT

www.akdb.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW

Kosteneinsparung und Energiewende unter einem Dach

mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW® für Ihre Lüftungs- und Klimaanlage
(ab 3.000 m³/h Luftleistung)

- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Neubau oder Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: Saturn Arena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Murnau: BG Unfallklinik • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

deko-jochum

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für **Wolfsberg**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!